

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 3.15

Die Leistungen der Schäfer _ 08

Projekt: Welche Attraktionen verbergen sich am Ufer? _ 40

Erbse & Co. – Rückenwind oder Flaute? _ 44

Herausforderung biologische Vielfalt

Inhalt



Seite 08 __
Die Leistungen der Schäfer



Seite 40 __
Projekt: Welche Attraktionen verbergen sich am Ufer?



Seite 44 __
Erbse & Co. – Rückenwind oder Flaute?

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** __ Die DVS freut sich über Zuwachs
- 05** __ Finnisches Dorf sucht Kooperationspartner

DAS WAR

- 06** __ Lösungen für leerstehende Ortskerne
- 06** __ Weitere „Virtual Thinktanks“ durchgeführt
- 07** __ Neue Wege der Vermarktung
- 08** __ Die Leistungen der Schäfer

DAS KOMMT

- 09** __ **Bundesweites LEADER-Treffen**
Die Segel sind gesetzt: Von der regionalen Strategie zur konkreten Umsetzung. Unter diesem Motto findet das erste bundesweite LEADER-Treffen der neuen Förderperiode vom 26. bis 28. Oktober 2015 statt.
- 09** __ Handwerkszeug für Regionalmanager

Im Fokus

EINFÜHRUNG

- 10** __ INTRO
- 12** __ Die Vielfalt schwindet

POLITIK UND INSTRUMENTE

- 16** __ Teure Vielfalt?
- 17** __ Was bietet der ELER?
- 18** __ Was leisten die etablierten Instrumente?
- 20** __ Agrarpolitik im Umbruch
- 22** __ Beratungsangebote für Landwirte
- 24** __ Was Kennartenprogramme leisten

PRAXIS

- 25** __ Die Flur neu ordnen
- 26** __ Motor der Vielfalt
- 27** __ Traumpaar Biodiversität und Regionalentwicklung?
- 28** __ Koordinierte Vielfalt
- 29** __ Naturschutz als Bedürfnis
- 30** __ Wirtschaften in der Börde
- 32** __ Ist biologische Vielfalt im Ackerland möglich?
- 32** __ Strategien für die Zukunft



ab Seite 10 __

Im Fokus – Herausforderung biologische Vielfalt
Deutschland, die EU und die Vereinten Nationen haben sich jeweils das ambitionierte Ziel gesteckt, den Verlust der Biodiversität bis 2020 aufzuhalten. Funktioniert der überwiegend kooperative und freiwillige Naturschutz der deutschen Agrarumweltpolitik auch in intensiv bewirtschafteten Gebieten?

Aus der Praxis

- 34 __ Zeit- oder Geldspenden für regionale Projekte
- 36 __ Ein Haus – viele Nutzungen
- 38 __ Bioenergie erhält die Struktur der Region
- 40 __ **Welche Attraktionen verbergen sich am Ufer?**
Die schier endlos wirkenden Wasserstraßen in Brandenburg ziehen viele Wassersportler und Freizeitpaddler an. Damit die Touristen bereits auf dem Wasser erkennen, was es am Ufer zu entdecken gibt und wo sich das Anlanden lohnt, weisen in der Märkischen Umfahrt nun 131 Schilder den Weg.

Forschung trifft Praxis

- 42 __ **Smart Villages: Kooperation zwischen Uni und Dorf**
Ein Forschungsprojekt der Hochschule Rhein-Waal hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem zunehmenden Verfall der dörflichen Infrastruktur mit kreativen Ideen entgegenzutreten. Dabei sind die Bürger vor Ort Forschungsobjekt und wichtigste Protagonisten zugleich.

Perspektiven

BILDUNG UND FORSCHUNG

- 44 __ **Erbse & Co. – Rückenwind oder Flaute?**
Die Bundesregierung hat sich auf die Fahne geschrieben, mehr heimische Eiweißpflanzen in die Futterträge der deutschen Landwirte zu bringen. Kein ganz leichtes Unterfangen, wie das Projekt „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ zeigt.

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 46 __ Für den Ökolandbau

PARTNER UND EXPERTEN

- 48 __ Service für innovative Partnerschaften
- 49 __ Die Position: „Flüchtlinge sind in ländlichen Kommunen willkommen!“
- 49 __ Leserbrief

Service

- 50 __ angelesen
- 51 __ angekündigt
- 52 __ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben im Land der Rotbuche. Ohne menschliche Eingriffe würden deren Wälder Deutschland überwiegend bedecken. Unsere Aktivitäten in den letzten 5 000 Jahren haben zu einem vielfältigen Mosaik unterschiedlicher Lebensräume geführt – mit einer größeren Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten als zuvor.

Diese Entwicklung hat sich spätestens seit Mitte des vorigen Jahrhunderts umgekehrt. Hauptursache für den Artenrückgang ist der Verlust von Lebensräumen. Dazu trägt auch die Landwirtschaft bei. Wildbienen beispielsweise sind an spezielle Habitate und Nahrungsgrundlagen gebunden; gehen sie verloren, sterben die Bienen aus. In Deutschland ist ein Drittel der rund 550 Wildbienenarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Dabei sind sie als Bestäuber von Obst und Gemüse wirtschaftlich durchaus wichtig. Für Europa erbringen sie eine Leistung im Wert von rund 14 Milliarden Euro pro Jahr, schätzt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.

Die internationale Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ hat vielen Ökosystemdienstleistungen und für den Menschen nützlichen Leistungen von Tieren und Pflanzen einen Preis zugewiesen. Das ermöglicht, selektierte Ökosystemleistungen aus der heutigen Nutzenerwartung heraus finanziell zu bewerten. Sind diese Leistungen deshalb schützenswerter als andere?

Mit Blick in die Zukunft scheint das zu kurz gedacht. Ökosysteme sind ein komplexes Gefüge von Stoffflüssen und wechselseitigen biotischen und abiotischen Abhängigkeiten. Unter verschiedenen Blickwinkeln werden verschiedene Leistungen wichtig. Letztlich ist deshalb ein umfassender, nicht nutzenorientierter Erhalt von Lebensräumen, Pflanzen und Tieren auch in landwirtschaftlich genutzten Gebieten wichtig. Mit entsprechenden Bewirtschaftungsformen, der Entwicklung und Bewahrung vielfältiger Kulturlandschaften, Vertragsnaturschutz sowie einer zielführenden Beratung für Landwirte lässt sich einiges bewegen. In Deutschland liefert der ELER über die Hälfte aller eingesetzten Mittel dafür. Was gut funktioniert, was verbessert werden könnte und welche neuen Ideen es gibt, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Viele Anregungen beim Lesen wünscht

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung (BLE), Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
(DVS),

Redaktion: Anja Rath, Andrea Birrenbach,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.),
Lektorat: Claudia Thelen, Isabella Mahler

Redaktionelle Unterstützung: mediamondi –
Agentur für interkulturelle Kommunikation

Titelbild: Klaus Leidorf Luftbilddokumentation
Rückseite: suze/photocase.com

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation
www.medienmelange.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3974, -3435, Fax: 0228 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de,
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Stefan Kämper: stk,
Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Isabella Mahler: ima,
Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao,
Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Bettina Rocha: ber, Jan Swoboda: jas,
Anke Wehmeyer: awr, Monika Wohler: mow

Neues aus der DVS



DIE DVS FREUT SICH ÜBER ZUWACHS

Julia Wuttig (Mitte) ergänzt das Team der DVS seit Mai 2015 – im August hat sie ihre Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten erfolgreich abgeschlossen. Sie arbeitet im Bereich Veranstaltungsplanung, übernimmt Verwaltungsaufgaben und kümmert sich um den Versand von Publikationen wie LandInForm.

Seit Ende August verstärkt Isabella Mahler die LandInForm-Redaktion – als Elternzeitvertretung von Juliane Mante. Die Geografin mit Schwerpunkt Landschaftsentwicklung und Naturschutz hat bislang Praxiserfahrung

in Projekten zu Umweltbildung, nachhaltigem Tourismus und Vertragsnaturschutz gesammelt.

Seit Mitte Juli 2015 ist Jost Pütz für die Erstellung des DVS-Newsletters landaktuell verantwortlich. Er versorgt das Netzwerk mit Neuigkeiten für den ländlichen Raum in landaktuell und auf der DVS-Website www.netzwerk-laendlicher-raum.de. Der studierte Germanist hat Erfahrung als Online-Redakteur und freut sich immer über gute Anregungen.



KONTAKT:
Julia Wuttig
Telefon: 0228 6845-3842
julia.wuttig@ble.de

Isabella Mahler
Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de

Jost Pütz
Telefon: 0228 6845-3090
jost.puetz@ble.de



Richtigstellung

In den Artikel „Versorgung regional gedacht“ über die Versorgungsinitiative „Große Emma“, der in der LandInForm-Ausgabe 2/15 auf Seite 30 erschien, hat sich ein Fehler eingeschlichen: Das Projekt wurde durch eine ELER-Förderung unterstützt, nicht durch den EFRE.

FINNISCHES DORF SUCHT KOOPERATIONSPARTNER FÜR LEADER-Projekt

Alte Kriegsschauplätze restaurieren und touristisch vermarkten: Die Finnische LEADER-Region LAG Living Kainuu sucht unter der Überschrift „Kleines Dorf – große Vergangenheit“ deutsche Kooperationspartner, die sich mit der Restaurierung und touristischen Vermarktung von ehemaligen Kriegsschauplätzen beschäftigen. Denkbar wäre auch eine Partner-Region, die vom Kriegseinsatz deutscher Soldaten in Finnland geprägt ist.



SERVICE:
www.kurzlink.de/FIN_Kriegsschauplatz



Das war

GEMEINSAME IDEENFINDUNG

Weitere „Virtual Thinktanks“ durchgeführt

Gemeinsam mit jeweils acht Regionalmanagern haben wir im Sommer zwei weitere „Virtual Thinktanks“ durchgeführt (zum Format siehe LandInForm 2/15, Seite 11). Diesmal haben wir Ideen für das kommende DVS-Jahresprogramm im Bereich Regional- und Dorferwicklung gesammelt. Basierend auf Ergebnissen einer vorherigen Befragung wurden in den einstündigen Telefonkonferenzen Themen gewichtet und Vorschläge diskutiert. Neue Herausforderungen und Chancen für die LEADER-Regionalentwicklung sind derzeit Zuwanderung und die Fachkräftesicherung. Etablierte Themen wie die Daseinsvorsorge, aber auch Tourismus und regionale Wertschöpfung sowie Finanzierung standen

ebenso auf der Agenda. Wieder zeigte sich, dass diese Methode eine zielorientierte Diskussion in relativ kurzer Zeit ermöglicht. Herzlichen Dank an alle Teilnehmer!

Falls Sie Interesse haben, an kommenden „Virtual Thinktanks“ mitzuwirken, melden Sie sich bitte unter dvs@ble.de. [stk]



KONTAKT:
Stefan Kämper
DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

DIE KOMMUNIKATION IM BLICK

Im Juni besuchten 35 Teilnehmer eine Veranstaltung der DVS-Workshopreihe zur Selbstevaluierung in Göttingen.

[VON FABIO MANCINI]

Zu Beginn jeder neuen Förderperiode legen die Regionalmanagements Entwicklungsziele für ihre Regionen fest. Was es dabei zu beachten gilt, besprachen sie am 18. und 19. Juni 2015 bei den Workshops II und III der DVS-Reihe „Leitfaden Selbstevaluierung“. 35 Teilnehmer, darunter Regionalmanager und Mitglieder von Lokalen Aktionsgruppen, kamen nach Göttingen, um mehr über die Instrumente der Selbstevaluierung zu erfahren. Von den Methoden, die das DVS-Handbuch „Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung“ beschreibt, wurden insbesondere die Zielfortschrittsanalyse, die Imageanalyse und der Bilanzworkshop „Kundenzufriedenheit“ behandelt. Ein in den Diskussionen wiederkehrender Punkt war die in einigen Fällen schwierige Beziehung zwischen Regionalmanagement und Lokaler Aktionsgruppe, was sich oft auf eine nicht reibungslos funktionierende Kommunikation zurückzuführen ließ. Um diese Hürde zu umgehen, kann sich die Methode der „Zusammenarbeitsanalyse“ anbieten.



SERVICE:

Das DVS-Handbuch „Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung. Leitfaden und Methodenbox“ und die Veranstaltungsdokumentation finden sich unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/selbstevaluierung

LÖSUNGEN FÜR LEERSTEHENDE ORTSKERNE

Workshop aus der Reihe „Wieder wohnen im Ortskern“ in Eldingen

Aktive aus der Region Lachte-Lutter-Oker trafen sich am 27. Juni 2015 bei einem Workshop aus der Reihe „Wieder wohnen im Ortskern“ im niedersächsischen Eldingen. Sie diskutierten darüber, welche Anreize helfen, damit leerstehende Häuser wieder genutzt werden.

Andreas Homburg von der Gemeinde Hiddenhausen in Ostwestfalen stellte das kommunale Förderprogramm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ vor, das Menschen unterstützt, wenn sie Häuser kaufen, die 25 Jahre oder älter sind. Homburg betonte, dass ein wesentlicher Erfolgsfaktor für ein solches Förderprogramm die aktive Unterstützung vieler

Akteure ist. Nach dem anschaulichen Vortrag waren sich die Anwesenden einig, dass für die Samtgemeinde Lachendorf, in der Eldingen liegt, in einer dreijährigen Testphase ein ähnliches Programm erprobt werden soll.

Die DVS bietet in dieser Reihe gemeinsam mit dem Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund dezentrale Workshops zum demografischen Wandel an. Kommunale Zusammenschlüsse, Landkreise und Regionen können die eintägigen Veranstaltungen bundesweit abrufen. [stk]



SERVICE:

Ausführliche Veranstaltungsdokumentation unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie-workshop

KONTAKT:

Stefan Kämper
DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

NEUE WEGE DER VERMARKTUNG IN STRUKTURSCHWACHEN REGIONEN

Bekanntes neu verpackt: Die Teilnehmer eines Transferbesuchs am 8. und 9. Juli 2015 in Cottbus und Burg diskutierten Ideen für die Regionalvermarktung.



- 1 Geschenkkorb mit Spreewälder Spezialitäten
- 2 Altbekanntes Produkt in neuem Design
- 3 Im Lager des Onlinehandels Spreewaldpräsente

„Das ist unser Verkaufsschlager“, sagte Markus Jaunich und deutete stolz auf eine schwarze Dose, auf der eine quietschgrüne Gurke prangt. Was optisch anmutet wie ein Energy-Drink, ist die altbekannte Spreewaldgurke. Ein Gag, der in der Dose daherkommt und den Spreewald wie kein anderes Produkt versinnbildlicht.

Rund 40 Teilnehmer des Transferbesuchs, den die DVS in Kooperation mit dem Landschaftspflegeverband Spree-Neiße e.V. durchführte, betrachteten den Renner des Online-Shops „Spreewaldpräsente“ teils skeptisch, teils bewundernd. Im Lagerverkauf des Onlinehändlers konnten sie sich darüber hinaus rund 1 000 Produkte ansehen, während Geschäftsführer Markus Jaunich das Konzept des 2007 gegründeten Unternehmens erläuterte. Am Anfang stand der Unternehmergeist von drei Studenten mit ein paar hundert Euro Startkapital. Heute hat Spreewaldpräsente fünf feste Mitarbeiter sowie vor Weihnachten 15 bis 20 weitere. Vermarktet wird über den eigenen Shop, sowie über Amazon und Ebay, und nach ganz Europa geliefert. Der zweite mittlerweile gegründete Onlineshop, die Gourmeo24 GmbH, vertreibt auch Regionalprodukte aus anderen Teilen Deutschlands. Rund 70 Prozent der Kunden von Spreewaldpräsente sind Großkunden, zehn bis 20 Prozent sind Wiederkäufer, darunter auch einige Großkunden.

Handverlesen und selbst gekocht

Die Marmeladenmanufaktur „Rosenrot und Feengrün“ war ein weiteres Ziel der Exkursion. Der Begriff „Manufaktur“ ist hier wörtlich zu nehmen, denn Andrea Veltjens kocht, unterstützt von ihrer Mutter und ihrem Sohn, handverlesene Früchte in Haushaltsportionen von wenigen Kilogramm. Das Obst kommt überwiegend aus der Region, aus ihrem eigenen Garten und von Nachbarn. „Ich will ein reines Produkt“, erklärte Andrea Veltjens den Besuchern, „deshalb kommen für mich auch keine Fruchtmischungen in Frage.“ Auf Märkten, wo sie ihre Ware verkauft, raten

ihr viele Kunden zu besonders raffinierten Mischungen, aber davon will sie nichts hören. Sie setzt den Früchten allenfalls Kräutereextrakte, ebenfalls aus ihrem Garten, zu, ebenso Zitronensaft, der mit einer halbautomatischen Presse gewonnen wird. „Ich will mein eigenes Ding machen, nicht nur, was den Geschmack anbelangt. Deshalb vermarkte ich auch eigenständig und nicht unter einer Dachmarke für Regionalprodukte aus dem Spreewald.“ Der Erfolg gibt ihr Recht: Sie verkauft ihre Marmelade nicht nur in fünf REWE-Märkten der Region, sondern auch im eigenen Laden in Berlin, auf Wochenmärkten in der Hauptstadt sowie in Dresden. Auch das Berliner Hotel Adlon serviert seinen Gästen Marmeladen von Rosenrot und Feengrün. Zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen, wäre schwierig, da sie, je nach Reifezeitpunkt der Zutaten, abrufbereit sein müssten – auch am Wochenende. Doch so richtig traurig scheint Andrea Veltjens darüber nicht zu sein, auch wenn ihre Arbeitstage 14 bis 16 Stunden dauern können. Mehr zu produzieren, würde schließlich ihren Anspruch, Handarbeit nach Hausfrauenart zu leisten, in Frage stellen.

Theorierteil ergänzte die Exkursion

Ein anderer Teil der Exkursionsgruppe besuchte währenddessen einen Arznei- und Gewürzpflanzengarten zur Umweltbildung, ebenfalls in Burg. Ergänzt wurde der Transferbesuch um einen kleinen Tagungsteil, bei dem Kai Rückewold von proagro, einem Verband zur Förderung des ländlichen Raums in der Region Brandenburg über „Regionalprodukte zur Sicherung der Arbeit im ländlichen Raum und den Erhalt der Kulturlandschaft“ referierte. Birgit Jacquemin von der Landwirtschaftskammer NRW sprach über Onlineshops in der Landwirtschaft, Pieter Wolters, Geschäftsführer von Q-Region, berichtete von seinen Aktivitäten in der Regionalvermarktung und Olaf Schöpe vom Waldhotel Cottbus und Vorsitzender der DEHOGA Brandenburg spannte den Bogen der gesamten Wertschöpfungskette vom Bauern bis zum Koch und Hotelier. [ber]

i

SERVICE:

Zur ausführlichen Veranstaltungsdokumentation:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionalprodukte

KONTAKT:

Bettina Rocha
DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de



Günther Czerkus vom Bundesverband Berufsschäfer eröffnet die Tagung.



SERVICE:
Ausführliche Veranstaltungsdokumentation:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/gruenland
<http://berufsschaefer.de/152/aktuelles>

KONTAKT:
Dr. Jan Freese
DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de
—
Bundesverband Berufsschäfer
www.berufsschaefer.de

DIE LEISTUNGEN DER SCHÄFER

Schafherden übernehmen die Pflege öffentlicher Güter, belohnt werden sie dafür nicht ausreichend. Bei der Tagung „Ressourcenschutz durch extensive Beweidung“, zu der die DVS und der Bundesverband Berufsschäfer einluden, diskutierten Schäfer aus ganz Europa darüber, wie ihre Arbeit erleichtert werden kann.

Extensiv wird Grünland in Deutschland überwiegend von Schäfern und Mutterkuhhaltern genutzt. Sie leisten damit einen erheblichen Beitrag zu den Umwelt- und Naturschutzleistungen der Landwirtschaft und verbinden dies mit der nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Der Verkauf von Erzeugnissen wie Fleisch, Wolle, Milch oder Käse von Schäfern und Hirten ist seit Langem kaum kostendeckend und die Vergütungen für die Naturschutzleistungen sind vielfach nicht ausreichend, um das Überleben von Schäfereien zu sichern.

Um die aktuellen Herausforderungen für Schäfer ging es bei einer Tagung, die die DVS gemeinsam mit dem Bundesverband Berufsschäfer veranstaltete. Am 27. Juni 2015 trafen sich über 50 Hirten aus 17 europäischen Ländern auf der Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz. Die Tagung war in das Europäische Hirtentreffen, organisiert durch den Bundesverband Berufsschäfer, eingebettet. Die Hirten diskutierten mit Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, der EU-Kommission und der Welternährungsorganisation FAO, wie Schäfer verstärkt als „agrarökologische Dienstleister“ wahrgenommen, von Verwaltungsaufgaben entlastet und finanziell gefördert werden können.

Tradition versus europäische Regelungen

Bei der Diskussion bildeten sich einige Handlungsfelder heraus. Neben den ökonomischen Schwierigkeiten haben Hirten und Schäfer oft Probleme, ihre Identität und ihre Kultur zu bewahren, nicht zuletzt dadurch, dass die europäischen Hygieneregelungen die Milchverarbeitung auf den Höfen immer weiter erschweren. So geht nicht nur die Vielfalt der Produkte verloren, sondern auch eine Menge Wissen und ein Teil des kulturellen Erbes. Schäfer stellen in der Landwirtschaft eine Randgruppe dar, die oft wenig Chancen hat, mit anderen

Landnutzern zu konkurrieren. Auch bürokratische Hürden durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), wie Vorschriften für die Tierkennzeichnung, und Gefahren durch die Zunahme von großen Beutegreifern wie Wolf, Luchs und Bär, spielen für Hirten heute eine große Rolle.

Bessere Vernetzung als Etappenziel

Die bei der Tagung entwickelten und diskutierten Perspektiven zielen zunächst auf eine bessere Vernetzung der Hirten miteinander und eine verstärkte Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit ab. Dazu wurden in Koblenz auch die formalen Grundlagen für ein europäisches Netzwerk der Hirten vereinbart.

Fazit war, dass sich die Position der Schäfer nur verbessern kann, wenn die ökologischen Leistungen für die Gesellschaft in Öffentlichkeit und Politik bekannt sind. Bei der Gesetzgebung will man sich zudem für Sonderregelungen einsetzen, die beispielsweise weiterhin erlauben, Wanderungen mit den Herden durchzuführen. Obwohl die GAP viele Möglichkeiten bietet, Hirten zu fördern, steht demgegenüber, dass noch mehr Regelungen und Fördermittel die intensive Landwirtschaft stärken und so die Konkurrenzfähigkeit der extensiven Tierhalter schwächen.

Am Abend beleuchtete Dr. Anita Idel, bekannt durch das Buch „Die Kuh ist kein Klimakiller“, die Rolle der Weidetiere seit der Eiszeit und brach damit anschaulich eine Lanze für die extensive grünlandbasierte Tierhaltung.

Mit einer auf dem Hirtentreffen entwickelten europäischen Resolution, der Gründung einer europäischen Hirtenorganisation und einem Publikumstag zur Schafhaltung in Koblenz gelangen den Hirten im Umfeld der Tagung erste wichtige Schritte. [jaf]

Das kommt



DIE SEGEL SIND GESETZT: VON DER REGIONALEN STRATEGIE ZUR KONKRETEN UMSETZUNG

Unter diesem Motto findet das erste bundesweite LEADER-Treffen der neuen Förderperiode statt.

An erster Stelle stehen – wie immer – der Austausch der Akteure und die Vernetzung, wenn die DVS vom 26. bis 28. Oktober 2015 nach Willingen (Upland) einlädt. Um alle Teilnehmer auf den gleichen Kenntnisstand zu bringen, startet das Treffen mit Neuigkeiten zu LEADER in den Ländern und in Europa.

Fachforen beschäftigen sich anschließend mit Themen wie Willkommenskultur, bürgerschaftlichem Engagement, Fachkräftemangel, lebendigen Orten oder auch der Energiewende. Außerdem bieten wir allen Teilnehmern Exkursionen zu interessanten Projekten in vier verschiedenen LEADER-Regionen rund um den Veranstaltungsort an. Projektauswahlkriterien und Beihilfe sind ebenfalls Teil der Agenda. Auch Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lokalen Aktionsgruppen (BAGLAG) werden über ihre Aktivitäten und neue Entwicklungen berichten.

Daneben haben die Teilnehmer die Möglichkeit, die Angebote der DVS kennenzulernen, Wünsche zu äußern und über mögliche Kooperationen zu sprechen. Wir freuen uns über viele Anregungen der Akteure, damit wir die Regionen tatkräftig unterstützen können und die Zusammenarbeit weiterhin so gut funktioniert. [awr]

LandInForm spezial: WERTSCHÖPF- UNGSKETTE FLEISCH

Zusammen mit der Ausgabe 4/15 der Zeitschrift LandInForm wird eine Ausgabe zur regionalen Fleischproduktion und -verarbeitung versendet. Der Schwerpunkt dieser Sonderpublikation liegt auf Best Practices und zeigt anhand dieser Beispiele, wie ländliche Betriebe heute arbeiten.



SERVICE:

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen

KONTAKT:

Anke Wehmeyer
DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de

HANDWERKSZEUG FÜR REGIONALMANAGER

Die DVS bietet praxisorientierte Schulungen in Göttingen an.

Im Herbst haben die meisten Regionen ihr Personal gefunden und die Regionalmanagements können mit der Arbeit beginnen. Einige sammelten in der Vergangenheit bereits viele Erfahrungen mit LEADER, für andere eröffnet sich ein neues Betätigungsfeld. Die sich dadurch ergebenden unterschiedlichen Ansprüche an den Fortbildungsbedarf sollen bei den DVS-Schulungen für Regionalmanager vom 24. bis 27. November 2015 berücksichtigt werden – die praxisorientierten Inhalte sind auf Erfahrene und auf Neulinge zugeschnitten. Zur Wahl stehen fünf Schulungen, die jeweils eineinhalb Tage dauern, sodass jeder Teilnehmer während des Schulungszeitraums die

Möglichkeit hat, sich für zwei der folgenden Teilbereiche anzumelden.

- // Moderation im Netzwerk
- // Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- // Social Media in der Öffentlichkeitsarbeit
- // Aufgaben, Anforderungen und Abgrenzung: die Rolle des Regionalmanagers
- // Beratung von Projektträgern

Qualifizierte Trainer führen die Schulungen durch. Die Teilnehmer bekommen außerdem die Möglichkeit, sich über ihre Arbeit und die Herausforderungen in ihrer Region auszutauschen. Bei großer Nachfrage wird die DVS die Schulungen zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal anbieten. [stm]



SERVICE:

Programm und Anmeldung ab Oktober 2015:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen

KONTAKT:

Stephanie Müller
DVS
Telefon: 0228 6845-3998
stephanie.mueller@ble.de



IM FOKUS

Herausforderung biologische Vielfalt

Biodiversität und biologische Vielfalt sind Synonyme für den gesamten Reichtum der Natur: die Vielfalt von Arten und Lebensräumen sowie die genetische Vielfalt von Sorten und Rassen. Deutschland, die EU und die Vereinten Nationen haben sich jeweils das ambitionierte Ziel gesteckt, den Verlust der Biodiversität bis 2020 aufzuhalten*. Neben Wald und Schutzgebieten spielt die Agrarlandschaft dabei eine entscheidende Rolle: Acker, Grünland und Sonderkulturen machen rund 50 Prozent der Landfläche in Deutschland aus und die Nutzung entscheidet über die Existenz von Lebensräumen. Lassen sich die betrieblichen und wirtschaftlichen Anforderungen der Landwirtschaft mit den Schutzziele in Einklang bringen? Mit der extensiven Schafbeweidung auf Grünland wurde das Konzept „Schutz durch Nutzung“ verwirklicht. Aber funktioniert der überwiegend kooperative und freiwillige Naturschutz der deutschen Agrarumweltpolitik auch in intensiv bewirtschafteten Gebieten?



Arten



Genetische Ressourcen



Lebensräume

Fotos: Hase: skymountain/photocase.com, Kornblume: oekolandbau.de/© BLE/Thomas Stephan, Kartoffeln: wayfarelife/stockphoto.com, Landschaft: Klaus Leidorf, Luftbildokumentation

* Nationale Biodiversitätsstrategie und Agrobiodiversitätsstrategie 2007, EU 2020 Biodiversitätsziel, UN Dekade Biologische Vielfalt 2011-2020

Die Vielfalt schwindet

Acker und Grünland machen 52 Prozent der Fläche Deutschlands aus. Auf keinem anderen Ökosystem lastet ein so hoher Nutzungsdruck – und in kaum einem anderen Lebensraum sind die Verluste an Artenvielfalt so gravierend. [VON CHRISTOPH LEUSCHNER]

Die Intensivierung der Landwirtschaft seit Kriegsende hat in Deutschland zu eindrucksvollen Ertragssteigerungen geführt. So sind etwa die Winterweizen-Erträge seit den 1950er-Jahren von 30 auf etwa 71 Dezitonnen je Hektar (dt/ha) und damit um fast das 2,5-fache gestiegen; die Körnermais-Erträge wuchsen um das 3,5-fache, von circa 30 auf rund 100 dt/ha. Damit gehört die deutsche Landwirtschaft zu den produktivsten der Welt. Diese Erfolge haben jedoch ihren Preis: in Form von vielfältigen Belastungen der abiotischen Umwelt und einer wachsenden Lebensfeindlichkeit auf intensiv bewirtschafteten Acker- und Grünlandflächen.

Am Anfang war das Gleichgewicht

Seitdem die Menschen in Mitteleuropa vor rund 7000 Jahren sesshaft wurden, hat sich die Nutzungsweise des Ackerlandes und der Weiden, später auch der Wiesen, immer wieder verändert, und mit ihr auch die Vielfalt und Zusammensetzung der Pflanzen- und Tiergemeinschaften. Über viele Jahrtausende hat der wirtschaftende Mensch die Biodiversität der Kulturlandschaft zunächst gefördert, indem er Offenlandbiotope schuf, die es vorher in der weitgehend waldbedeckten Naturlandschaft kaum gab. Und seine Acker- und Grünlandbewirtschaftung war so extensiv, dass zahlreiche Arten sich an die Bewirtschaftungszyklen anpassen konnten und zu Kulturbegleitern wurden. Dies zeigt sich in einer reichen Grünland-Flora, die mit 1 000 höheren Pflanzenarten rund ein Drittel aller Gefäßpflanzen von Deutschland umfasst. Das Ackerland ist artenärmer, aber mit rund 350 Pflanzenarten immer noch erstaunlich vielfältig.

Fortschritt mit Folgen

Bis in die 1970er-Jahre prägten die bunte Flora der Wiesen vor der Heuernte, der extensiven Weiden und der Acker-

ränder unsere Kulturlandschaft. Mit den technischen Innovationen der Agrarforschung, preisgünstigem Mineraldünger und umfassender staatlicher Unterstützung begann aber bereits in den 1950er-Jahren die flächendeckende Umstellung von einer extensiven zu einer intensiven Bewirtschaftung. Der Wandel beeinflusste nicht nur den Lebensraum Acker, Wiese und Weide, sondern auch die gesamte Kulturlandschaft: Im Zuge der Flurbereinigung wurde sie für den Technikeinsatz optimiert und verlor an Struktur.

Zu den einflussreichsten negativen Prozessen im Ackerbau gehören der heute flächendeckende Einsatz von Herbiziden und anderen Pflanzenschutzmitteln sowie die Vervielfachung der ausgebrachten Mineraldünger- und Güllemengen. Durch die deutliche Vergrößerung der Ackerschläge nahm der Anteil randlicher, weniger intensiv genutzter Ackerflächen ab. Zudem lassen neue, dichter stehende Kulturfrüchte nur noch wenig Licht zum Boden durch. Im Grünland schlagen Flächenverluste durch Nutzungsumwidmung zu Buche. Zusätzlich tragen stark gestiegene Düngermengen, die in modernen Umtriebs- und Portionsweiden bis zu 300 Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr erreichen, die Erhöhung der Mahdfrequenz, die Vorverlegung des ersten Schnittes und der verbreitete Grünlandumbruch mit Neueinsaat zum Verlust biologischer Vielfalt bei.

Verluste erfassen

Im Rahmen der dreijährigen „BioChange Germany“-Studie haben Wissenschaftler der Universität Göttingen zwischen 2008 und 2011 den Artenschwund in der mitteleuropäischen Kulturlandschaft analysiert. Dabei wurden rund 1000 Flächen im mittel- und norddeutschen Ackerland, Grünland und in Fließgewässern der Kulturlandschaft untersucht, die bereits in den 1950er- bis 1960er-Jahren vegetationskund-

Wohlbekannt, aber im Bestand rückläufig: Ehemals häufige Vögel der Agrarlandschaft wie die Feldlerche werden selten. Sie sind Indikatoren für den Verlust von Lebensräumen und deren Artenvielfalt.



lich erfasst worden waren. Ergänzend analysierten Tierökologen die drei Insektengruppen Wanzen, Zikaden und Heuschrecken in Feucht- und Trockenrasen; ein bundesdeutsches Ornithologen-Team leitete Populationstrends der Vögel des Acker- und Grünlandes in den vergangenen 20 bis 40 Jahren ab.

Drastische Rückgänge

Im Ackerland hat die Gesamtartenzahl der vorkommenden Wildpflanzen in den vergangenen 50 bis 60 Jahren um 23 Prozent abgenommen; im Feldinneren sank sie sogar um durchschnittlich 71 Prozent. Grobe Hochrechnungen lassen für viele Ackerwildkräuter Populationsrückgänge in Höhe von 95 bis 99 Prozent annehmen, weil die Nutzungsintensität heute so hoch ist.

Im Grünland haben zwei Prozesse zu gravierenden Artenverlusten geführt: die Intensivierung ehemals meist extensiv genutzter Wiesen zur Silage-Gewinnung und die Umwandlung von Standweiden in intensiv bestockte und gedüngte Umtriebs- und Portionsweiden. In den Untersuchungsgebieten sind im Mittel nur noch 16 Prozent der früheren Fläche des mesophilen Grünlandes, also des Grünlands auf mittleren Standorten, und 15 Prozent des Feuchtgrünlandes in mehr oder weniger artenreicher Ausprägung vorhanden. Ein Großteil wurde entweder in artenarmes Intensivgrünland oder in Äcker umgewandelt. Die Artenzahl pro Aufnahme-fläche ging seit den 1950- bis 1960er-Jahren um durchschnittlich 30 Prozent zurück. Noch gravierender sind die Verluste an ehemals typischen Pflanzenarten: 23 charakteristische Arten artenreicher Wiesen und Weiden nahmen stark ab oder verschwanden, nur sieben Grünlandarten nahmen zu. Zu den Verlierern gehören viele vertraute Pflanzen wie das Wiesenschaumkraut, das Gänseblümchen und die Kuckucks-Lichtnelke. Bei starker Düngung werden sie von stickstoffbedürftigen Arten wie Weidelgras und Ampfer verdrängt, die mit dem hohen Nutzungsdruck besser zurechtkommen. Ein dramatischer Artenverlust hat auch in den Bächen und Flüssen

der Kulturlandschaft Nord- und Mitteldeutschlands stattgefunden. Sie wurden durch hohe Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft und umfangreiche wasserbauliche Eingriffe stark verändert. Die Gesamtartenzahl der Wasserpflanzen sank um 27 Prozent, 30 von 40 charakteristischen Wasserpflanzen nahmen in den letzten 50 bis 60 Jahren ab, nur zehn nahmen zu.

Ein detailliertes Monitoring der Brutvogelbestände des deutschen Acker- und Grünlandes kommt zu ähnlich negativen Erkenntnissen: 18 der 25 charakteristischen Arten haben in jüngster Zeit abgenommen, bei den meisten hält der Rückgang seit mehreren Jahrzehnten an; nur sieben Arten weisen gegenwärtig stabile Populationen auf. Zu den Insekten der Agrarlandschaft fehlen aus den 1950er-Jahren großflächige Bezugsdaten. Die BioChange-Studie liefert daher nur für das Grünland erste Anhaltspunkte. Sie zeigt, dass bei Wanzen, Zikaden und Heuschrecken vor allem die Individuenzahlen mit einem Rückgang um 50 bis 70 Prozent und weniger die Artenzahlen rückläufig sind. Dies lässt darauf schließen, dass die Insekten-dichte in der Agrarlandschaft infolge der Nutzungsintensivierung in den vergangenen Jahrzehnten allgemein abgenommen hat – was unter anderem verringerte Bestäubungsraten bei Kultur- und Wildpflanzen sowie Nahrungsmangel bei den Feldvögeln zur Folge hätte.

Wie lässt sich die Vielfalt erhalten?

Die Biodiversitätsverluste in der Agrarlandschaft sind deutlich höher als in Lebensräumen wie dem Wald, den Heiden oder den Dünen der Küste. Dies gilt insbesondere für die agrarischen Gunsträume, also große Teile des nordwest- und nordostdeutschen Tieflandes; in manchen Mittelgebirgslandschaften mit geringerem Nutzungsdruck sind sie weniger ausgeprägt. In einigen Regionen wie der Eifel konnte der negative Trend in der Artenvielfalt des Grünlandes durch gut geplante Schutzkonzepte sogar rückgängig gemacht werden. →

Um biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft zu erhalten, muss ihr Schutz einen höheren Stellenwert in der EU-Agrarpolitik und deren nationaler Ausgestaltung bekommen. So sollten die Direktzahlungen mit nachweisbaren Erfolgen beim Schutz der Biodiversität verbunden sein. Im Einzelnen bieten sich folgende Maßnahmen an:

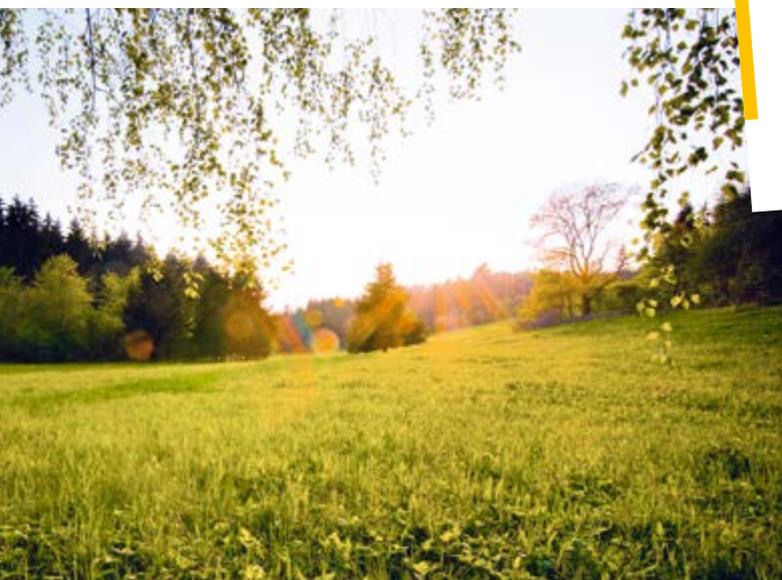
- // Im konventionell bewirtschafteten Ackerland auf reicheren Böden sollten auch extensiv bewirtschaftete Ackerränder als ökologische Vorrangflächen angerechnet werden können.
- // Auf ärmeren Böden sollten möglichst große Teile der flachgründigen, vernässten oder erosionsgefährdeten Ackerflächen in Programme mit extensiver, herbizidfreier, Beackerung oder Schon-/Brachestreifen integriert werden, da sie ohnehin wenig produktiv sind.
- // In Ackerbaugebieten mit bestehendem Schutzstatus (Natura-2000-Flächen, Biosphärenreservate) sollte der Ackerbau sich mittelfristig weitgehend auf integrative Ackernutzungskonzepte mit biodiversitätsfördernden Elementen ausrichten, die über Agrarumweltprogramme gefördert werden.
- // Für ökologisch bewirtschaftetes Ackerland sollten finanzielle Anreize geschaffen werden, um an geeigneten Ackerstandorten auf einen weniger intensiven, biodiversitätsfördernden Ackerbau, zum Beispiel mit verringerter Saatkichte, umzustellen und spezielle Maßnahmen für bestimmte Pflanzen- und Tierarten durchführen zu können.
- // Im intensiv genutzten Grünland gilt es, die verbreitete Praxis des Umbruchs und der Neueinsaat zu begrenzen. Auf kleinen Flächen sollten extensiv genutzte ökologische Vorrangflächen als Resthabitate für die charakteristischen Pflanzen und Tiere der Wiesen und Weiden geschaffen werden.
- // Im extensiv genutzten Grünland, das vielfach bereits Gegenstand von Agrarumweltmaßnahmen ist, sollten die Projektbetreuung verbessert und die Erfolgskontrollen intensiviert werden, um ein größeres Maß an Biodiversitätsaufwertung zu erreichen.

Im Spannungsfeld

[VON ENNO BAHR]

Auch der „State of Nature in the EU“-Report 2015 der Europäischen Umweltagentur und der Artenschutzreport 2015 des Bundesamtes für Naturschutz benennen die Landwirtschaft als einen der Hauptverursacher für den fortschreitenden Rückgang biologischer Vielfalt. Obwohl die Landwirtschaft im Prinzip Ökonomie und Ökologie verbindet, ist für den Landwirt wie für jeden Unternehmer eine erfolgreiche Betriebswirtschaft das prioritäre Ziel: Steigende Preise für landwirtschaftliche Biomassen erhöhen den Anreiz, intensiver zu wirtschaften – und die Gefahr, weitere Biodiversitätsverluste in Kauf zu nehmen. Die jüngste europäische Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist mit dem Ziel angetreten, die Ökonomie stärker mit der Ökologie zu verbinden: Seit der Einführung des sogenannten Greenings in der Landwirtschaft werden nun etwa ökologische Vorrangflächen gefordert. Somit induziert die GAP einerseits mehr Möglichkeiten für den Umwelt- und Naturschutz. Andererseits gibt es vereinzelt Prämienmitnahmeeffekte ohne Mehrwert für den Naturschutz. Verschiedene Akteure bezeichnen das Greening auch deshalb als „ökologischen Deckmantel“. Diese Mitnahmeeffekte überraschen nicht, denn Naturschutz ist interbetrieblich und regional zu individuell. Er bedarf stärkerer kleinregionaler Verantwortung: Vertreter der Gesellschaft, des Naturschutzes sowie der Landwirtschaft müssen gemeinsam interagieren, wie es beispielsweise bei der produktionsintegrierten Kompensation erkennbar ist. Eine stärkere „Naturschutzsubsidiarität“ wäre ein wichtiger Meilenstein für die nächste Agrarreform. Die Konflikte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz werden allerdings nicht weniger: Biomasse soll zukünftig zunehmend fossile Rohstoffe ersetzen. Ein Mehr an Naturschutz mit extensiver Landwirtschaft in Deutschland ist unweigerlich mit der Verlagerung von intensiver Landwirtschaft ins Ausland verbunden. Regionaler Naturschutz hat somit globale Dimensionen.

Den Verlust biologischer Vielfalt bis 2020 stoppen: Im Wald wurde dieses Ziel vielfach bereits erreicht.



KONTAKT:
Prof. Dr. Christoph Leuschner
Georg-August-Universität Göttingen
Telefon: 0551 39-5718
cleusch@gwdg.de
www.uni-goettingen.de

Prof. Dr. Enno Bahrs
Universität Hohenheim
Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre
Telefon: 0711 45922566
bahrs@uni-hohenheim.de



Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen sind Träger des Stoffkreislaufs – sie reinigen Wasser und Luft, sorgen für fruchtbare Böden und angenehmes Klima, sie dienen der menschlichen Ernährung und Gesundheit und sind Basis und Impulsgeber für zukunftsweisende Innovationen.
(Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt)



Vielfalt verhindert Resistenzen:
In artenreichen Lebensräumen werden Schädlinge nicht so schnell resistent gegen chemische Bekämpfungsmittel...
(Pressemeldung Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung)



Verstecke dich faul in die Fülle der Gräser.
Weil's wohltut, weil's frommt.
Und bist du ein Mundharmonikabläser
Und hast eine bei dir, dann spiel, was dir kommt.
(aus „Sommerfrische“ von Joachim Ringelntatz)

Teure Vielfalt?

Ulrich Hampicke, bis 2009 Professor für Landschaftsökonomie und Naturschutz in Greifswald, hat in einer Reihe von Studien ermittelt, wie viel die Deutschen für Naturschutz in der Kulturlandschaft investieren müssten. [VON JAN FREESE]

Für seine Berechnungen betrachtet Ulrich Hampicke Acker- und Grünlandlebensräume in ganz Deutschland, die er in rund eine Million Hektar Natura-2000-, Mosaik-Grünland und anderes Grünland mit hohem Naturschutzwert, vier Millionen Hektar Intensivgrünland, neun Millionen Hektar Ackerland hoher Produktivität und drei Millionen Hektar niedriger Produktivität unterteilt. Für diese vier Räume definiert er unterschiedliche Nutzungen und Naturschutzziele. Sein Ergebnis: Für das wertvolle Grünland müssten angemessene Nutzungen und für zehn Prozent des Intensivgrünlands, also für 400 000 Hektar, eine De-Intensivierung organisiert werden. Um die Naturschutzziele zu erreichen, schlägt er vor, im Ackerbereich auf fünf Prozent der schwächeren Ackerstandorte Extensivierungen zugunsten von Ackerwildkräutern, Brachlegungen und erweiterten Fruchtfolgen durchzuführen und in den Intensivregionen und Börden sieben Prozent der Flächen für ökologische Zwecke bereitzustellen.

Kostenberechnung

Hampicke berechnet je nach Maßnahme und Lebensraum die Kosten der Umsetzung der Naturschutzziele mit unterschiedlichen Methoden: Vollkosten oder Teilkosten, er rechnet Marktleistungen an, berücksichtigt entgangene Deckungsbeiträge, den verrenteten Kaufpreis oder Pachtkosten. So werden beispielsweise für Extensivweiden Kostenunterdeckungen von 650 Euro pro Hektar und Jahr für Hüteschafhaltung sowie 435 bis 650 Euro pro Hektar und Jahr Unterdeckung

für Mutterkuhhaltung ermittelt. Die Extensivierung von Intensivgrünland schlägt je Hektar und Jahr mit 820 Euro entgangenem Deckungsbeitrag und 1200 Euro Mehraufwand zu Buche. Für Wildkrautäcker werden Differenzen von 300 bis 470 Euro pro Hektar und Jahr zwischen dem konventionellen und dem Wildkrautschutzacker angesetzt. Für die Flächenbereitstellung in Ackerbauintensivregionen veranschlagt Hampicke mit Hinweis auf die stark schwankenden Erträge unterschiedlicher Früchte 800 Euro pro Hektar und Jahr als Pacht oder Entschädigung.

Finanzbedarf

Die derart geschätzten Gesamtkosten für den Naturschutz belaufen sich auf 1,59 Milliarden Euro pro Jahr. Um auch Unsicherheiten und regionale Variationen aufzufangen, hält Hampicke ein jährliches Budget von 1,7 bis 2 Milliarden Euro für nötig.

Diese Summe wäre finanzierbar: Die 1. Säule der EU-Agrarpolitik schütet jährlich rund 4,85 Milliarden Euro in Form von Direktzahlungen für landwirtschaftliche Flächennutzungen aus, die 2. Säule stellt pro Jahr weitere rund 2,5 Milliarden Euro für die ländliche Entwicklung bereit. Gegenwärtig stehen in der 2. Säule für Agrarumweltmaßnahmen jährlich bereits rund 600 Millionen Euro und für benachteiligte Gebiete etwa 300 Millionen Euro zur Verfügung. Mithilfe von Umverteilungen wären flächendeckende Naturschutzziele in der Agrarlandschaft demnach finanzierbar.

SERVICE:

Unentgeltliche, wertvolle Dienste

Die internationale TEEB-Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ versucht, den wirtschaftlichen Wert biologischer Vielfalt zu schätzen: Ihr zufolge rechnet sich ihr Schutz; der Wegfall von Ökosystemdienstleistungen ist erheblich teurer. Die Aktion „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“ will diese Zusammenhänge für Deutschland sichtbar machen. www.naturkapital-teeb.de

Zum Weiterlesen

Michael Otto Stiftung: *Fachgutachten über die Höhe von Ausgleichszahlungen für die naturnahe Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Deutschland*, überarbeitete Fassung 2014: www.michaelottostiftung.de/dms/Fachgutachten2014_final_LowRes.pdf

Ulrich Hampicke: *Kulturlandschaft und Naturschutz*, Springer, 2013.

Gesamtkostenschätzung

	Fläche in Hektar	€ pro Hektar und Jahr	Mio. € pro Jahr
Halbkulturlandschaft und Traditionsgrünland	1 000 000	550	550
Grünlandextensivierung	400 000	1200	480
Ackerwildkrautschutz	150 000	400	60
Strukturelemente in der Ackerlandschaft	630 000	800	500
Zusammen	2 180 000		1590

Quelle: Michael Otto Stiftung



KONTAKT:
Dr. Jan Freese
DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de

Unattraktiv: Die Maßnahme „Ernteverzicht“ fördert Landwirte, die Getreide nicht abernten, sondern über den Winter stehen lassen. Sie ist unbeliebt. Verdeutlicht sie zu krass, wie Naturschutz mitunter wahrgenommen wird: auf Erwirtschaftetes zugunsten von Feldmäusen & Co. zu verzichten?



Was bietet der ELER?

Der Schutz von Tieren, Pflanzen und deren Lebensräumen hängt häufig maßgeblich davon ab, welche Fördermittel zur Verfügung stehen. [VON JAN FREESE]

Das Förderinstrumentarium für den Natur- und Biodiversitätsschutz im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) ist umfangreich. Es lässt sich in vier Gruppen einteilen.

Maßnahmenbezogene Flächenzahlungen für Landwirte Sie fördern Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, Kulturlandschaftsprogramme und Vertragsnaturschutz sowie einzelne Tierschutzmaßnahmen. Sie ermöglichen Maßnahmen von Landwirten zur umweltschonenden Landnutzung, Nutzungen zu extensivieren und spezielle arten- oder biodiversitätsgerechte Nutzungen. Zudem wird die Haltung seltener Nutztierassen sowie die extensive Gründlandnutzung mit Weidehaltung als Tierschutzmaßnahme gefördert.

Naturschutzbezogene Investitionen

Diese Maßnahmen zum Erhalt des „natürlichen Erbes“ (Artikel 17 oder Artikel 20) können von landwirtschaftlichen Betrieben umgesetzt oder aber in der Trägerschaft von Vereinen, Verbänden oder Kommunen eingesetzt werden. Neben Naturschutzprojekten und integrierten Vorhaben in der Kulturlandschaft sind auch einmalige Investitionen wie Biotopneuanlagen oder -instandsetzungen, etwa durch Entbuschungen oder Gewässerrenaturierungen, denkbar.

Flächenbezogene Ausgleichszahlungen für Landwirte

Artikel 30 der ELER-Verordnung „NATURA 2000 und WRRL-Zahlungen“ ermöglicht Entschädigungen für Einschränkungen, die Landnutzern durch Schutzgebieten entstehen. Prinzipiell ist dies auch im Rahmen der Zahlungen für „benachteiligte Gebiete“ möglich.

Flankierende Maßnahmen

Darüber hinaus können über verschiedene ELER-Artikel Pläne, Kooperationen, Koordinationsaufgaben, Beratung und Informationsangebote finanziert werden.

Im Mai wurden in Brüssel die letzten ELER-Programme der Länder genehmigt. Nicht alle Länder nutzen die gleichen Möglichkeiten, um Naturschutz- und Biodiversitätsziele zu erreichen. Die meisten haben die Förderinstrumente und Angebote der vergangenen Förderperiode weitgehend beibehalten; in einigen Bundesländern wurden kleinere Änderungen vorgenommen: Baden-Württemberg fördert nun Naturparke, die Projektkoordination übernehmen. Mecklenburg-Vorpommern hat erstmals Projekte von Landschaftspflegeverbänden in die Förderung aufgenommen und Niedersachsen fördert im Bereich der Kooperationen die Landschaftspflege und das Gebietsmanagement. Im Agrarumweltbereich führen mit Hessen und Bayern zwei weitere Bundesländer im Grünland Kennartenprogramme ein, es gibt neue Angebote für die silagefreie Fütterung und den Tierschutz sowie viele Neuerungen und Varianten von Streifen in Ackerbauregionen.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

DVS 2015: ELER in Deutschland
Programmübersicht 2014 – 2020

DVS 2015: ELER in Deutschland
Maßnahmensteckbriefe Umwelt
und Landschaft 2014 – 2020

<http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/doku-eler2014>

NABU 2014: *Leitfaden zur Naturschutzfinanzierung in der EU-Förderperiode 2014 – 2020*

www.nabu.de

→ naturschutz

→ naturschutz in europa



KONTAKT:

Dr. Jan Freese

DVS

Telefon: 0228 6845-3477

jan.freese@ble.de



Spaltet die Gemüter: Der Feldhamster, ehemals ein häufiger Ernteschädling, ist inzwischen vom Aussterben bedroht. Flächen, auf denen die streng zu schützende Art vorkommt, werden mit Bewirtschaftungsaufgaben belegt. Mit der modernen Landwirtschaft ist der Feldhamster kaum vereinbar.

Die Agrarumweltmaßnahmen (AUM) – seit 2014 Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) – honorieren die freiwillige, umweltfreundliche Bewirtschaftung von Agrarflächen. Die AUM waren die finanzstärkste Maßnahme im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU wie auch in Deutschland. Im Jahr 2012 wurden in Deutschland mit rund 626 Millionen Euro insgesamt etwa 6,7 Millionen Hektar als AUM gefördert; statistisch waren dies 36 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Dabei war die Ausgestaltung der AUM sehr unterschiedlich: Einige waren auf mehrere Umweltziele gleichzeitig ausgerichtet, wie etwa Bodenschutz, verminderte Nährstoffausträge und Biodiversität. Sie wurden häufig unabhängig von bestimmten Standorteigenschaften, also horizontal angeboten. Andere AUM waren spezifisch und verfolgten ein Umweltziel, etwa bestimmte Biodiversitätsmaßnahmen.

Gezielte Bewirtschaftung ausgewählter Agrarflächen

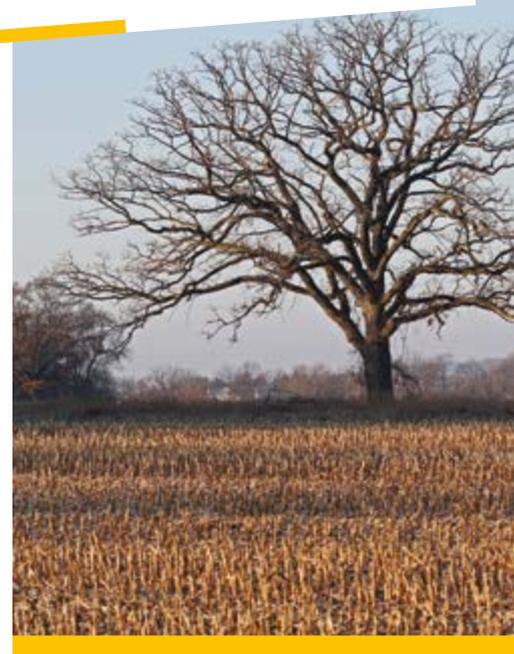
Seit Jahren wurden AUM als zu wenig effektiv kritisiert; gleichzeitig schätzte man die Bedeutung solcher freiwilliger, honorierter Maßnahmen für die Zukunft als sehr wichtig ein: Wie können Agrarumweltmaßnahmen also effektiver gestaltet werden? Ein Wissenschaftler-Team ging in der aktuellen Studie „Design rules for successful governmental payments for ecosystem services: taking agri-environmental measures in Germany as an example“ (siehe Literaturhinweis), der Frage nach, ob sich Regeln für eine erfolgreiche Gestaltung verallgemeinern lassen und analysierte dazu 49 AUM aus fünf Bundesländern. Für AUM, die auf mehrere Umweltziele gleichzeitig und horizontal ausgerichtet waren, konnten keine Regeln für den Erfolg abgeleitet werden. Eine Ausnahme zeichnete sich für den Ökolandbau ab, der sich im Vergleich zu den anderen, auf mehrere Umweltziele ausgerichteten und horizontal angebotenen Maßnahmen, in der Regel sehr deutlich von der allgemeinen Praxis abhebt und durch die ganzbetriebliche Anwendung flächenhaft wirksam wird. Bei den AUM, die auf ein Umweltziel und eine bestimmte Kulisse oder besonders wertvolle Flächen ausgerichtet waren, führten folgende Bedingungen fast immer zum Erfolg: eine Maßnahmenberatung in Verbindung mit der Einbeziehung der Naturschutzbehörden und gegebenenfalls flexible Umsetzungsmöglichkeiten.

Was leisten die etablierten Instrumente?

Jedes Instrument hat sein Potenzial – der politische Wille entscheidet, ob und wie es genutzt wird. Darüber hinaus besteht die Kunst darin, die Instrumente zielgerichtet zu gestalten und zu kombinieren.

[VON MICHAELA REUTTER, CLAAS MEYER, BETTINA MATZDORF]

Wer hat Zeit für Vielfalt? Es gibt gute betriebswirtschaftliche Gründe, Äcker nach der Ernte direkt neu zu bearbeiten. Brachen, die temporäre Lebensräume bieten, werden inzwischen als AUKM honoriert.



Dieses Ergebnis unterstützt die seit Langem bestehende Forderung nach einer stärker zielgerichteten und ergebnisorientierten Ausrichtung der AUM und zeigt Wege, um mit honorierten Maßnahmen für bewusst ausgewählte Flächen die Bewirtschaftung an die besonderen Erfordernisse anzupassen oder aufrechtzuerhalten: Beratung, Flexibilität in der Umsetzung und eine klare Ergebnisorientierung sind dazu bekannte, wichtige Voraussetzungen. Dies sollte für die weitere Gestaltung der AUKM berücksichtigt werden.

Mindestanforderungen, aber kein hoher Standard

Freiwillige Maßnahmen, wie die bisherigen AUM, waren eine Ergänzung der rechtlich bestehenden Verpflichtungen. Seit 2005 beeinflussen auch Cross Compliance und seit 2015 das Greening den Standard, den Landwirte einhalten müssen, wenn sie Direktzahlungen erhalten. Die wichtigste aktuelle Veränderung dabei ist, dass Landwirte durch das Greening verpflichtet sind, fünf Prozent ihrer Ackerflächen als ökologische Vorrangflächen (ÖVF) auszuweisen; über eine Anhebung auf sieben Prozent wird noch entschieden. Damit wird nun ein Teil der im Naturschutzgesetz verankerten Anforderungen für Landwirte konkret. Eine solche Umsetzung ist Ausdruck davon, dass man in einer intensiv genutzten Agrarlandschaft mit rein freiwilligen Maßnahmen an Grenzen stößt, vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Ziele aber ein Mindestmaß an Fläche extensiv oder ungenutzt bleiben muss. Gleichzeitig wird den Landwirten selbst Verantwortung übertragen. Jedoch kritisieren Agrarökologen die Anforderungen des Greenings insgesamt als deutlich zu gering. Zudem sind die Grenzen, die unter dem Begriff „Anbaudiversifizierung“ – also der Vorgabe, dass mindestens drei verschiedene Kulturen angebaut werden müssen – gesetzt werden, ökologisch kaum zielführend. So könnte ein Betrieb mit 100 Hektar auch mit Greening auf 75 Hektar, ein Betrieb mit 1000 Hektar auf 750 Hektar nur eine Kultur anbauen. Gleichzeitig werden durch das Greening 30 Prozent der Direktzahlungen gerechtfertigt und damit eine Art Ausgleichszahlung bereitgestellt. In der öffentlichen Diskussion erfahren die Direktzahlungen eine Legitimation, die eine gezielte Weiterentwicklung der GAP hinsichtlich einer Honorierung für die Bereitstellung öffentlicher Güter erschwert.

Sicherung der wertvollsten Flächen

Um den Verlust der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft aufzuhalten, ist der Erhalt der noch bestehenden artenreichen Flächen eine grundlegende Voraussetzung. Der Einsatz von Bewirtschaftungseinschränkungen ist ein dafür übliches Instrument, wie etwa ordnungsrechtliche Auflagen in Schutzgebieten. Ein zielgerichtetes Management im Sinne einer Pflegepflicht, wie es für den Erhalt von vielen Arten und Lebensräumen der Agrarlandschaft notwendig ist, kann jedoch nicht verordnet werden. Hier ist vielmehr ein Mitdenken durch die Bewirtschafter, eine zielgerichtete Nutzung und in vielen Fällen eine Honorierung der Pflegekosten wichtig. Einige Bundesländer entschieden sich daher bei der Umsetzung der Natura-2000-Ziele bewusst für eine Kombination der Instrumente: rechtliche Auflagen und Honorierung durch AUM. Dabei wurden zudem Ausgleichszahlungen für die rechtlichen Auflagen über die 2. Säule der GAP gewährt.

Schlussendlich können ausschließlich rechtliche Einschränkungen die anschließend notwendige Kooperation zur Umsetzung einer gezielten Bewirtschaftung empfindlich beeinträchtigen. Ein kooperatives und vertrauensvolles Verhältnis wird für eine effektive, ergebnisorientierte Zusammenarbeit als absolut wichtig angesehen. Viele Bundesländer verzichteten deshalb aus Akzeptanzgründen auf ordnungsrechtliche Auflagen der landwirtschaftlichen Nutzung in Natura-2000-Gebieten und setzten ganz auf freiwillige Leistungen und deren Honorierung über AUM. Die Zukunft muss zeigen, ob damit der geforderte langfristige Schutz und die Entwicklung in Natura-2000-Gebieten erreicht werden kann. Tatsächlich erscheint eine sinnvolle Kombination von Ordnungsrecht und freiwilligen Maßnahmen sowie Ordnungsrecht in Verbindung mit Kompensationszahlungen in der Praxis unerlässlich, insbesondere wenn es um die Entwicklung wertvoller Flächen geht. Dadurch muss man sich aber auch der Problematik der gegenseitigen Abhängigkeit von ökonomischen Anreiz-Instrumenten und Ordnungsrecht stellen. Langfristig sollten ökonomische Anreiz-Instrumente nicht dazu führen, dass Ordnungsrecht ohne finanzielle Kompensation nicht mehr akzeptiert und damit die Grenze der Sozialpflichtigkeit verschoben wird.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Meyer, C., Reutter, M., Matzdorf, B., Sattler, C., Schomers, S. (2015) *Design rules for successful governmental payments for ecosystem services: taking agri-environmental measures in Germany as an example. Journal of Environmental Management* 157, 146-159.3

Matzdorf, B., Biedermann, C., Meyer, C., Nicolaus, K., Sattler, C., Schomers, S. (2014) *Was kostet die Welt?: Payments for Ecosystem Services in der Praxis; erfolgreiche PES-Beispiele aus Deutschland, Großbritannien und den USA.* oekom, München.



KONTAKT:
 Michaela Reutter
 Leibniz-Zentrum für
 Agrarlandschaftsforschung e.V.
 Institut für Sozioökonomie
 Telefon: 033432 82-358
 michaela.reutter@zalf.de

Agrarpolitik im Umbruch

Der Naturschutz in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat sich historisch entwickelt. Inzwischen ist im ELER ein breites Spektrum naturschutzfachlicher Instrumente möglich.

[VON REGINA GRAJEWSKI, BERNHARD OSTERBURG, NORBERT RÖDER, THOMAS SCHMIDT]

Die Entwicklung von Naturschutzmaßnahmen verlief in drei Etappen (siehe Abbildung rechts). Zu Beginn der GAP spielten sie keine Rolle; nur vereinzelt wurden Vertragsnaturschutzmaßnahmen mit europäischen Mitteln finanziert. Anfang der 1990er-Jahre drohte durch Überproduktion in vielen Produktbereichen die Finanzierung der Agrarpolitik aus dem Ruder zu laufen; 1992 kam es zu einem grundlegenden Umdenken. Als eine Maßnahme zur Reduzierung der Überschüsse wurden die EU-Mitgliedstaaten im Zuge der McSharry-Reform verpflichtet, Extensivierungsmaßnahmen anzubieten und zusätzlich Flächen stillzulegen. Acht Jahre später wurden durch die Agenda 2000 die unterschiedlichen Bausteine der Agrarförderung neu geordnet: Seither stellen Agrarumweltmaßnahmen – heute Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) – in der 2. Säule der GAP einen verpflichtenden Bestandteil der ländlichen Entwicklungsprogramme dar. Neben AUKM investiert die EU mit Flächenkauf und Biotoppflege auch verstärkt in Naturschutzprojekte und gewährt einen Ausgleich für Natura 2000 bedingte Einschränkungen. In jüngster Zeit spielen Qualifizierung, Beratung, Netzwerke und Managementplanungen zunehmend eine Rolle im EU-kofinanzierten Naturschutz.

Weniger gezielt, mitunter wirksam

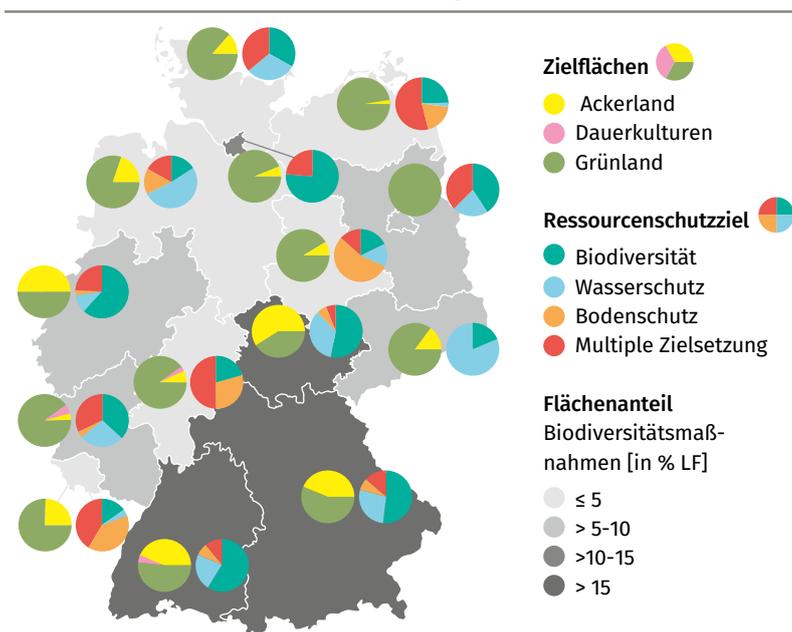
Zwischen 1992 und 2008 gab es obligatorische Ackerflächenstilllegungen, die zum Teil positive Nebeneffekte auf die Biodiversität hatten. Gleiches gilt für die seit 2005 verstärkte Verknüpfung der GAP-Zahlungen mit dem Umweltrecht über die Cross Compliance, also die Einhaltung einer guten landwirtschaftlichen Praxis. Einige der Cross-Compliance-Anforderungen sind relevant für den Naturschutz, beispielsweise Grünland und Landschaftselemente zu erhalten sowie rechtliche Anforderungen der Flora-Fauna-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie zu erfüllen. Seit der GAP-Reform 2013 schreibt das sogenannte Greening in der 1. Säule weitere Umweltauflagen zur Fruchtfolgegestaltung, zum Grünlandschutz und zu ökologischen Vorrangflächen vor, die seit 2015 greifen. Einer aktuellen Untersuchung des Thünen Instituts zufolge wird ihr positiver Einfluss auf die Biodiversität allerdings begrenzt sein (siehe Literaturhinweise).

Regional sehr unterschiedlich

Die Bundesländer setzen in ihren ländlichen Entwicklungsprogrammen sehr unterschiedliche Schwerpunkte beim Schutz biologischer Vielfalt. Eine aktuelle Analyse der Agrarumweltmaßnahmen für das Jahr 2013 (siehe Literaturhinweise) zeigt: Sowohl die Ressourcenschutzziele als auch die Zielflächen Acker- und Grünland sowie die Flächenanteile biodiversitätsfördernder Maßnahmen variieren stark (siehe Karte):

Baden-Württemberg, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg gaben der Biodiversität als Ressource oberste Priorität. Die höchsten Flächenanteile mit biodiversitätsfördernden Maßnahmen wiesen mit mehr als zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Baden-Württemberg, Thüringen und Bayern aus. Andere Länder wie Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Saarland und Sachsen setzten mit einer durchschnittlichen Fördersumme von über 200 Euro je Hektar höherwertigere Maßnahmen auf weniger Fläche um. Den Schwerpunkt legten die meisten Länder auf Grünland. Vier Bundesländer förderten mit der Maßnahme „vielfältige Fruchtfolge“ Biodiversität auch auf Acker. Ackerbezogene Maßnahmen sind häufig flächenstark, aber mit geringen Auflagen belegt, weshalb sie hinsichtlich der Erreichung von Naturschutzzielen oft weniger wirksam sind als spezifisch ausgerichtete Grünlandmaßnahmen.

Ressourcenschutzziele & Zielflächen von Agrarumweltmaßnahmen 2013



Quelle: Thünen Institut auf Grundlage von Grajewski & Schmidt, 2015

Reformschritte der GAP

Europäischer Ordnungsrahmen zur Förderung von freiwilligen Maßnahmen im Naturschutz

	Effizienzverordnung (EWG) 797/1985	<ul style="list-style-type: none"> // Erstmals Kofinanzierung von Naturschutzprogrammen in Westdeutschland durch die EG // Ausweitung der bislang ausschließlich mit Landesmitteln kofinanzierten Naturschutzprogramme
Reform der Strukturfonds 1988 McSharry-Reform 1992	VO (EWG) Nr. 2078/1992 und StrukturfondsVO	<ul style="list-style-type: none"> // Flankierende Maßnahmen (Extensivierungsmaßnahmen) // Starke Ausweitung von Agrarumweltmaßnahmen // Investive Naturschutzmaßnahmen in Gebietskulissen (Ziel 5b) // (obligatorische Ackerflächenstilllegung)
Agenda 2000 1. und 2. Säule der GAP	VO (EG) Nr. 1257/1999	<ul style="list-style-type: none"> // Zusammenführung von getrennten Politikbereichen // Naturschutz (Fläche, investiv) als Teil ländlicher Entwicklungsprogramme // Einführung eines Ausgleichs für Natura 2000-Verpflichtungen
2005: Entkopplung der Direktzahlungen	VO (EG) Nr. 1698/2005	<ul style="list-style-type: none"> // Weiterführung und Ausweitung der naturschutzfachlichen Förderansätze // Wichtige Rolle zur Umsetzung von Natura 2000 // Ausweitung auch auf Beratung/Management
2013: Umbau der Direktzahlungen (Greening)	VO (EG) Nr. 1305/2013	<ul style="list-style-type: none"> // Umfassendes, breit aufgestelltes Angebot von Naturschutzmaßnahmen in ländlichen Entwicklungsprogrammen // Teilweise aufgrund der Komplexität Renationalisierung von Naturschutzmaßnahmen in der 2. Säule erkennbar

Quelle: Thünen Institut

Trotz aller Unterschiede: Maßnahmen der 2. Säule der GAP sind nahezu flächendeckend eine tragende Säule des Naturschutzes in der Agrarlandschaft und ein wesentliches Instrument, Natura 2000 umzusetzen. Die EU richtet ihre Verwaltungs- und Kontrollvorgaben allerdings stark auf Standardmaßnahmen aus und fördert damit einen Trend, individuelle Naturschutzmaßnahmen in die rein nationale Finanzierung zurück zu verlagern. Offensichtlich wird dies in den ländlichen Entwicklungsprogrammen ab 2013: Verschiedene Länder, zum Beispiel Hessen, fördern ihren kompletten Vertragsnaturschutz inzwischen ohne EU-Mittel.

Starre Auflagen – dynamische Biologie

Naturschutzziele mithilfe der GAP zu erreichen, stellt alle Akteure – aus der Politik und Verwaltung ebenso wie aus der Praxis – vor große Herausforderungen. Um wirkungsvoll flächenbezogene Naturschutzmaßnahmen umzusetzen, werden vielfältige, detaillierte Bewirtschaftungsauflagen definiert. Diese sind einerseits schwer zu kontrollieren, andererseits wächst mit einer steigenden Zahl an Auflagen für den Landbewirtschaftler das Risiko, gegen eine zu verstoßen. Die Bewirtschaftung von für den Naturschutz besonders wertvollen Flächen erfordert zudem ein flexibles Management; auf die Witterung oder auch das Auftreten einzelner Zielarten Rücksicht zu nehmen, ist schwer mit mehrjährig laufenden Verträgen, lagertreuen Flächen und starren Auflagen in Einklang zu bringen, wie sie handlungsorientierte AUKM bedingen. Ergebnisorientierte Ansätze sind nur teilweise eine Lösung: Etliche leicht zu erfassende Zielarten des Naturschutzes, wie Wiesenvögel und Insekten, sind räumlich mobil und weisen witterungsbedingte Populationschwankungen auf. Oder sie reagieren nur eingeschränkt oder zeitverzögert auf eine Veränderung des Managements, wie insbesondere Blütenpflanzen.

Die Lage der Maßnahmenflächen zueinander nimmt ebenso Einfluss darauf, ob die biologische Vielfalt gefördert wird, wie die zeitliche Kontinuität von Maßnahmen: Eine biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung muss also sowohl auf kleinere Einzelflächen ausgerichtet werden als auch auf größere Landschaftsausschnitte. Dies erfordert von der Verwaltung einen erhöhten Aufwand für Akquise und Beratung. Insbesondere entsprechen die aus Sicht des Naturschutzes hochwertigen Flächen, beispielsweise Heideflächen, oft nicht dem klassischen Bild einer landwirtschaftlichen Nutzfläche: Als Landschaftselement geförderte Störstellen im Acker oder Gehölze entwickeln sich im Lauf der Zeit dynamisch. Damit sind im Falle einer Prüfung durch EU-Kontrolleure Diskussionen über Flächenzustand, -größe und den formalen Charakter einer Fläche vorprogrammiert.

Von Förderung mitunter überfordert

Auch der investive Naturschutz tut sich manchmal schwer mit den von der EU gesetzten Rahmenbedingungen für Verwaltung und Kontrolle, weil er – wenn es sich nicht nur um Flächenankauf handelt – individuelle Vorhaben fördert. Diskussionsthemen sind immer wieder, wie wiederkehrende Pflegemaßnahmen von Investitionen abzugrenzen sind, vergaberechtliche Bestimmungen, die es einzuhalten gilt und dass die Vorhaben vorfinanziert werden müssen. Viele Träger von Naturschutzvorhaben sind damit überfordert. Oft versucht man daher, kleine Projekte ohne EU-Kofinanzierung umzusetzen. Der ELER bietet in der Förderperiode 2014 bis 2020 einen neuen positiven Ansatzpunkt: die verstärkte Förderung von Kooperationen, etwa von Landschaftspflegeverbänden oder Naturparks. Sie können Verwaltungen bei der Umsetzung investiver Maßnahmen entlasten und für Synergien bei den flächenbezogenen Naturschutzmaßnahmen sorgen.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Grajewski R. und Schmidt T. G. (2015): *Analyse der in den ländlichen Entwicklungsprogrammen der Bundesländer geförderten Agrarumweltmaßnahmen*. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper [in Vorbereitung].

Schmidt T. G., Röder N., Dauber J., Klimek S., Laggner A., de Witte T., Offermann F. und Osterburg B. (2014): *Biodiversitätsrelevante Regelungen zur nationalen Umsetzung des Greenings der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nach 2013*. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper 20 [http://literatur.ti.bund.de/digbib_extern/bitv/dn053406.pdf].



KONTAKT:

Dr. Thomas G. Schmidt
Johann Heinrich von Thünen
Institut für Ländliche Räume
Telefon: 0531 596 5507
thomas.schmidt@ti.bund.de

Beratungsangebote für Landwirte

Welche Möglichkeiten für mehr Naturschutz kann ich auf meinem Betrieb ohne großen Aufwand umsetzen? An welchen Agrarumweltprogrammen kann ich teilnehmen? Diese Fragen können landwirtschaftliche Betriebsleiter im Rahmen des Beratungsprogramms „Fokus Naturtag“ klären. Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen nutzt die Erfahrungen aus dem Fokus Naturtag außerdem für Naturschutz- und Greening-Beratung.

[VON EVA MEYERHOFF UND ELISABETH VERHAAG]

Im Arbeitsalltag auf den Höfen stehen zahlreiche Themen im Vordergrund; Natur und Biodiversität zählen in der Regel nicht dazu. Das soll sich mit dem Beratungsprogramm „Fokus Naturtag“ (FNT) ändern. Die Idee: Die Landwirte treten für einige Stunden einen Schritt zurück und betrachten ihren Betrieb aus der Perspektive von Naturschutz und Artenvielfalt.

Sechs Organisationen haben diesen Beratungsansatz unter Leitung der Bioland-Beratung und mit Förderung des Bundeslandwirtschaftsministeriums entwickelt: Kooperationspartner des Fokus-Naturtag-Projekts sind die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, die Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (LEL) in Baden-Württemberg, der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen (KÖN). Gemeinsam entwickelten sie geeignete Beratungsmaterialien und -methoden und bauten eine Datenbank auf, mit deren Hilfe die Betriebe hofindividuell zusammengestellte

Infohefte zu den diskutierten Naturschutzmaßnahmen erhalten können. Von Anfang 2013 bis Mitte 2015 wurden 100 Testberatungen durchgeführt. Aus dem Bereich des Ökolandbaus meldeten sich besonders viele interessierte Landwirte aus Eigeninitiative, konventionelle Betriebe konnten durch direkte Ansprache gewonnen werden. Eine Evaluierung, für die alle Betriebe bis Ende 2015 noch einmal befragt werden, soll Auskunft zur Effizienz und Wirkung des FNT geben.

Basis der FNT-Beratung ist die Feld- und Hofbegehung. Der inhaltliche Schwerpunkt hängt dann stets von der jeweiligen Ausrichtung des Betriebs ab. Unabhängig davon gibt es Themen, die Bestandteil jeder FNT-Beratung sind:

- // Agrarumweltprogramme und andere Naturschutzfördermöglichkeiten
- // Ideen für konkrete Naturschutzmaßnahmen auf dem Betrieb (mit und ohne Förderung)
- // Informationsweitergabe und Sensibilisierung für die wichtigen Biodiversitätsaspekte des Betriebs
- // Relevante Aspekte im Hinblick auf Biodiversität und Greening

Anschauliche Visualisierung statt Protokoll

Der Fokus Naturtag baut darauf, dass eine gemeinsame Visualisierung und damit auch Konkretisierung der diskutierten Ideen direkt vor Ort nachhaltiger wirkt als eine Nacharbeit des Beraters im Büro. Innovatives Kernstück des Beratungsansatzes ist die gemeinsame Erstellung eines Plakats oder Hefts. Darin werden die Ergebnisse mit Fotos und Kurztexten dokumentiert. Der Berater hat eine Kamera dabei, mit der er bei der Feld- und Hofbegehung Fotos macht, ausdruckt und auf Maßnahmenkarten klebt. Auf den Karten werden die Orte und die Ideen für Maßnahmen notiert. Zusätzliche Buttons ermöglichen es, eine Naturschutzmaßnahme auch mit den profitierenden Tieren oder Pflanzen zu illustrieren. Der Berater verlässt den Hof erst, wenn die Ergebnisse anschaulich an der Wand hängen.

In der Regel benötigt man vier bis sechs Stunden für eine Beratung. Welche konkreten Ideen in diesem Zeitraum diskutiert werden, hängt vom Betriebsleiter und seinen Möglichkeiten, dem Spezialisierungs-

Brauchen Weiden:
Von Ackerbegleitpflanzen
leben viele Insekten,
darunter auch über 500
Wildbienen. Sie bestäuben
Obst und Gemüse und
dienen selbst als
Nahrungsgrundlage für
größere Tiere.



oder Intensivierungsgrad des Betriebs ab. Die Fülle an möglichen Maßnahmen speist sich aus den sieben Teilbereichen Acker, Grünland, Strukturelemente, Streuobst, Wald, Hofstelle und Sonstiges. Festgehalten werden am Ende nur diejenigen Maßnahmen, die im Einvernehmen mit dem Landwirt diskutiert wurden.

Gute Perspektiven

Erste Zwischenergebnisse zeigen, dass viele Betriebe bereits Ideen aus der Beratung umsetzen. Die Methodik kam bei den Landwirten gut an. So sagt Milchviehhalter Henning Aumund aus dem Landkreis Osnabrück: „Der Fokus Naturtag bietet in kurzer Zeit ein reichhaltiges Ergebnis. Super daran ist, gleich alles vor Augen zu haben.“

Nachdem die Testphase inzwischen abgeschlossen ist, kann die Methodik in die breite Anwendung gehen. Erste Möglichkeiten dazu bieten die neuen Programme zur Förderung landwirtschaftlicher Beratung. In Baden-Württemberg beispielsweise wird die Biodiversitätsberatung im Rahmen von „Beratung 2020“ für landwirtschaftliche Betriebe zu 100 Prozent gefördert. Das Einstiegsmodul „Gesamtbetriebliche Biodiversitätsberatung“ ist geradezu prädestiniert für die Anwendung des FNT. Auch in Niedersachsen kann der FNT über die dort zu 100 Prozent geförderte Biodiversitätsberatung zum Einsatz kommen und wird in den förderfähigen Beratungsinhalten namentlich genannt. In Nordrhein-Westfalen arbeitet man momentan ebenfalls im Rahmen des Programms Ländlicher Raum an einem Baustein „Flächenbezogene Naturschutzberatung“. Hier ist eine 100-Prozent-Förderung vorgesehen.

Landwirtschaftskammer NRW nutzt FNT-Erfahrung für Naturschutz- und Greening-Beratung
Seit Jahresbeginn hat sich für viele Landwirtschaftsbetriebe die Situation grundlegend geändert. Wer die Betriebsprämie weiter in voller Höhe erhalten möchte, ist nun verpflichtet, Greening-Maßnahmen durchzuführen. Vor diesem Hintergrund hat die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen im Herbst 2014 ein Beratungsprojekt gestartet, für das die Erfahrungen aus dem Projekt Fokus Naturtag genutzt werden. Vorrangiges Ziel ist es, die ökologischen Vorrangflächen in den Betrieben stärker in Richtung „naturschutzfachlich sinnvoll“ zu etablieren.

Vor dem Ortstermin setzt sich die Beraterin anhand von Skizzen mit den Flächen des jeweiligen Betriebs und der Region auseinander. So können schon im Vorfeld erste Ansätze für sinnvolle Maßnahmen gefunden werden. Bei dem anschließenden umfangreichen Betriebsbesuch, der auch eine Feld- und Hofbegehung beinhaltet, werden mögliche Maßnahmen mit dem Betriebsleiter besprochen. Um dem Betrieb die Umsetzung der besprochenen Schritte zu erleichtern, sieht das Projekt statt der Erstellung eines Plakats eine ausführliche Nachbereitung am Schreibtisch vor. Die Landwirte erhalten im Anschluss an den Betriebsbesuch eine Auflistung der ausgewählten oder vorgeschlagenen Maßnahmen mit Informationen zu ökologischen Vorrangflächen, möglichen Fördermaßnahmen im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen oder des Vertragsnaturschutzes sowie allgemeine Informationen zur Umsetzung. Die Nachbereitung wird zudem genutzt, um die möglichen Maßnahmen in die

Schlagskizzen des Betriebs einzuzichnen. Hiermit kann der Betriebsleiter direkt die Lage und Größenordnung der Maßnahme sowie die Anrechenbarkeit als ökologische Vorrangfläche erkennen. Als zusätzliche Leistung hat er die Möglichkeit, diese Skizze direkt in seinen Antrag zu integrieren, ohne selbst Hand anlegen zu müssen.

Bereits im ersten Projektjahr haben sich deutliche Erfolge der Beratung gezeigt. So hat sich in den rund 50 Beratungsbetrieben der Anteil an Feldrand-, Ufer- oder Waldrandstreifen gegenüber dem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen verdoppelt. Von den Betrieben wurde die Beratung sehr positiv aufgenommen. Zahlreiche Unsicherheiten und offene Fragen zu ökologischen Vorrangflächen konnten geklärt werden. Die Landwirtschaftskammer NRW will das Projekt auch im nächsten Jahr weiterführen. Der Fokus soll dann auf den weitergehenden, naturschutzfachlich sinnvollen Maßnahmen auf den Betrieben liegen, für die in den diesjährigen Beratungsgesprächen aufgrund der grundsätzlichen Fragen zu den ökologischen Vorrangflächen meist relativ wenig Raum blieb.



KONTAKT:

Eva Meyerhoff
Kompetenzzentrum Ökolandbau
Niedersachsen GmbH
Telefon: 04262 9593-62
e.meyerhoff@oeko-komp.de
www.oeko-komp.de

Elisabeth Verhaag
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Telefon: 0228 703-1534
elisabeth.verhaag@lwk.nrw.de
www.landwirtschaftskammer.de

Was Kennartenprogramme leisten

In einigen Ländern gab es sie bereits, Bayern und Hessen führen sie ein: die ergebnisorientierte Honorierung artenreichen Grünlands. Ist sie das Mittel, um die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft signifikant zu vergrößern?



Die Agraringenieurin Ute Grothey ist beim Landschaftspflegeverband Landkreis Göttingen tätig. Im Rahmen einer vom Land Niedersachsen und der EU finanzierten Qualifizierungsmaßnahme unterstützt der Verband seit 2008 Landwirte der Region bei der Umsetzung von Naturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen. www.lpv-goettingen.de

Frau Grothey, sind Kennartenflächen reicher an biologischer Vielfalt als anderes Grünland?

Ja, der Artenreichtum ist sozusagen die Zugangsvoraussetzung, um am Kennartenprogramm teilzunehmen. Die Herausforderung ist es, den Status quo zu erhalten – dazu hat das Programm beigetragen. Es gibt dabei keine Mitnahme-Effekte: Man muss die extensive Bewirtschaftung beibehalten, um den Artenreichtum zu erhalten.

Wie funktioniert das Programm?

Die Landwirte müssen dafür sorgen, dass bestimmte Pflanzen bei einer Kontrolle vorzufinden sind. Niedersachsen hat eine Liste von 31 Kennarten aufgestellt, die für eine extensive Bewirtschaftung auf unterschiedlichen Standorten stehen. Darunter sind auch Allerweltsarten, die man aber eben auf häufig gedüngten oder gemähten Flächen nicht findet. Es gibt dazu Infomaterial und Bestimmungshilfen. Ich empfehle den Landwirten, die Arten zu kartieren, aber das ist keine Auflage.

Ergebnisorientierte Maßnahmen wurden 2014 auf 1,2 Prozent der niedersächsischen Agrar-Umwelt-Flächen durchgeführt. Ist das viel oder wenig?

Etwa zehn Prozent der Grünlandflächen im Landkreis Göttingen haben das notwendige Arten-Potenzial. Anfangs gab es keinen echten finanziellen Anreiz, beim Kennartenprogramm mitzumachen. Der Fördersatz für vier Kennarten glich mit 110 Euro je Hektar dem für handlungsorientierte Maßnahmen. Mittlerweile beträgt der Einstiegssatz 190 Euro und für die dritte Stufe werden bei acht Kennarten 310 Euro gezahlt. Das ist schon attraktiver und durch die drei Förderstufen gibt es einen Anreiz, besser zu werden.

Der Landwirt trägt allerdings die Verantwortung. Hat er auch Vorteile?

Das Programm hat den Charme, dass der Landwirt freier entscheiden kann, wie er seine Flächen bewirtschaftet als bei handlungsorientierten Maßnahmen. Wenn ich das Programm vorstelle, sind die Reaktionen häufig positiv: Die Landwirte schätzen es, dass sie ernst genommen werden, denn sie wissen in der Regel selber am besten, wie sie ihre Flächen bewirtschaften können.

Aber die meisten scheuen doch das Risiko?

Es gibt Landwirte, die glücklich sind, das Blumenwiesenprogramm in Eigenregie hinzubekommen. Aber viele fühlen sich bei handlungsorientierten Maßnahmen sicherer: Hält man dabei die Auflagen ein, dann muss man die Kontrollen nicht fürchten. Die werden bei Agrarumweltmaßnahmen oft als besonders streng empfunden. Außerdem gibt es natürlich noch andere Naturschutzmaßnahmen mit ähnlicher Honorierung.

Könnte ein Kennartenprogramm auf andere Standorte übertragen werden?

Ansätze, Kennartenmaßnahmen für den Acker zu entwickeln, waren nicht praktikabel. Ob die meist einjährigen Wildkrautarten vorkommen, hängt zu stark von der Witterung und dem Standort ab und sie sind schwierig zu bestimmen. Auch im Grünland ist das Kennartenprogramm nichts für Einsteiger. Es dauert mindestens vier, eher zehn Jahre, um eine intensive Fläche dafür umzustellen, wenn sich der Standort überhaupt eignet. Aber es ist möglich, mit handlungsorientierten Maßnahmen anzufangen und dann immer ein bisschen mehr zu tun.

Was ist für den Erfolg solcher Programme notwendig?

Eine vertrauensvolle, neutrale Vor-Ort-Beratung ist eine zwingende Voraussetzung. Das Kennartenprogramm ist ein guter Weg. Es braucht Zeit, um den Landwirten die Sicherheit zu geben, dass sie mit ihrer extensiven Bewirtschaftung alles richtig machen und die Kennarten da sind.

Frau Grothey, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.



Es braucht Zeit, den Landwirten die Sicherheit zu geben, alles richtig zu machen“

SERVICE:

Mehr Infos zu AUM in Niedersachsen:
www.aum.niedersachsen.de

Biologische Vielfalt braucht miteinander verbundene Lebensräume, zwischen denen Arten wandern und sich genetisch austauschen können.



Die Flur neu ordnen

Die traditionelle Flurbereinigung wandelt sich. Ging es früher darum, die landwirtschaftliche Nutzung durch Flächenzusammenlegungen zu erleichtern, so dient sie heute immer häufiger Naturschutzziele.

[VON SABINE HAAS UND FRANK BÖWINGLOH]

Biologische Vielfalt und Kulturlandschaften zu erhalten, ist seit 2007 Schwerpunkt vieler Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz. Die Flurneuordnung sucht neue Wege für einen nachhaltigen Umgang mit der verfügbaren Landfläche im Zusammenspiel mit allen Nutzungsanforderungen. Sie unterstützt die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, indem sie Maßnahmen und Projekte ermöglicht und weitere Finanzierungsquellen erschließt.

Anstöße

Impulse kommen besonders aus den Verfahren in historischen Kulturlandschaften. Die biologische Vielfalt ist dort sowohl durch die Aufgabe als auch durch die Intensivierung der Landnutzung gefährdet. Es gilt, viele konkurrierende Nutzungsinteressen zu entflechten.

Ein Erfolgsbeispiel ist das Kulturlandschaftsverfahren zur Offenhaltung der Eifelmaarlandschaft. In den Gebieten Schalkenmehren und Udler wurde ein Großweidesystem mit alten, vom Aussterben bedrohten Nutztierassen und anschließender regionaler Produktvermarktung geschaffen. Begleitend werden die geologischen Besonderheiten erlebbar gestaltet.

Etwa 70 Kilometer Grün- und Blühstreifen, die in Miehlen und benachbarten Ortsgemeinden im Hintertaunus in die landwirtschaftliche Produktion integriert wurden, zeigen

die Möglichkeiten für den Aufbau eines nachhaltigen Verbundgerüsts von öffentlichen Naturschutzflächen in einer intensiv genutzten Ackerbauregion.

Das Ziel der Flurneuordnung im Ort Sankt Martin war es, durch trockenwarme Böschungsstrukturen Lebensräume und Vernetzungselemente innerhalb eines stark verbuschten Weinbergs zu entwickeln. Dazu wurden Brachen und alte Trockenmauern unter Erhalt der prägenden Baumstrukturen freigestellt sowie Magerrasen und Streuobstwiesen angelegt, die nun Ziegen beweiden. Dass dabei die für die Pfalz seltene Weinbergssteillage wiederbelebt und die Landschaft nachhaltig aufgewertet wurde, hat die Akzeptanz des Naturschutzzieles in der Region deutlich gesteigert.

Eignung und Erfolgsfaktoren

Die Flurneuordnung hat über das Bodenmanagement viele Möglichkeiten, traditionelle Kulturlandschaften mit hoher Besitzersplitterung und intensiv genutzte Agrarregionen zukunftsgerichtet zu gestalten. Sie kann den Biotopverbund, die Entwicklung von Schutzgebieten, Gewässern, Auenlandschaften sowie den Bodenschutz fördern. Der Erfolg hängt wesentlich davon ab, Landnutzer, Bürger und Behörden frühzeitig in einen transparenten Planungsprozess einzubinden. In Rheinland-Pfalz haben sich die Organe der Flurneuordnung als zuverlässige Partner der Regionen bewährt und sind mit einem gut eingespielten

Netzwerk und interdisziplinärem Fachpersonal ausgestattet.

Wichtig ist es, Entwicklungspotentiale und Alleinstellungsmerkmale aus dem Bereich der Biodiversität zu erkennen und inwertzusetzen. Nachhaltige Ziele für die verschiedenen Flächennutzungen müssen definiert werden. Sie sind die Basis für das anschließende Bodenmanagement. Begleitend erfolgt über ein Monitoring die naturschuttfachliche Qualitätssicherung. Damit die Neuordnung nachhaltig wirkt, gilt es, einen „neuen Motor“ vor Ort zu etablieren, beispielsweise durch betriebswirtschaftlich lohnende Nutzungssysteme. Konzepte wie „Naturschutz durch Nutzung“ oder „Erhalten durch Aufessen“ haben sich im professionellen Sektor in Form von Biolabeln bereits bewährt. Es fehlen aber Konzepte für neue Partnerschaften zwischen Profis und den vielen Hobby-Akteuren.



KONTAKT:
Sabine Haas
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier
Telefon: 0651 9494529
sabine.haas@add.rlp.de
www.add.rlp.de

Frank Böwingloh
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum
Westerwald-Osteifel
Telefon: 02602 9228711
frank.boewingloh@dlr.rlp.de
www.dlr.rlp.de

Der Motor der Vielfalt

In der Biologischen Station Düren laufen die Fäden zusammen: Amtliche und ehrenamtliche Naturschützer, Land- und Forstwirte ziehen im Namen der biologischen Vielfalt an einem Strang.

[VON HEIDRUN DÜSSEL-SIEBERT]



Unter Beobachtung: Das Vorkommen von Charakterarten gibt Aufschluss über die Qualität von Lebensräumen. Die Schlingnatter gehört zum Monitoring-Inventar für die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie.

In Nordrhein-Westfalen sind die Biologischen Stationen regional bedeutende Einrichtungen für den Naturschutz. In der Dürener Station haben sich bereits 1997 ehrenamtlicher und amtlicher Naturschutz sowie Land- und Forstwirtschaft in einem Verein zusammengeschlossen. Die Umsetzung der vielfältigen Aufgabenbereiche erfolgt zum einen durch eine anteilige Finanzierung durch das NRW-Umweltministerium und den Kreis, zum anderen durch öffentliche oder private Projektförderungen, wie etwa im Rahmen von LEADER, und nicht zuletzt durch Spenden.

Breites Aufgabenspektrum

Bereits 1990 erstellte das Umweltministerium des Landes ein Konzept, das den Aufbau Biologischer Stationen regelte. Mit der vom Land NRW erlassenen „Förderrichtlinie Biologische Stationen NRW“ (FöBS) verfolgt

das Land den Zweck, die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Landschaft, ergänzend zu den Tätigkeiten der Kreise und kreisfreien Städte, zu schützen und zu pflegen. Zu den förderfähigen Aufgaben zählen vor allem die Betreuung von Schutzgebieten inklusive der Umsetzung konkreter Pflege- und Optimierungsmaßnahmen, die Unterstützung des Vertragsnaturschutzes mit Landwirten vor Ort, die Durchführung und Betreuung von Artenschutzprojekten, wissenschaftliche und beratende Tätigkeiten sowie die Naturschutzbildung.

Inzwischen existieren beinahe flächendeckend in fast allen Landkreisen in NRW Biologische Stationen. Das in Deutschland einzigartige Konzept spielt mittlerweile eine große Rolle bei der Umsetzung der Naturschutzarbeit vor Ort. So werden durch die Stationen etwa 400 Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutz- sowie fast 2000 Naturschutzgebiete betreut.

Vorteil durch Regionalität

In der Biologischen Station Düren arbeitet, je nach den laufenden Projekten, eine wechselnde Zahl Mitarbeiter unterschiedlicher Fachrichtungen. Diese Fachleute sammeln und bündeln Informationen und geben sie an die Behörden auf Kreis- und Landesebene sowie an die Vereinsmitglieder weiter. Wann immer möglich, werden zum Erhalt der Arten und der Lebensraumvielfalt unmittelbar direkte Schutz- und Optimierungsmaßnahmen umgesetzt. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit zahlreicher Beteiligter ist der Amphibienschutz während der Krötenwanderung. Mitarbeiter der Biologischen Station Düren und Ehrenamtler betreuen Krötenzäune gemeinsam, wenn Probleme auftreten, werden sie gemeinsam gelöst.

Eine besondere Stärke der Biologischen Stationen liegt in ihrer Regionalität und der damit verbundenen Verzahnung. Wie in einem Netz laufen in der Biologischen Station Düren die Fäden zusammen. Mindestens zweimal jährlich trifft sich der paritätisch zusammengesetzte Trägerverein und berät über Projekte, diskutiert Fachthemen und beschließt einen jährlichen Arbeits- und Maßnahmenplan, in dem auch die Anregungen und Wünsche des Ehrenamts berücksichtigt werden. Auch wenn hierbei durchaus kontrovers diskutiert wird, ermöglicht es die Konstellation im Trägerverein, im Dialog zu bleiben und gemeinsam nach Möglichkeiten für den Erhalt der Biodiversität zu suchen.

Ohne Ehrenamt geht es nicht

Ehrenamtler spielen für die Biologische Station Düren eine große Rolle, immer wieder werden sie gezielt für bestimmte Aufgaben gebraucht. Die alle drei Jahre notwendige Bibererfassung wäre beispielsweise ohne ehrenamtliche Unterstützung nicht möglich. Sogenannte Obstbaumwarte, ehrenamtlich tätige Kümmerer für Obstwiesen, wurden in der Eifel im Rahmen von LEADER ausgebildet – die Biologischen Stationen betreuen nun das Netzwerk Obstbaumwarte (www.streuobstwiesen.net). Für den ehrenamtlichen Naturschutz ist es nach wie vor schwierig, Gehör zu finden – die Biologischen Stationen verstehen sich daher als Vermittler.



KONTAKT:
Heidrun Düssel-Siebert
Biologische Station Düren
Telefon: 02427 94987-9
info@biostation-dueren.de
www.biostation-dueren.de

Traumpaar Biodiversität und Regionalentwicklung?

LEADER-Regionalmanagements haben ihre Region und deren Naturraum im Blick. In Sachsen-Anhalt lag der Fokus von LEADER in der vergangenen Förderperiode allerdings auf investiven Maßnahmen. Wie könnte der Bottom-up-Ansatz biologische Vielfalt stärker zum regionalen Thema machen?



Dr. Ralf-Peter Weber ist Geschäftsführer des Bauernverbands Anhalt e.V., eines Kreisverbands in Sachsen-Anhalt. Der Agraringenieur hat langjährige Praxiserfahrungen mit Regionalpolitik und -foren sowie LEADER und ländlicher Entwicklung. www.lbv-sachsenanhalt.de

Herr Dr. Weber, wie kann LEADER dazu beitragen, die biologische Vielfalt zu erhalten?

LEADER kann ein Netzwerk für Biodiversität aufbauen, die Idee kommunizieren oder den Netzwerkgedanken unterstützen. Das wurde in Sachsen-Anhalt in unterschiedlicher Intensität gemacht, konkrete Projekte wurden aber meistens außerhalb von LEADER umgesetzt.

Warum ist das so?

Biodiversitäts-Anliegen müssen mit der Landwirtschaft bearbeitet werden. Mit den entsprechenden Förderprogrammen, die in Sachsen-Anhalt für LEADER angeboten wurden, war dies nur eingeschränkt möglich. Das Regionalmanagement hätte zwar Biodiversitäts-Projekte anregen, aber kaum finanzielle Anreize geben können. Fördermittel, die die Landwirtschaft einbinden – seien es Vertragsnaturschutz oder Ackerrandstreifen – laufen über ganz andere Verfahren; sie müssen vom Landbewirtschafter selbst beantragt werden. Dies über LEADER zu organisieren, wäre sehr aufwendig gewesen. Flächenhafter Naturschutz war deshalb kein Schwerpunkt von LEADER in Sachsen-Anhalt.

Trotzdem waren einzelne LEADER-Regionen für Biodiversität aktiv.

Ja, mitunter auch indirekt: In der Region Mittelelbe haben wir regionale Wertschöpfungsketten aufgebaut und eine Regionalmarke gegründet. Ziel ist es dabei vordergründig, die Wertschöpfung in der Region zu halten – es profitieren insbesondere solche Betriebe, die alte Sorten erhalten und mit einer vielfältigen Natur werben.

Weitere Beispiele sind die beiden Naturparke – besonders die Dübener Heide: Der Biodiversitätsgedanke hat dort Eingang in das Konzept gefunden; die Naturparkverwaltung und LEADER arbeiten erfolgreich zusammen und setzen

zum Beispiel Projekte zur Bienengesundheit um. Wie viele Projekte entstehen, hängt auch davon ab, wie intensiv sich die Naturparke in den LEADER-Gruppen engagieren.

Also ist Biodiversität vor allem die Aufgabe von Naturschutzorganisationen?

Nein, das würde ich so nicht sagen. Jede LEADER-Region muss ihre eigenen Schwerpunkte setzen und die Themen müssen aus der Region kommen. Die im Westen etablierten Landschaftspflegeverbände sind in Sachsen-Anhalt nicht flächendeckend vertreten; eine große Bedeutung haben deshalb auch die Großschutzgebiete. Letztendlich lebt LEADER von den Menschen, die sich aktiv einbringen.

Um biologische Vielfalt regional zu erhalten, gilt es, Landwirte zu überzeugen. Wie gelingt das?

Sie brauchen einen starken und interessierten Bauernverband sowie offene Naturschutzverbände. Das vor Jahrzehnten von Prof. Wolfgang Schumacher in Bonn begonnene Ackerrandstreifenprogramm veranschaulicht, was den Erfolg eines regionalen Biodiversitätsprojekts ausmacht: einen im positiven Sinne „Bekloppten“, der die Landwirte überzeugt, sowie Bauern, die die Kritik ihrer Kollegen so lange aushalten, bis sich die gesellschaftliche Anerkennung einstellt.

Wird LEADER als Gesprächspartner in der Landwirtschaft akzeptiert?

Allein mein Vorgänger, Heinz Vierenklee, hat fast 15 Jahre den LEADER-Prozess als Vorsitzender der Lokalen Aktionsgruppe Mittlere Elbe-Fläming und Geschäftsführer des Kreisbauernverbands Anhalt begleitet. Dadurch waren die Landwirte indirekt mit eingebunden. Viele engagieren sich zudem vor Ort und sehen LEADER dabei als Chance: Nicht die Betriebe profitieren, sondern ihre Dörfer. In der aktuellen Förderperiode soll es eine Art LEADER-Innovationsrichtlinie geben, mit der wir in Zukunft auf alle drei Strukturfonds zugreifen könnten. Damit wären auch mehr Projekte zur Biodiversität vorstellbar.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.

„
Sie brauchen einen interessierten Bauernverband sowie offene Naturschutzverbände“

Koordinierte Vielfalt

Um biologische Vielfalt zu erhalten, gilt es, die Akteure einer Region zu vernetzen. Vielerorts bedienen Landschaftspflegeverbände diese Schnittstelle – wie etwa der Landschaftspflegeverband Merseburg-Querfurt in Sachsen-Anhalt, wo zum Teil intensiv gewirtschaftet wird. [VON MARIE-LUISE TITUS]

Es waren Vertreter aus der Landwirtschaft, unterschiedlichen berufsständischen Vereinigungen, aus der Kommunalpolitik und von Naturschutzverbänden, die 1995 den Landschaftspflegeverband (LPV) Merseburg-Querfurt e. V. gründeten. Dessen Anliegen ist es, gemeinsam Lösungen für die Pflege der Kulturlandschaft im südlichen Sachsen-Anhalt zu finden und umzusetzen. Der LPV betreut sowohl intensiv bewirtschaftete Flächen rund um Merseburg mit der Industrieregion Leuna als auch Flächen auf der sogenannten Querfurter Platte mit ihren sehr ertragreichen und fruchtbaren Böden. Dabei agiert der Verband als Impulsgeber und Koordinator, der alle Betroffenen an einen Tisch bringt und die aus dem Dialog entstandenen Projekte begleitet.

Regionale Besonderheiten

Landwirtschaftliche Agrargenossenschaften mit einer Nutzfläche von 1500 Hektar oder mehr sind in der Region keine Seltenheit. Dadurch ist es möglich, mit nur einem Partnerbetrieb großflächigen Biotopschutz zu betreiben. Als Beispiel kann hier das Kooperationsprojekt IUMBO (Integrative Umsetzung des multikriteriellen Bewertungs- und Optimierungsverfahrens auf der Querfurter Platte) dienen: In dessen Rahmen legte das Agrarunternehmen Barnstädt im Saalekreis von 2002 bis 2006 auf rund zehn Hektar der Querfurter Platte Gehölz- und Blühstreifen an – als praktische Umsetzung eines Verfahrens, das Partner aus der Wissenschaft erarbeitet hatten (siehe dazu Beitrag Seiten 30/31).

Ackerwildkräuter im Fokus

Von 2009 bis 2013 leitete der LPV ein Kooperationsvorhaben zum Schutz und zur Entwicklung von Ackerwildkräutern. Initiiert wurde das Projekt zusammen mit Vertretern der Unteren Naturschutzbehörde des Saalekreises und dem späteren Umsetzungspartner, der Agrargenossenschaft

Weißenschirmbach e. G.; fachliche Unterstützung erhielt es zudem von der Georg-August-Universität Göttingen. Ziel des Projekts war es, dauerhafte Lösungsstrategien zum Schutz und zur Entwicklung seltener und akut gefährdeter Segetalarten aufzuzeigen.

Innerhalb des Flora-Fauna-Habitat-Gebiets „Schmoner Busch, Spielberger Höhe und Elsloch“ wurden dann auf den Bewirtschaftungsflächen der Agrargenossenschaft geeignete Ackerstandorte für den Segetalartenschutz ausgewählt und gemeinsam mit dem Betrieb praktische Bewirtschaftungskonzepte und -maßnahmen entwickelt. So wurde beispielsweise auf unterschiedlich großen Einzelflächen – insgesamt auf rund 10,5 Hektar – auf jegliche „Unkraut“-Bekämpfung verzichtet. Zudem versuchte man, den gewünschten Segetalarten durch eine Verringerung der Bestandsdichte der angebauten Kultur mehr Licht und Raum zur Entwicklung zu verschaffen. Eine bevorzugte Bestellung mit Wintergetreide, regelmäßiges Pflügen und eine möglichst späte Ernte der Bestände komplettierten die weitestgehend extensive Bewirtschaftung. Zur Finanzierung des Projekts hat der LPV ELER-Fördermittel beantragt und hierfür über die gesamte Projektlaufzeit die Verwaltung übernommen; das Projekt wurde zu 100 Prozent über diese Mittel finanziert. In der Vegetationszeit fanden alle drei bis vier Wochen Vor-Ort-Besichtigungen und Kartierungen statt. Die Untere Naturschutzbehörde wurde über jede Entwicklung informiert.

Wie geht es weiter?

Einige wichtige Segetalarten haben sich auf den Flächen hervorragend entwickelt, für andere wäre eine längere Projektzeit optimaler gewesen. Um sicherzustellen, dass die Artenvielfalt auf den Flächen dauerhaft erhalten bleibt, war eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn geplant; sie hatte Interesse gezeigt, das Projekt als Kompensationsmaßnahme für die ICE-Strecke Erfurt-Halle-Leipzig zu finanzieren. Leider konnten bisher nicht alle Flächeneigentümer überzeugt werden, hierfür ihre Zustimmung zu geben. Dies zeigt einmal mehr die Grenzen, mit denen der Naturschutz konfrontiert ist: Ideen und dringende Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung unserer Kulturlandschaft gibt es zur Genüge – nur leider fehlt häufig das Geld.

Ein weiter Reihenabstand im Getreide schafft Licht und Platz für Wildpflanzen und -tiere. Die Bewirtschaftung gehört zu ökologischen Anbauverfahren und wird als produktionsintegrierte Naturschutzmaßnahme gefördert.



KONTAKT:
Marie-Luise Titus
Landschaftspflegeverband
Merseburg-Querfurt
Telefon: 03461 212161
lpv-mq@web.de
www.lpv-merseburg-querfurt.de

Naturschutz als Bedürfnis

Die Gesellschaft erwartet von der Landwirtschaft, möglichst kostengünstig, aber gleichzeitig umweltschonend und nach hohen Standards zu arbeiten. Wie kann dieser Spagat gelingen?



Wilfried Lenschow ist Landwirt in der Agrargenossenschaft Bartelshagen in Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretender Vorsitzender des NABU Nordvorpommern.
www.agrar-bartelshagen1.de

Herr Lenschow, Sie sind sowohl Landwirt als auch Naturschützer. Sind Landwirte Opfer von Naturschutzauflagen und gleichzeitig von Wachstumszwängen?

Für mich ist es eine Passion, Bauer zu sein. Das ist ein wichtiger und stolzer Beruf, in dem man aber auch vielen Zwängen ausgesetzt ist: Wir müssen einerseits ökonomisch wirtschaften, andererseits fühlen wir uns verantwortlich, die Kulturlandschaft zu pflegen. Ich finde es gut, dass wir Naturschutz- und Greening-Maßnahmen umsetzen müssen und fühle mich nicht als Opfer.

Wie integrieren Sie auf Ihrem Betrieb den Naturschutz in die landwirtschaftliche Praxis?

Bevor der Begriff existierte, haben wir das Greening in unserer Agrargenossenschaft bereits umgesetzt und 150 Hektar aus der Produktion genommen. Wir legen seit 15 Jahren Flächen entlang von Teichen, Feldhecken und Waldkanten still, dort wird nicht gedüngt und es wird kein Pflanzenschutz durchgeführt. In Mecklenburg-Vorpommern muss man einen Meter Abstand zu offenen Gewässern halten; wir halten zwölf oder bei Hanglagen teilweise 20 Meter Abstand. Dadurch haben wir kleine ökologische Nischen

geschaffen, die gut von Feldlerchen angenommen werden, auch der Feldhasenbesatz hat zugenommen. Wir bearbeiten 3 500 Hektar, haben Kühe, deshalb gibt es bei uns auch große Ackerflächen: Ein Weizenschlag kann 90 Hektar umfassen, entlang dieser Fläche legen wir 20 Meter breite Grünstreifen an. So etwas ist für mich ein Bedürfnis. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass begradigte Gräben renaturiert wurden. So etwas erkennen die Menschen an, das hat eine öffentliche Wirkung.

Welche Herausforderungen sehen Sie dabei, Naturschutz und Landwirtschaft miteinander zu verknüpfen?

Manchmal ist der Naturschutz nicht durchdacht. Viele Untere Naturschutzbehörden in den Kreisen gehen ihren eigenen Weg, dabei sollten wir über Grenzen von Bundesländern hinweg beispielsweise Flüsse und Waldlandschaften schützen. Man könnte Maßnahmen bündeln und großräumige Biotope oder Biotopstrukturen entwickeln, die sich ineinander verzahnen, denn Biotopverbunde schaffen für eine Vielzahl von Lebewesen und Pflanzen großflächige Lebensräume.

Welche Rolle spielen die Verbände aus Landwirtschaft und Naturschutz bei der Planung und Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen?

NABU und Bauernverband auf Kreisebene können sehr gut miteinander reden. Jede Seite versteht die Belange der anderen. Auf dieser Ebene findet man auch mit Tourismus und Ver-

bänden einen Konsens. Aber auf Landes- oder Bundesebene will sich mancher profilieren und es ist sehr schwer, aufeinander zuzugehen. Viele haben Angst, dass man ihnen vorwirft, der anderen Seite die Hand zu reichen, damit die eigenen Interessen zu verraten und Schwäche zu zeigen. Das ist schade.

Was wünschen sich Landwirte, damit sie sinnvoll Naturschutz betreiben können?

Es gibt Bauern, die sagen, dass auf ihrem Boden nichts als Weizen, Gerste oder Raps wachsen soll, um die Menschen zu ernähren. Ich sage, wir können mindestens fünf Prozent aus der Bewirtschaftung nehmen. Dazu brauchen wir manchmal Beratung, aber vor allem Programme. Naturschützer müssen festlegen, was geschützt werden soll. Soll es der Storch sein? Dann brauchen wir Flächen, die so bewirtschaftet werden, dass er Futter findet. Für Libellen ist hohes Gras wichtig. Man muss Entscheidungen treffen! Alle Arten zu schützen, geht nicht mehr. Wir brauchen realistische Programme, die Bauern nachvollziehen können und bei denen auf eine Stunde draußen nicht zehn Stunden für die Dokumentation folgen. Das muss vereinfacht werden – dann würden auch mehr Bauern Umweltschutz betreiben.

Herr Lenschow, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

„
Wir brauchen realistische Naturschutz-Programme, die Bauern nachvollziehen können.“

Wirtschaften in der Börde

Schwere Zeiten für den betrieblichen Naturschutz in der Magdeburger Börde. Sinkende Marktpreise, fehlende politische Unterstützung und unzureichende Förderungen von freiwilligen Naturschutzmaßnahmen schränken den Spielraum des Agrarunternehmens Barnstädt e.G. bei Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen ein. [VON JAN FREESE]

Das Agrarunternehmen Barnstädt bewirtschaftet auf der Querfurter Platte, einer Region zwischen Harz und Halle, fast 6000 Hektar beste Bördeböden. An sieben Standorten hält das Unternehmen 3300 Rinder, darunter 1200 Milchkühe und an neun Standorten rund 33 000 Schweine, von Muttersauen über Ferkel bis zum Mastschwein. Dank der personalintensiven Tierproduktion beschäftigt das Unternehmen fast 190 Personen. Das Unternehmen hat jedoch nicht ausschließlich die Tierhaltung im Blick: Die Barnstädt e.G. hat mittlerweile einen ihrer Gutshöfe zur Pension und Tagungsstätte ausgebaut. Das Unternehmen engagiert sich darüber hinaus für die Menschen in den umliegenden Dörfern, etwa indem es Vereine, die freiwillige Feuerwehr, Kindergärten und eine Schule unterstützt.

Ökonomisch ökologisch

Trotz der Dimensionen ist das Unternehmen seit den 1980er-Jahren Pionier für den Umwelt- und Naturschutz auf der Querfurter Platte. Geschäftsführer Ralf Hägele: „In den 1970er- und 1980er-Jahren ist wiederholt durch Winderosion die Zuckerrübenaussaat abgestorben, davon waren jedes Mal gleich hunderte von Hektar betroffen.“ Das Unternehmen hat daraufhin begonnen, Windschutzhecken und Baumreihen anzupflanzen.

Seitdem engagiert sich die Barnstädt e.G. im Umwelt- und Naturschutz; allerdings nicht als Selbstzweck, sondern stets mit einem betrieblichen Blickwinkel. Die Schafherde mit etwa 350 Tieren pflegt rund zehn Hektar Naturschutzgebiete in der Region wie die Schmoner Hänge, den Kuckenburg Hagen und das Tal der Weida. Diese Flächen sind wertvolle Rückzugsräume für die Natur und insbesondere für Grünlandarten in der ansonsten ackerbaulich dominierten Börde. Eine große Mutterkuhherde am Standort Lossa nutzt die über 300 Hektar Grünland des Betriebs extensiv. Seit Jahren wird an Agrarumweltmaßnahmen wie der pfluglosen Bestellung oder Streifenprogrammen teilgenommen; etwa 90 Prozent der Ackerfläche wird seit über 15 Jahren pfluglos bestellt.

In den Jahren 2003 bis 2006 war das Agrarunternehmen Barnstädt Praxispartner in einem Forschungs- und Erprobungsvorhaben: dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Verbundprojekt „Lebensraum Börde“. Neben vielfältigen Untersuchungen der Betriebsflächen

durch das Umweltforschungszentrum Leipzig und die Martin-Luther-Universität Halle wurden 24 Hektar Hecken und Gehölze in der Börde angelegt, dazu Blühflächen und Pufferstreifen. Damit demonstrierte der Betrieb, dass auch in der Börde intensive Produktion betrieben und gleichzeitig Lebensräume geschaffen werden können.

Eigentümer wollen keinen Naturschutz auf ihren Flächen

Zentrale Herausforderung war schon in den 1980er-Jahren, dass das bewirtschaftete Land gepachtet ist und dass die Eigentümer in der Regel nicht bereit sind, Gehölzpflanzungen auf ihrem Ackerland zu dulden, da dadurch die Pachterträge sinken. Ein Fazit des Forschungsvorhabens war es, dass Flächeneigentümer verstärkt eingebunden werden müssen, um mit Erfolg Naturschutz in die Ackerfläche zu bringen: Um dauerhafte Naturschutzmaßnahmen umzusetzen, sollte es Anreize für die Eigentümer und Instrumente des Interessensausgleichs zwischen Bewirtschafter und Flächeneigentümer geben. „Dabei sind wir in den vergangenen zehn Jahren aber nicht wirklich weiter gekommen“, konstatiert Hägele im Gespräch etwas resigniert. Er hat aber auch Verständnis für private Landbesitzer. „Selbst die öffentliche Hand, der mit der Landgesellschaft und der Verwertungsgesellschaft BVVG viele Flächen in der Region gehören, verpachtet ihre Flächen lieber teuer, anstatt sie für Naturschutzmaßnahmen bereitzustellen.“ Die Anlage von Windschutzstreifen und Biotopen konnte trotz des Forschungsprojekts und der Zusammenarbeit etwa mit dem regionalen Landschaftspflegeverband kaum weiter vorangebracht werden.

Weltmarktherausforderungen drängen betriebliche Landschaftspflege in den Hintergrund

Eine zentrale Rolle als Richtungsweiser spielt für Ralf Hägele die Agrarpolitik: Sie wünscht die Ausrichtung der Landwirtschaft auf Wettbewerb und Weltmärkte. Deshalb müsse sich das Unternehmen den Herausforderungen von schwankenden Preisen, zuerst bei den Schweinen, jetzt auch bei Milch und Getreide, stellen. Gerade gegenwärtig sei die Ertragslage bei der Milch und insbesondere den Schweinen sehr schwierig. Ein langes Preistief für Schweinefleisch bringe die Produktion in Bedrängnis. Gleichzeitig sind die nötigen Anpassungen und Investitionen in der Schweinehaltung infolge der

gerade in der Gesellschaft beginnenden Tierwohldebatte noch nicht abschätzbar. Die Agrargenossenschaft Barnstädt hat sich aber entschieden, trotzdem in die Schweinehaltung zu investieren und Ställe von aufgebenden Betrieben in der Umgebung zu übernehmen. Ähnlich ist die Lage bei der Milchviehhaltung. Ohne Investitionen kein Wachstum: Eine der drei Milchkuhanlagen wurde bereits modernisiert und mit sechs Melkrobotern ausgestattet. Da zusätzlich durch den Wegfall der Zuckermarktordnung der bisher sehr ertragsstarke Vertragsanbau von Zuckerrüben unter Druck geraten ist, besteht für die Agrargenossenschaft seit einiger Zeit in fast allen Kernfeldern erheblicher Handlungsbedarf.

Politische Rahmenbedingungen und Förderprogramme passen nicht

„Zumindest in Sachsen-Anhalt und Thüringen, wo unsere Flächen und Ställe liegen, fehlen die nötigen Förderprogramme, die unserer extensiven Tierhaltung eine Perspektive geben könnten. Weder unsere Tierhaltung auf Stroh und die daraus resultierende Festmistwirtschaft werden honoriert, noch gibt es auskömmliche Grünlandprogramme“, bilanziert Hägele. Wenn jetzt auch noch die pfluglose Bodenbestellung aus der Förderung verschwindet, weil sie inzwischen als gute fachliche Praxis gilt, gäbe es kaum noch passende Agrarumweltmaßnahmen für seinen Betrieb. „Für das in Sonntagsreden

Trotzen Wind und Wetter: Feldgehölze schützen landwirtschaftliche Böden gegen Erosion und bieten Wildtieren und -pflanzen Schutz.



„Unter diesem Druck haben wir uns gerade entschieden, unsere Mutterkuhhaltung aufzugeben“, so Hägele. Das freierwerbende Grünland verpachtet das Agrarunternehmen zu einem guten Preis langfristig an einen Biogasanlagenbetreiber weiter. Auch eine von traditionell zwei Schafherden wurde bereits abgeschafft. Der Fortbestand der zweiten Schafherde ist auch nur bis zum Ruhestand des Schäfers in wenigen Jahren gesichert. Damit verabschiedet sich das Unternehmen mehr und mehr von den naturverträglichen Betriebszweigen: Insbesondere extensive Schaf- und Mutterkuhhaltung auf Grünland ist für die Barnstädt e. G. zurzeit wirtschaftlich nicht mehr tragfähig, langfristige Förderperspektiven etwa über Grünlandprogramme sind nicht in Sicht. „Anders als im Ackerbau braucht man im Grünland eben lange Förderphasen, da sich extensive Betriebsstrukturen nicht anders darstellen lassen“, erklärt Hägele die aus Naturschutzsicht unbefriedigende Entwicklung.

von Politik und Gesellschaft gewünschte freiwillige Engagement der Betriebe in der Landschaftspflege und im Naturschutz fehlt am Ende bei der öffentlichen Hand immer das nötige Geld und der politische Wille.“ Vielleicht passe aber auch das Betriebskonzept nicht in die Förderlandschaft: Intensiver Ackerbau und intensive Tierhaltung mit gleichzeitig extensiver Grünlandnutzung und Landschaftsgestaltung in der Börde lassen sich damit nicht vereinen.



KONTAKT:
Ralf Hägele
Agrarunternehmen Barnstädt e. G.
Telefon: 034771 720
info@aub-online.de
www.aub-online.de

Ist biologische Vielfalt im Ackerland möglich?

Landwirte sollen dabei mitwirken, den Biodiversitätsverlust zu stoppen. Tragen die aktuellen Auflagen, Förderinstrumente und freiwilligen Maßnahmen dazu bei?



Eberhard Hartelt ist Landwirt und seit 2014 Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz Süd, außerdem Umweltbeauftragter des Deutschen Bauernverbands (DBV) und Vorstandsmitglied der Stiftung Kulturlandschaft Rheinland-Pfalz. www.bvw-rlp.de

Landwirte sind im Rahmen des Greenings dazu verpflichtet, auf fünf Prozent ihrer Flächen Umweltleistungen zu erbringen. Herr Hartelt, wie zufrieden sind Sie damit?

Aus Sicht der Landwirtschaft ist das Greening ein hochbürokratisches System, das uns viel Kopfzerbrechen bereitet. Es ist zwar vieles möglich, aber durch die verschiedenen Anrechnungsfaktoren – Baumreihen sind beispielsweise mehr wert als ökologische Vorrangflächen – ist das Verfahren schwierig, sowohl für die Landwirte als auch für die bearbeitenden Stellen.

Lassen sich durch solche Auflagen positive Effekte für die biologische Vielfalt erzielen?

Davon bin ich überzeugt. Ich denke, dass man mit Greening und auch mit anderen freiwilligen Maßnahmen etwas erreichen kann. Die Empfehlung des DBV war, Greening über Pufferstreifen umzusetzen. Für das Greening funktioniert das auch langfristig problemlos. Aber wenn Landwirte Puffer- oder Gewässerrandstreifen als freiwillige Maßnahme anlegen, laufen sie Gefahr, dass diese Flächen nach fünf Jahren zu Dauergrünland werden. EU-, Bundes- und Landesrecht widersprechen sich zum Teil. Es wäre einfacher, über eine Stiftung zu versuchen, gemeinsam mit Landwirtschaft und Ausgleichspflichtigen langfristig ökologische Maßnahmen umzusetzen – beispielsweise Gewässerrandstreifen für einen Zeitraum von 20 Jahren. Das ist mit dem Greening jedoch nicht möglich.

Fehlt es dem Naturschutz an Geld?

Ja. Die Pachtpreise in Rheinland-Pfalz gehen stark auseinander. Wenn ein Landwirt beispielsweise teures Land für den Gemüseanbau pachtet, hat er kein großes Interesse an Gewässerrandstreifen, sondern möchte das Land für die Produktion nutzen. Mein Vorschlag: Man greent,

bekommt dafür eine Flächenprämie und zusätzlich arbeitet man mit Bewirtschaftungs- oder Pflegeentgelten. Man darf nicht vergessen, dass wir auf unseren Betrieben ein Einkommen erwirtschaften müssen – natürlich agieren wir aus Gewinnstreben! Das ist in einer profitorientierten Gesellschaft nun einmal so. Ein Landwirt muss seine Familie ernähren und seine Alterssicherung vorfinanzieren.

Sind Produktivität und der Erhalt der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft damit unvereinbar?

Die Vereinbarung ist schwierig. Im Ackerbau geht es schlicht und ergreifend um eine Reduzierung der Biodiversität – immer! Das passiert in jedem Gemüsegarten. In Rheinland-Pfalz haben wir keine ausgeräumte Agrarlandschaft: Wir brauchen genaue Problembeschreibungen und eine differenzierte Wahrnehmung, damit wir gezielt nach Lösungen suchen können. Es würde uns helfen, wenn die Umweltverbände bei betrieblichen Besonderheiten flexibler wären. Der Naturschutz soll nicht unterwandert werden, aber er muss praktikabel für Landwirte sein. Man fordert auf der einen Seite von uns, billige Lebensmittel zu produzieren, auf der anderen Erhalt der Biodiversität, Tierwohl, Klimaschutz – alles auf einmal. Konflikte sind vorprogrammiert, denn das alles lässt sich nicht vereinbaren.

Sollten wir schlichtweg akzeptieren, dass Arten und Lebensräume aus der Agrarlandschaft verschwinden?

Wir haben nach wie vor Lerchen und Niederwild, mittlerweile sogar wieder Rebhühner und Hasen, obwohl sich auch bei uns die Flächen vergrößert haben. Deshalb sehe ich insbesondere beim Niederwild andere Einflüsse als nur die Landwirtschaft. Wir sollten Biodiversität als Prozess begreifen, der einer ständigen Wandlung unterliegt. Es sind Veränderungen im Gang, die mit dem Verhalten von uns allen zu tun haben. Sie geschehen dadurch, wie wir wohnen, heizen, Verkehrsmittel nutzen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Die Beschleunigung der Veränderungen macht Sorge und wir sollten an einigen Stellen gegensteuern, aber wir dürfen den Verlust der Vielfalt nicht allein der Landwirtschaft zusprechen.

Herr Hartelt, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Andrea Birrenbach.

„
Im Ackerbau geht es schlicht und ergreifend um eine Reduzierung der Biodiversität – immer!“

Strategien für die Zukunft

Die gesellschaftlichen Ansprüche an Natur und Umwelt steigen, die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft nimmt ab. Welche Zukunft gibt es dort für den Naturschutz? [VON JAN FREESE]

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in Europa wird ihre Ausgaben zukünftig noch stärker als bisher vor der Gesellschaft begründen müssen und dies zunehmend mit Umweltleistungen tun. So fordert Folkhard Isermeyer, Agrarökonom und Präsident des Thünen-Instituts, schon seit Jahren die Direktzahlungen abzuschaffen und die öffentlichen Gelder in andere Bereiche zu verlagern.

Diesen Ansatz verfolgen auch die Programmverantwortlichen der Länder: Sie haben Mittel aus der 1. in die 2. Säule der GAP umgeschichtet, investieren mehr Finanzmittel in die Förderung der kooperativen und freiwilligen Umsetzung der Naturschutzziele in der Agrarlandschaft und haben die Instrumente dafür weiter ausgebaut. Allerdings müssen die Naturschutzmittel in der 2. Säule sehr kontroll- und personalintensiv verwaltet werden. Die Wirksamkeit von Agrarumweltmaßnahmen wurde deshalb bereits 2003 von den Ökologen David Kleijn und William Sutherland in Frage gestellt, die wissenschaftliche Diskussion hält bis heute an.

Kooperativ und regional

Traditionell versuchte die Agrarpolitik, biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft überwiegend mit Maßnahmen für den Einzelbetrieb zu fördern. Seit 2007 verbreitet sich die Erkenntnis, dass diese Maßnahmen in ein regionales Management mit Beratung, Planung und kooperativer Steuerung integriert werden müssen, um in der Fläche wirksam zu werden. Mit der investiven Maßnahme „Natürliches Erbe“ haben die Bundesländer in der letzten Förderphase gute Erfahrungen gemacht und führen sie bis 2020 fort. Zudem fördern sie vermehrt Planungen und Kooperationen der Akteure sowie Naturschutzberatungen der Landnutzer. Das Vorbild dafür ist

die Arbeit von Landschaftspflegeverbänden: Mit einem regionalen Management werden Maßnahmen zielgenauer und wirkungsvoller umgesetzt als mit Einzelmaßnahmen; die Akzeptanz und das Engagement der Landnutzer steigen.

Seit 30 Jahren engagiert sich die EU-Agrarpolitik zunehmend für den Naturschutz und setzt vielfältige Instrumente und erhebliche Finanzmittel ein. Dennoch ist eine Trendwende beim Erhalt biologischer Vielfalt nicht messbar. Die Ziele von Natura 2000, der nationalen und der europäischen Biodiversitätsstrategie sind kaum noch zu erreichen. Es stellt sich die Frage, ob Deutschland auf seinem Weg – kooperativ, freiwillig und mit verstärktem regionalen Management – weitergehen kann oder ob andere Wege nötig sind.

Ordnungsrechtliche Auflagen?

Ein Weg könnte sein, gesetzliche Maßnahmen vorzuschreiben. Das zeichnet sich aktuell bei der Festlegung von Gewässerrandstreifen für die Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ab. Die Landwirte verlieren damit die Möglichkeit, je nach betrieblicher Situation den Gewässerrandstreifen zu nutzen oder stillzulegen; freiwillige Förderprogramme werden überflüssig. Dabei besteht die Gefahr, dass bisher erreichte Verständigungen und Kooperationsmodelle erheblichen Schaden nehmen.

Einen neuen Weg gehen die Niederlande. Sie haben das alte, dem deutschen System verwandte, Fördermodell aufgegeben und entwickeln in Abstimmung mit Akteuren des Naturschutzes, Landnutzern und Wissenschaftlern seit 2012 einen „Collective Approach“. Für jede Region wurden Biodiversitätsziele mit den regionalen Akteuren vereinbart. Die Gemeinschaft

der Landwirte einer Region, „Agrarisches Kollektiv“ genannt, trägt die Verantwortung, sie umzusetzen und erhält die Fördermittel. Als Nebeneffekt verringert sich die Zahl der Finanzempfänger: Statt 14 000 Einzelpfängern gibt es nur noch rund 30 bis 50 Organisationen von Landwirten und anderen Akteuren, die den Agrarumweltschutz regional koordinieren und umsetzen. 2016 starten die Niederlande das neue System.



Potenzial Agrobiodiversität: Der Emmer, eines der ältesten Getreide, wird von der Landwirtschaft aktuell wiederentdeckt. Tendenzuell ist die Zahl an genutzten Sorten und Rassen aber drastisch gesunken. Es gibt Züchtungs- und Erhaltungsprogramme, Saatgut und Samen werden in Genbanken konserviert. Sichern wir so die Zukunft der Vielfalt?

SERVICE:

Infos zum neuen Ansatz in den Niederlanden:
www.portaالناتوونlandschap.nl



KONTAKT:
Dr. Jan Freese
DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de



Zeit- oder Geldspenden für regionale Projekte

Urlaub heißt nicht unbedingt faulenzten: Wer die Ferien in der Dübener Heide verbringt, kann einen Teil seiner freien Zeit für Naturschutzprojekte spenden. Über die Plattform [regiocrowd](#) werden darüber hinaus bundesweit Gelder für regionale Projekte gesammelt – neue Möglichkeiten zur Unterstützung der Regionalentwicklung. [VON AXEL MITZKA]

Rund 30 Kilometer nördlich von Leipzig erstreckt sich mit rund 75 000 Hektar der Naturpark Dübener Heide, Mitteldeutschlands größtes Waldgebiet und der Vorgarten der pulsierenden Metropole und Messestadt. Die länderübergreifende Naturparkregion in Sachsen und Sachsen-Anhalt setzt von jeher stark auf Eigeninitiative und Bürgerbeteiligung. Deutlich wird das insbesondere in der regionalen Entwicklung der vergangenen 25 Jahre.

Ein Novum ist dabei auch die Trägerschaft des länderübergreifenden Naturparks Dübener Heide durch den gleichnamigen rund 400 Mitglieder starken Verein Dübener Heide, der zudem Träger zweier Lokaler Aktionsgruppen ist. Um auch zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein, erprobt der Verein derzeit mit Unterstützung des Freistaates Sachsen im Rahmen eines Modellprojekts neue Ansätze für die Neuausrichtung eh-

renamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements in Naturschutz und Heimatentwicklung – kurz „Engagement 2020“. Die Idee für das Projekt entwickelten der Naturpark und das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft gemeinsam. Die Ergebnisse sollen helfen, neue Trends und innovative Möglichkeiten aufzuspüren, wie sich Engagierte beteiligen können, und vor allem, geeignete Kommunikationsformen zu finden.

Kooperation mit professionellen Crowdfunding-Plattformen

Neben der Nutzung von bekannten Kommunikationsmitteln wurde für das Projekt eine Plattform entwickelt, um Zeitengagement-Angebote und Crowdfunding-Projekte abzubilden: Nach vielen Besprechungen und so mancher Nachtschicht ging regiocrowd.com online. Als deutschlandweit erstes Themenportal für Zeit- und Geldengagement in der Regionalentwicklung bietet es Menschen in und außerhalb der Region die Möglichkeit, sich gezielt mit Geld oder aber mit Zeit für gute Ideen einzubringen.

Regiocrowd ist keine übliche Crowdfunding-Plattform, sondern prüft im Bereich Geldengagement regionale Projekte, die dann nach einer Beratung durch das regiocrowd-Team auf bekannten Plattformen wie etwa Vision-Bakery von den Projektträgern selbst veröffentlicht werden. Die gesamte Präsentation der Projekte und die Mittelabwicklung erfolgt über die professionell betriebenen Crowdfunding-Plattformen, mit denen Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen wurden. Die Projekte im Bereich des Zeitengagements werden vom regiocrowd-Team direkt eingestellt und kommuniziert – das Verfahren ist dabei einfacher, weil es sich um kein Vertragsgeschäft mit Geldfluss handelt.

Regiocrowd basiert auf einem Konzept, das die neuland+ GmbH & Co. KG in Aulendorf zusammen mit dem Leipziger Stephan Popp entwickelt hat. Er ist Mitinhaber einer Crowdfunding-Plattform und Berater des Projekts. Betreut wird regiocrowd im Rahmen von Engagement 2020 durch ein Team des Naturparks und von neuland+. Die technische Umsetzung der Plattform erfolgte über die vinett GbR aus Leipzig und ist so konzipiert, dass auch andere LEADER-Regionen, Regionalentwicklungsinitiativen und Naturparks diese Software in Form von Unterplattformen für ihre Region nutzen können.

Niederschwelliger Zugang für Engagierte

Ein zentrales Ziel von regiocrowd ist, Menschen jedes Alters aus den mittel-deutschen Großstädten wie Leipzig und Halle oder der umliegenden Region über neue Aktions- und Erlebnisangebote für Naturschutzbelange zu gewinnen. Sogenannte „Engagementtage zur Heidekrautpflege“ für

jedermann und Kurzurlaube, die mit der Möglichkeit kombiniert werden, sich zu engagieren, werden seit Kurzem angeboten. Beim Erlebnisurlaub campen die Besucher eine Woche lang an einem Waldteich und übernehmen in dieser Zeit Aufgaben wie Nistkastenkontrollen oder das Monitoring von geschützten Arten in einem angrenzenden Naturschutzgebiet. Dieses Modell wird momentan auf dem Campingplatz an den Lausiger Teichen bei Bad Schmiedeberg mit dem dortigen Betreiber entwickelt und erprobt. Auf der regiocrowd-Plattform, auf Messen und bei den örtlichen Anbietern aus dem Tourismusbereich macht man auf diese Form von Urlaubsangeboten aufmerksam.

Zentrale Elemente aller Angebote sind eine sinnvolle, erlebnisreiche und anregende Aufgabe, ein soziales Erleben in der Gruppe, verbunden mit regionaler Kulinarik. In dieser Verbindung kommt es vor, dass sich die Beteiligten in Land und Leute „verlieben“, Verbindungen aufbauen und zu „Wiederholungstälern“ werden. Denjenigen, die beispielsweise regelmäßig ein Biber- oder Kranichrevier betreuen möchten, bietet der Naturpark einen Freiwilligenvertrag an, der die Aufgaben festhält und einen Versicherungsschutz bietet. Auf der Internetplattform werden auch zeitlich offene und nach Einweisung selbstständig umsetzbare Tätigkeiten angeboten: etwa die Betreuung und Pflege von Wanderwegen und Wald-Lehrpfaden zwischen Bad Dübener Heide und Bad Schmiedeberg oder die Aufgabe, den Heidebiber mit Futter zu versorgen und dafür Weiden zu pflanzen und zu pflegen.

Geldspenden für Freizeitprojekte

Die Crowdfunding-Plattform hat mit der Finanzierung eines „Hobbit-Hauses“ für den barfuß e.V. gestartet, der ein Outdoor-Camp in der Dübener Heide betreibt. Nach 55 Tagen brachten 30 Unterstützer die nötige Summe für das Hobbit-Haus zusammen. Ähnlich gut funktionierte ein Projekt, bei dem es um die Beschaffung von Bienenvölkern ging. Dass auch größere Summen über regiocrowd gespendet werden können, zeigt ein Projekt, bei dem professionelle Schauspieler und die regionale Bevölkerung gemeinsam auftreten. In 40 Tagen haben 77 Unterstützer über 10 000 Euro zur Verfügung gestellt – 16 Prozent mehr

als notwendig waren – sodass das Stück „Die große Dürre – ein Western für Bad Dübener“ auf die Bühne gebracht werden konnte.

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass Finanzierungen über regiocrowd gelingen können. Zu beachten sind die langen Vorlaufzeiten für die Projektentwicklung, wichtig ist zudem eine möglichst konkrete Projektdarstellung. Hierfür bietet der Verein über sein regiocrowd-Team unter dem Titel „Crowdfunding erleben und verstehen“ begleitende Beratungen und Qualifizierungen an. Bei diesen Workshops können die Teilnehmer ihre Projektideen gemeinsam mit anderen weiterentwickeln und Checklisten für die Präsentation und Kommunikation erarbeiten. Zur Multiplikation der Ergebnisse soll ab Ende des Jahres außerdem ein Leitfaden zur Verfügung stehen, der anderen Regionen als Ratgeber dienen kann und auch die Vermarktung von Angeboten thematisiert, die über die von regiocrowd genutzte Internetplattform hinausgeht.

In der Dübener Heide ist deutlich geworden, dass Initiatoren von Projekten nur dann auf Beteiligung hoffen können, wenn sie nutzerorientierte Angebote entwickeln und darüber in der Region und im Umland kommunizieren. Das Potenzial einer solchen Plattform für das Regionalmarketing sollte zudem nicht unterschätzt werden, denn die Menschen erhalten über ihr Engagement einen neuen Zugang zu ihrer Region und ihrer Heimat. Der Verein Dübener Heide arbeitet deshalb daran, dass das Projekt langfristig in die Kommunikationsstrategie des Naturparks und der Lokalen Aktionsgruppen verankert werden kann – die vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft geförderte Modellphase läuft Ende 2015 aus. ■



KONTAKT:

Axel Mitzka
Verein Dübener Heide e. V., Projekt Engagement 2020
engagement2020@naturpark-duebener-heide.com
www.regiocrowd.com

Josef Bühler, Stephan Popp
neuland+ Tourismus-, Standort- und
Regionalentwicklung GmbH & Co. KG
buehler@neulandplus.de
www.neulandplus.de

Ein Haus – viele Nutzungen

Montags kommt der Friseur, mittwochs die Physiotherapeutin und freitags ist Gelegenheit für eine Kosmetikbehandlung:
Die multiplen Häuser am Stettiner Haff sind Verwandlungskünstler.
Das Kooperationsprojekt wird seit dem Ende der Förderung weiterentwickelt und soll zukünftig auch Sportangebote bereithalten.

[VON REGINA TESSMANN]

Die fehlende Mobilität der Dorfbewohner in den kleinen Orten am Stettiner Haff in Mecklenburg-Vorpommern wird durch fünf multiple Häuser aufgefangen. Sie sind ein zentraler Anlaufpunkt und werden an jedem Werktag von einem anderen Dienstleister genutzt. Ziel des LEADER-Projekts, das bis Ende 2014 gefördert wurde, war der modellhafte Aufbau eines regionalen Netzwerks von multiplen Häusern in der Region Stettiner Haff, die von den gleichen Dienstleistern an jeweils anderen Tagen besucht werden. Jedes multiple Haus ist deshalb baulich so flexibel gestaltet, dass die zukünftige Raumnutzung als Arztpraxis, Schwesternzimmer oder Pflegestützpunkt, aber auch als Friseur, Sparkassenstützpunkt und Lebensmittelverkauf möglich ist. Das Konzept ist erfolgreich, nach dem Ende der Förderung tragen sich die multiplen Häuser weiter.

Konzept passt zur lokalen Entwicklungsstrategie

Im September 2011 stellte die Gemeinde Vogelsang-Warsin den Mitgliedern der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) „Stettiner Haff“ erstmalig die Idee vor, ein multiples Haus einzurichten. Gerd Walther, früherer Bürgermeister der Gemeinde, überzeugte die LAG-Mitglieder, das Projekt zu fördern. Sein Argument: Damit werden viele Ziele der Gebietsbezogenen Lokalen Entwicklungsstrategie (GLES) erreicht, wie die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum, die Sicherung der gesundheitlichen Betreuung, die Versorgung Älterer durch kooperative außerfamiliäre Netzwerke und auch die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten.

Vier Netzwerkpartner und ein Unternehmen

Mit der Entscheidung für das multiple Haus in Vogelsang-Warsin wurde der Grundstein für das heutige Netzwerk „Daseinsvorsorge am Stettiner Haff“ gelegt. Als das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern im März 2012 einen LEADER-Landeswettbewerb zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen unter Berücksichtigung des

demografischen Wandels aufrief, haben die Gemeinden Altwarp, Ahlbeck und Hintersee kurzfristig nach Möglichkeiten gesucht, in ihren Gemeinden ebenfalls multiple Häuser zu installieren. Somit gab es zwischenzeitlich vier Netzwerkpartner, aber da die Woche fünf Tage hat und jeder der Dienstleister seine Leistungen an jedem Wochentag in einer anderen Gemeinde zur Verfügung stellen sollte, erweiterte man das Konzept. Die Netzwerkpartner wollten nicht einfach eine fünfte Gemeinde suchen, sondern es sollte ein innovatives Netzwerk entstehen. Deshalb entschied man sich, die Firma traum-Haff Dorka-Bartelt GbR anzusprechen. Das Unternehmen ist bereits seit Jahren in Rieth tätig und hat die touristische Entwicklung des Ortes geprägt. Für die Firma war schnell klar, dass sie bei diesem Projekt mitmachen würde. Die Netzwerk-Idee des Stettiner Haffs hat auch die anderen LAGs des Landes überzeugt und den ersten Platz im LEADER-Landeswettbewerb Mecklenburg-Vorpommern belegt. Im September 2012 übergab Minister Till Backhaus den Netzwerkpartnern eine Siegpriämie in Höhe von 400 000 Euro.

Schwer kalkulierbare Kosten

Die Idee der multiplen Häuser wurde im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ durch das Büro rb Architekten Leipzig entwickelt, das die Akteure in der Anfangsphase unterstützt und begleitet hat. Die rb Architekten sind in ihrer Analyse von der Nutzung leerstehender Gebäude ausgegangen – jedes der multiplen Häuser sollte mit einer Investitionssumme von etwa 100 000 Euro pro Vorhaben entwickelt werden. In der Planungsphase musste die LAG „Stettiner Haff“ aber feststellen, dass die Mittel nicht ausreichten, um das Energiekonzept und die technische Ausstattung der Häuser zu sichern. Die Investitionskosten beliefen sich bei den Häusern, die grundlegend saniert und modernisiert wurden, auf mindestens 130 000 bis maximal 339 000 Euro, außer beim multiplen Haus in Altwarp. Dort wurde nur geringfügig modernisiert, da eine



Friseurtermin: An einem Tag pro Woche nutzt ein Friseursalon die multiplen Häuser am Stettiner Haff.

Sanierung bereits in den 1990er-Jahren erfolgt war. Die Gemeinde Vogelsang-Warsin musste sich für ein anderes Gebäude entscheiden als ursprünglich durch das Büro rb Architekten favorisiert, da die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde überstiegen. Die Wahl fiel auf ein noch in Nutzung befindliches Gebäude, was dazu beitrug, dass das Vorhaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgreich umgesetzt werden konnte. Letztlich unterstützte die LAG „Stettiner Haff“ das Netzwerk der fünf multiplen Häuser mit weiteren Fördermitteln in Höhe von rund 300 000 Euro.

Bei der Auswahl der Dienstleister streben die fünf multiplen Häuser an, dass für die verbliebenen Anbieter in den einzelnen Orten keine Konkurrenz entsteht, wobei aber auch kein Dienstleister ausgeschlossen werden soll. Deshalb ermittelte man den Bedarf bei der Bevölkerung durch Befragungen, erst danach kontaktierte man entsprechende Dienstleister und ging teilweise Verträge mit ihnen ein. Im Netzwerk wurden sowohl die Vertragsinhalte festgelegt als auch die Höhe der Gebühren ermittelt, die in der Anfangsphase von den Dienstleistern erhoben werden müssen. Jede Gemeinde hat für sich jedoch eigenständig entschieden, in welcher Form sie die vertragliche Nutzung und Abrechnung mit den Dienstleistern organisiert. Nach einer gewissen Laufzeit und der Ermittlung der tatsächlichen Betriebs- und Folgekosten muss jeder Betreiber die Nutzungsgebühren und auch die vertragliche Gestaltung neu anpassen. Bislang werden alle multiplen Häuser durch Friseur, Kosmetik, Fußpflege und Massage, kulturelle Veranstaltungen und 14-tägige Arztprechstunden in Altwarp und Vogelsang-Warsin bedient. Ab September 2015 soll eine Gemeindegewerkschaft über das HaffNet, ein Ärztenetzwerk am Stettiner Haff, zum Einsatz kommen.

Der Zusammenschluss der Projektträger zu einem Netzwerk hat dazu beigetragen, das Projekt gemeinsam wei-

terzuentwickeln, zügig neue Erkenntnisse in allen Häusern umzusetzen und Fehler schnell zu korrigieren. Regelmäßige Netzwerktreffen und gemeinsame Workshops dienen als Ideenschmieden und geben Ansporn für die Umsetzung.

Bewegungsparcours als Erweiterung

Aufgrund der guten Auslastung der multiplen Häuser haben sich drei der Partner, die Gemeinden Vogelsang-Warsin, Hintersee und Altwarp, entschieden, ihre Angebote zu erweitern. Sie werden die Außenanlagen der multiplen Häuser umgestalten oder die Gebäude und Nebengebäude weiter ausbauen, um eine gezielte Ergänzung zu den bisherigen Nutzungsmöglichkeiten zu erreichen. Das Angebot soll sich nicht nur an die Zielgruppe Generation 50 plus richten, sondern wird generationsübergreifend konzipiert. Es hat sich beispielsweise ein Netzwerk aus den Betreibern der multiplen Häuser und einem Sportverein, der im Behindertensport tätig ist, gebildet. Ein erstes Treffen mit Sportmedizinern, die einen Bewegungsparcours entwickelt haben, der einige der multiplen Häuser ergänzen soll, fand bereits statt. Die Abstimmung und Einbeziehung der Bevölkerung erfolgt nun in den einzelnen Orten, da auch die Bewegungsparcours den jeweiligen Erfordernissen angepasst werden müssen. Für die spätere Betreuung der Parcours ist eine etwa einjährige Einarbeitung der ansässigen Sportvereine und Physiotherapeuten geplant.

Multiple Häuser gegen demografischen Wandel

Ingo Grönow, Bürgermeister der Gemeinde Vogelsang-Warsin, erkennt eine positive Wirkung des Projekts auf den gesamten Ort: „Seit wir das multiple Haus haben, gibt es wieder Zuzug. Es hat sich nun auch ein Investor gefunden, der unsere ehemalige Schule für junges Wohnen ausbaut.“ ■



KONTAKT:
Regina Teßmann
LEADER-Regionalmanagement
der LAG „Stettiner Haff“
Telefon: 03834 8760-3117
regina.tessmann@kreis-vg.de
www.riether-winkel.de/leben

Bioenergie erhält die Struktur der Region

Seit Mitte der 1990er-Jahre engagieren sich die Bewohner des bayerischen Achantals dafür, die natürliche Vielfalt der Region zu bewahren und die Bewohner mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Ihr Ziel: Bis 2020 soll sich das Achantal möglichst aus eigenen Ressourcen mit Strom und Wärme versorgen. [VON STEPHANIE HENNES]

Das Achantal liegt am Nordrand der Bayerischen Alpen zwischen München und Salzburg, unmittelbar an der Grenze zu Tirol. In den dortigen Gemeinden leben mehr als 33 000 Einwohner. Rund 30 Prozent der Fläche des Achantals machen Schutzgebiete und Biotop aus, Wald bedeckt etwa die Hälfte des Gebietes. Die Landwirtschaft im Tal und auf den Almen ist kleinbäuerlich strukturiert und besteht überwiegend aus Milchviehhaltung. Neben der Landwirtschaft sind der Tourismus sowie kleinere Handwerks- und Gewerbebetriebe die wichtigsten Wirtschaftszweige. Um die natürliche Vielfalt und das Achantal auch als Lebens- und Erholungsraum attraktiv zu erhalten, haben sich die neun Gemeinden Bergen, Grabenstätt, Grassau, Marquartstein, Schleching, Staudach-Egerndach, Reit im Winkl, Übersee und Unterwössen 1999 zum Verein Ökomodell Achantal zusammengeschlossen.

Natur- und Kulturlandschaft erhalten

Ausgangspunkt für die Gründung des Vereins waren in der Mitte der 1990er-Jahre auftretende Fragen: Wie könnte in dem engen Talraum, in dem auf jeder Fläche verschiedene Ansprüche lasten, nachhaltiges Flächenmanagement aussehen? Welches Konzept würde verhindern, dass die Gemeinden aus finanziellen Gründen neue Gewerbegebiete ausweisen müssen? Wie könnte die Region für Einheimische und Jugendliche als Wohn- und Arbeitsraum attraktiv bleiben?

Zunächst war es die Gemeinde Schleching, die sich entschloss, einen neuen Weg zu gehen. Unter dem Arbeitstitel „Ökomodell Schlechinger Tal“ begann eine intensive Bürgerbeteiligung mit Diskussionen über die Zukunft des bäuerlich geprägten Talortes. Doch schnell wurde klar, dass eine einzelne Gemeinde nur eingeschränkt wirken kann. Und so wurden Kontakte sowohl zu den österreichischen Nachbargemeinden als auch zu den anderen Gemeinden im Achantal aufgenommen und für ein gemeinsames Vorgehen, eine gemeinsame Vision geworben.

Schließlich entwickelte die Gesamtregion das Ökomodell Achantal als Vier-Säulen-Konzept. Die vier Bereiche Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus und Energieversorgung werden seitdem im Einklang miteinander weiterentwickelt. Um dies in bestmöglicher Weise zu erreichen, sind in das Ökomodell Achantal die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Handel und Handwerk, Gastronomie und Tourismus sowie regionale Energieversorgung eingebunden. Im Mittelpunkt steht dabei, die waldreiche

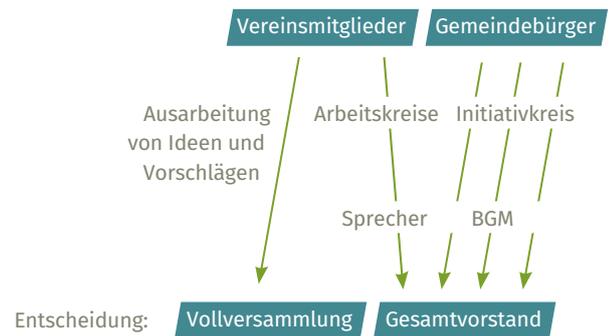
Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten, die kleinstrukturierte Landwirtschaft zu sichern, naturverträglichen Tourismus und Gewerbe zu fördern sowie erneuerbare Energieträger aus der Region für die Region zu nutzen.

Kombination von Bottom-up und Top-Down

Bei der Entscheidungsfindung im Verein Ökomodell Achantal werden Bottom-up- und Top-down-Methoden miteinander verbunden. Ideen der Bürger werden in Initiativkreisen gesammelt und über die Bürgermeister an den Vorstand des Vereins weitergegeben, der aus den Bürgermeistern selbst und Vertretern der Bürgerschaft besteht. Die Gemeinden finanzieren zudem eine Geschäftsstelle mit drei hauptamtlichen Mitarbeitern in Voll- und Teilzeit.

Vereinsmitglieder und Interessierte können sich über themenbezogene Arbeitskreise auch direkt in die Vereinsarbeit einbringen. So gab und gibt es Arbeitskreise zu den Themen Tourismus, Mobilität und öffentlicher Personennahverkehr, Gesundheit, Umweltbildung und erneuerbare Energie. An Runden Tischen und in Workshops werden Projektideen entwickelt und umgesetzt. Weiter wurden, mit Unterstützung von Fachleuten, Richtlinien für die Vermarktung von regionalen Produkten mit dem Label „Qualität Achantal“ erarbeitet. Nach und nach werden somit immer mehr Bürger, Gruppierungen und Institutionen in die Arbeit des Ökomodells einbezogen. Auch bei der Umsetzung geht man neue Wege, wie etwa die Beteiligung an Public-Private-Partnership-Modellen.

Entscheidungsfindung im Achantal



Quelle: Ökomodell Achantal

Energiekonzept mit Bürgern, Verwaltung und Experten entwickelt

Das Energiekonzept für das Ökomodell Achantal – ein Kernbereich der Aktivitäten – wurde erstmalig 2003 im Rahmen des EU-Projektes „RES-Integration“ durch das Büro WIP in München erarbeitet und stellt die Biomassenutzung in den Mittelpunkt. Von Oktober 2012 bis Oktober 2013 erfolgte die Fortschreibung des Konzepts durch ecb – energie.concept. bayern GmbH & Co. KG. Beteiligt waren Bürgermeister, Bauämter, Verwaltungen, das Landratsamt Traunstein, das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Traunstein, die Bayerischen Staatsforsten, das Vermessungsamt Traunstein, das ILE-Kompetenzteam Klimaschutz, das Team des Ökomodells Achantal sowie engagierte Bürger des Achantals. Auch viele Landwirte haben die erneuerbaren Energien für sich entdeckt und gestalten das Thema seit einigen Jahren auf freiwilliger Basis mit.

Momentan wird etwa ein Viertel der Wärme im Achantal aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt, das ist bereits deutlich mehr als im bundesdeutschen Durchschnitt. Strom wird im Tal aktuell zu rund 30 Prozent aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Für das weiterentwickelte Energiekonzept wurde die mögliche Ausbeute an Sonnenenergie durch Dachflächennutzung ermittelt. Nach Süden ausgerichtete Flächen kommen demnach für Solarthermie in Frage, ost- und westseitig ausgerichtete Dächer sind für Fotovoltaik geeignet. Durch die künftige Nutzung der Dachflächen könnten zusätzlich rund 25 Prozent Strom und etwa 30 Prozent Wärme eingespart werden: Das würde im Achantal zu Einsparungen von 6,5 Millionen Euro für Strom und 8,1 Millionen Euro für Wärme führen. Allein der Austausch aller Ölheizungen, die vor 1990 eingebaut wurden – das sind etwa 28 Prozent aller Anlagen – hätte die Einsparung von 12000 Megawattstunden pro Jahr zur Folge. Diese Ergebnisse

wurden im Rahmen mehrerer Bürgerbeteiligungsveranstaltungen im Achantal diskutiert, weiterentwickelt und in den neuen Maßnahmenkatalog integriert. Ziel ist es, dass sich das Achantal bis zum Jahr 2020 vollständig mit erneuerbaren Energien aus der Region versorgen kann. Auch der Ausbau der CO₂-neutralen Mobilität ist in der Region ein Thema. So wurde das Nahverkehrsnetz ausgebaut und ermöglicht den Urlaubern, ohne Auto mobil zu sein. Fahrradverleihe bieten standardmäßig Elektrofahräder an, Elektrotankstellen für Fahrräder und Autos sind vorhanden. Dafür arbeiten der Landkreis Traunstein, Chiemgau Tourismus, die Gemeinden und Gewerbetreibenden eng zusammen.

Klimaschutzmanager betreut neues Energiekonzept

Ab Herbst 2015 begleitet ein Klimaschutzmanager die Umsetzung des weiterentwickelten Energiekonzepts. Als Einstiegsberatung für Hausbesitzer und Gewerbebetriebe bieten die Gemeinden bereits kostenlose Energiesprechstunden an. Regelmäßige Führungen für Erwachsene und Schulklassen sowie Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit klären außerdem über ressourcenschonenden Energieverbrauch auf. Auch die Vernetzung der regionalen Energieberater mit Architekten und Bauträgern trägt zum Ressourcenschutz bei.

Im Jahr 2012 wurde zusätzlich eine Machbarkeitsstudie zur Wasserkraftnutzung an der Tiroler Ache mittels Fließgewässerkraftwerken in Auftrag gegeben. Als Ergebnis sollen langfristig lokale Energieversorger aufgebaut werden, die die Region unabhängig von großen Wettbewerbern machen. Bereits jetzt leisten neben dem großen Biomassehof Achantal kleinere Elektrizitätswerke in den Achantal-Gemeinden einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung – sie könnten zukünftig durch Wasserkraftanlagen ergänzt werden. ■



oben: Biomassehof im Achantal
unten: Das Achendelta



KONTAKT:
Stephanie Hennes
ILE-Region Achantal
Telefon: 08649 986655
info@oekomodell.de
www.oekomodell.de

Welche Attraktionen verbergen sich am Ufer?

Die schier endlos wirkenden Wasserstraßen in Brandenburg ziehen viele Wassersportler und Freizeitpaddler an. Damit die Touristen bereits auf dem Wasser erkennen, was es am Ufer zu entdecken gibt und wo sich das Anlanden lohnt, weisen in der Märkischen Umfahrt nun 131 Schilder den Weg. [VON JEANNETTE GRUNER]

Wassersport und Wassertourismus haben sich im Osten Deutschlands zu bedeutenden Wirtschaftsfaktoren entwickelt. Die vernetzten Wassersportreviere der Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern werden international als wassertouristische Top-Destinationen, als „Blaues Paradies“, vermarktet. Allein Brandenburg bietet rund 1 430 Kilometer schiffbare Bundes- und Landeswasserstraßen für motorisierte Fahrzeuge, mit nicht motorisierten Booten sind etwa 6 500 Kilometer Gewässer befahrbar. Auf rund 470 Kilometern Bundes- und Landeswasserstraßen können Wassersportler führerscheinfrei fahren.

Es fehlte bisher jedoch ein einheitliches Informations- und Leitsystem für Wassertouristen in Brandenburg, das über Nah- und Fernziele mit Entfernungsangaben und über touristische Angebote an Land informiert. Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Oderland griff daher eine Initiative aus der Region auf und stellte sich dieser Herausforderung gemeinsam mit den LAGs Spreewaldverein und Märkische Seen. Ziel war es, die land- und wasserseitigen touristischen Angebote besser miteinander zu verknüpfen. Dank des Kooperationsprojekts erfahren Wassertouristen jetzt, wie weit es bis zum nächsten Ort ist, wo es Gastliegeplätze gibt und wo sie angelegen können. Sie werden darüber informiert, ob es in der wasserseitig angefahrenen Ortschaft Geschäfte gibt, ein Museum oder einen Bahnanschluss. Ohne diese Hinweise würden die Besucher schlichtweg an den attraktiven Landangeboten vorbeischippern.

Weitere Ergebnisse des Projekts „Wassertouristisches Informations- und Leitsystem für die Märkische Umfahrt“ sind die Neuaufstellung der Internetseite www.seenland-oderspree.de, die Erstellung einer wasserfesten Wasserwanderkarte im Maßstab 1:50 000 und einer Kanubroschüre, die Lust auf Urlaub auf und am Wasser macht.

Langwieriger Prozess

In einem fast vierjährigen Prozess von November 2011 bis Juni 2015 wurde die Ausschilderung für drei Projektgebiete umgesetzt: für das Paddelrevier Alte Oder, die Strom-Oder und die Märkische Umfahrt, letztere als elftägige Paddelroute um Berlin, teilweise auch für Motorboote. Bereits 2011 ergriffen die beiden Tourismusverbände Spreewald e.V. und Seenland Oder-Spree e.V. in Partnerschaft mit der LAG Oderland die Initiative, weil gerade der Wasserreichtum gemeinsame Wertschöpfungspotentiale bietet, die durch das Projekt erschlossen werden sollen. Für die Umsetzung wurden die Landkreise Oder-Spree, Märkisch-Oderland und Dahme-Spreewald, ebenso der Tourismusverband Dahme-Seen e.V. und als Fachgremium die Wasserinitiative Süd-Ost (WISO AG) als Partner gewonnen. Die LAGs Spreewaldverein und Märkische Seen wurden für die Beantragung der LEADER-Förderung durch die LAG Oderland eingebunden.

Für die Lenkung des Projekts formierte sich ab der Bewilligung im Mai 2012 eine dreiköpfige Steuerungsgruppe, die die Abstimmungen der beteiligten Partner mit Unterstützung eines externen Planungsbüros wöchentlich vorbereitete und koordinierte. Ellen Rußig, Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Seenland Oder-Spree e.V., vertrat dabei als Vorstandsmitglied der LAG Oderland e.V. gleichzeitig auch den Projektträger, Eckhard Fehse die WISO AG. Auch das Regionalmanagement der LAG Oderland war dabei.

Ursprünglich wurde für das Projekt ein Gesamtvolumen von rund 555 000 Euro geschätzt, bestehend aus rund 473 000 Euro Fördermitteln (85 Prozent) und 82 000 Euro Eigenanteil (15 Prozent). Durch gut durchdachte Ausschreibungen konnten final gut 100 000 Euro eingespart werden, wodurch das Projekt letztendlich 455 000 Euro kostete.



Das Ziel: landesweite Einheitlichkeit

Nicht nur die kooperierenden Regionen sollten durch dieses Pilotprojekt profitieren, sondern das gesamte Bundesland. Bei einem Workshop im Jahr 2013 diskutierten und verfeinerten alle landesweit Beteiligten deshalb als ersten Schritt der Projektumsetzung das Grobkonzept gemeinsam. Mit dabei waren Anbieter und Akteure aus dem Bereich Wassertourismus, aus Wasser- und Schifffahrtsämtern, Vertreter von Brandenburger Naturparks, aus Landkreisen, Kommunen, Tourismusverbänden und der WISO AG. Die Beteiligten haben sich bei den Diskussionen besser kennengelernt – so wurde ein Grundstein für die künftige Zusammenarbeit gelegt.

Als Ergebnis entstand ein Leitfaden, das Handbuch „Wassertouristisches Informations- und Leitsystem für die einheitliche wasserseitige Ausschilderung der befahrbaren Gewässer in Brandenburg“, das im Juli 2015 als landesweite Empfehlung veröffentlicht wurde. Alle Wasserreviere, die beschildert werden sollen, können und müssen sich nun an diesem Leitfaden orientieren, damit ein gleichförmiges Brandenburger Leitsystem für Wassertouristen entsteht. In diesem Leitfaden sind die Projekterfahrungen als Empfehlungen so formuliert, dass eine wassertouristische Ausschilderung in anderen Wasserrevieren schneller und gezielter als beim Pilotprojekt erfolgen kann: Die Ansprechpartner in wichtigen Behörden sind in der Publikation benannt, alle notwendigen Untersuchungen im Vorfeld beschrieben, Hinweise zu Materialien und Farben sowie Inhaltsempfehlungen, Piktogramme und Vertragsentwürfe zusammengefasst.

131 Schilder weisen den Weg

Rund 400 Kilometer schiffbare Wasserstraßen sind im Projektgebiet untersucht worden, um geeignete Aufstellungsstandorte für die Zielwegweiser zu ermitteln. Für die konkrete Standortfestlegung und die Diskussion über die Schilderhalte wurden 2013 vier regionale Workshops durchgeführt – mit dem Ergebnis, dass im Juni 2015 an 102 Standorten 131 Schilder aufgestellt wurden, 30 im Wasser und 72 an Land. Nach der Standortfestlegung konnte die Genehmigungs- und Ausführungsplanung ausgeschrieben werden, die ein externes Planungsbüro bis März 2014 übernahm. Das Genehmigungsverfahren lief von März 2014 bis Mai 2015. Im Durchschnitt haben die beteiligten Behörden ein Jahr benötigt, um die Standorte zu genehmigen. Insgesamt sind dabei fünf Untere Wasserbehörden von

fünf Landkreisen, zwei Wasser- und Schifffahrtsämtern für die Bundeswasserstraßen, zwei Landesumweltämtern für die Landesgewässer, die Deutsch-Polnische Grenzkommission für den Grenzfluss Oder, sechs Privatbesitzer und 37 Ämter, Gemeinden und Städte einbezogen worden.

Drei Jahre Planung, acht Monate Umsetzung

Die langwierigen Bearbeitungszeiten in den Genehmigungsbehörden waren für einen flüssigen Projektlauf nicht zuträglich. Das Einbeziehen der Deutsch-Polnischen Grenzkommission und die Notwendigkeit einer Kampfmittelsondierung der 102 Standorte waren Stolpersteine, die für die Projektverantwortlichen beim Projektstart nicht abzusehen waren. Da vor allem das Oderbruch und die Spree durch den Zweiten Weltkrieg stark mit Munition belastet wurden, war die polizeiliche Kampfmittelfreigabe Voraussetzung für die Ausführungsarbeiten der Baufirmen.

Die Langwierigkeit des Projekts lag aber auch im Pilotcharakter begründet. Es kostete viel Zeit und Unermüdlichkeit, die zahlreichen Partner in den Prozess einzubinden. Missverständnisse und Konkurrenzdenken waren immer wieder zu überwinden. Beispielsweise wurde sehr darum gerungen, welche Orte ausgeschildert werden können und welche vernachlässigt werden müssen. Es wurden dann gemeinsam die Ortschaften ausgewählt, bei denen der Gast qualifizierte touristische Angebote findet.

In der Summe haben die Partner insgesamt drei Jahre an Konzept, Planung, Genehmigungen und Ausschreibungen gearbeitet – für die eigentliche Umsetzung der Ausschilderung waren es gerade einmal acht Monate.

Einweihung mit Minister

Anfang Juli 2015 war es so weit: In Anwesenheit von Jörg Vogelsänger, dem Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, wurde das wassertouristische Informations- und Leitsystem bei einer Rundfahrt von Zaue, Ortsteil der Gemeinde Schwielochsee im Spreewald, nach Beeskow im Seenland Oder-Spree offiziell eingeweiht. ■



KONTAKT:
Jeannette Gruner
LAG Oderland e. V.
Telefon: 03361 5660174, 0173 6114695
j.gruner@lag-oderland.de
www.lag-oderland.de
www.seenland-oderspree.de

Smart Villages: Kooperation zwischen Uni und Dorf

Ein Forschungsprojekt der Hochschule Rhein-Waal hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem zunehmenden Verfall der dörflichen Infrastruktur mit kreativen Ideen entgegenzutreten. Dabei sind die Bürger vor Ort Forschungsobjekt und wichtigste Protagonisten zugleich. [VON ROLF BECKER UND BIRGIT MOSLER]



Leben in und mit der Natur, eine lebendige Dorfgemeinschaft, ein Haus mit Garten – so stellen sich viele Großstädter das Landleben vor. Die Realität sieht viel weniger romantisch aus: Ausgedünnte Fahrpläne, geschlossene Läden und wachsender Leerstand prägen den Alltag auf dem Land. Die Mitglieder des Fördervereins Hansestadt Grieth e.V. wollten diesen Zustand nicht länger hinnehmen: Nachdem auch die letzte Nahversorgung in der 800-Einwohner-Gemeinde am Niederrhein weggebrochen war, suchten sie nach Wegen, das Leben für die Bewohner wieder attraktiver zu gestalten.

Ein Dorf als Feldlabor

Da passte es gut, dass es berufliche Verbindungen zur Hochschule Rhein-Waal in Kleve gab: Mit dieser Thematik weckten die in Grieth lebenden Hochschulmitarbeiter das Interesse von Kollegen. Kurze Zeit später war das Projekt „Smart Villages“ geboren. Die Idee dahinter: Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachdisziplinen suchen nach „smarten“, also cleveren Lösungen, um Dörfern wieder Leben einzuhauchen. Dabei arbeiten die Forscher eng mit den Bürgern vor Ort zusammen – das Dorf wird praktisch zum Feldlabor. Und: Es sollen Ideen entwickelt werden, die sich auch auf andere Gemeinden übertragen lassen.

Das Projekt Smart Villages begann im Januar 2013 und läuft vier Jahre, es wird über das Land Nordrhein-Westfalen gefördert. In Grieth ging es Ende 2013 mit einer Befragung durch Studierende los, die ermitteln sollte, welche Probleme den Einwohnern am stärksten unter den Nägeln brennen. Es stellte sich heraus, dass die meisten sich vor allem eine bessere Nahversorgung, mehr Mobilität, eine gesicherte ärztliche Versorgung und schnelleres Internet wünschten. Als nächster Schritt wurde eine Informationsveranstaltung speziell zum Thema Nahversorgung organisiert. Dabei präsentierten die Studierenden neben den Untersuchungsergebnissen mögliche Maßnahmen, die aus ihrer Sicht geeignet sind, entstandene Lücken in der Versorgung zu schließen. Im Anschluss diskutierten Praktiker aus dem Bereich der Nahversorgung mit den interessierten

Bürgern: Ein Unternehmensberater und Mitglied im Bundesverband der Regionalbewegung e.V. erklärte, welche Schritte von der Planung bis zur Umsetzung eines Dorfladens nötig sind. Über seine Erfahrungen rund um Kapitaleinsatz und mögliche Geschäftsformen, aber auch Stolpersteine in der praktischen Arbeit mit einem Dorfladen berichtete danach der Vorsitzende des Bürger-Dorfladens im niedersächsischen Dorf Otersen. Mehr als 120 Bürger aus dem gesamten Kreis Kleve nahmen an der Veranstaltung teil.

Von der Ideensammlung ...

Um die Dorfbewohner, die Hochschule und die anderen Kooperationspartner besser miteinander zu vernetzen, wurde am Griether Marktplatz ein Projektbüro eingerichtet. Hier wurden nicht nur Präsentationen und Infoveranstaltungen für andere interessierte Gemeinden, Heimatvereine, Bürger, Wirtschaftsförderer und Vertreter des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durchgeführt; zwei Jahre lang trafen sich die Beteiligten einmal wöchentlich zum Austausch und entwickelten gemeinsam Ideen. Als Möglichkeiten zur Ergänzung des ÖPNV besprachen sie Car-Sharing-Konzepte, Dorffahrräder für Kurzstrecken oder eine lokale Mitfahrzentrale, die mit Hilfe einer App zentral nutzbar sein könnte. Für ältere Menschen soll zukünftig im neuen Dorfladen eine Art Buchungsbegleitservice bereitgestellt werden. An der Entwicklung der Ideen wirkten neben den Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern auch Studierende aus allen Fachrichtungen der Hochschule mit – etwa aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Design und Marketing sowie Arbeitspsychologie und Logistik. Sie erhoben Daten, knüpften Kontakte zur Bevölkerung und zu Kooperationspartnern, und aus dem Projekt entwickelten sich zahlreiche Semester- und Abschlussarbeiten.

Kirchturmdenken? Nicht in Grieth, wo Bürger und Wissenschaftler gemeinsam an der Zukunft des Dorfs arbeiten.



... bis zur Umsetzung

Als erste konkrete Maßnahme beschloss die Bürgerschaft die Einrichtung eines Dorfladens am Marktplatz. Die Datengrundlage für die Konzeption wurde an der Hochschule entwickelt. Entscheidend war dabei, die gewünschte Nutzungsart und -intensität genau zu erfassen und in eine Machbarkeitsstudie einfließen zu lassen. Hierfür wurden in zwei Erhebungen rund 140 Haushalte befragt. Die Umsetzung wiederum liegt komplett in den Händen der Griether. Rund 25 Einwohner beteiligen sich seit einem Jahr in verschiedenen Arbeitsgruppen am Aufbau des Ladens, der spätestens Ende Oktober 2015 öffnen soll, und der Entwicklung des dahinter liegenden Gesamtkonzepts für ihr Dorf. Dabei sind alle Altersklassen und Bevölkerungsgruppen vertreten. Der Laden wird als Genossenschaft geführt, über 120 Anteilsscheine sind schon verkauft. Neben der Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs soll das Gebäude, die ehemalige Sparkasse des Orts, auch als Café und Plattform für die bereits eingerichtete Dorfakademie und zur Koordination der ehrenamtlichen Aktivitäten dienen.

Netzwerke als Ideenschmiede

Zeitgleich mit dem Projekt hat die Hochschule mit dem Aufbau eines Dörfer-Netzwerks begonnen, in dem Heimatvereine und Fördervereine aus der gesamten Region mitarbeiten. Die durch das Netzwerk entwickelten Ideen fließen wiederum in das Hochschulprojekt ein, etwa zur Förderung der individuellen Mobilität, aber auch die Idee, regionale Apps zur Förderung des Tourismus anzubieten. Im Aufbau befindet sich zudem ein INTERREG-V-Forschungsprojekt, in dem grenzüberschreitend mit etwa 60 deutschen und niederländischen Dörfern und zwei weiteren Hochschulen Selbstmanagementsysteme entwickelt werden. Sie sollen es den Dörfern ermöglichen, durch eigene Initiative nachhaltige und ihrem Bedarf entsprechende Strukturen aufzubauen. Die Themen Bürgergenossenschaft und Mehrgenerationenaktivitäten im Ort bilden dabei einen Arbeitsschwerpunkt.

Eine Kombination mit Win-win-Effekt

Ziel der Forschungsprojekte ist es, die ländlichen Räume zu stärken. Dies geht aber nur, wenn die Bewohner das selbst wollen und gemeinsam an Verbesserungen arbeiten. Deshalb versteht sich die Hochschule in erster Linie als Impulsgeber. Sie bündelt interdisziplinäre Expertise und kann durch ihre Arbeit innovative Technologien nutzen, um Verbesserungen herbeizuführen, etwa Video-Telefonie für Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder Apps zur Koordination von Mitfahrgelegenheiten. Auch ist der psychologische Effekt nicht zu unterschätzen: Gerade in Situationen der Resignation kann „frischer Wind von außen“ Motivation bringen. Wenn es gelingt, die optimistischen Macher im Dorf zu aktivieren, ist der wichtigste Schritt getan.

Fingerspitzengefühl ist gefragt

In Grieth läuft die Zusammenarbeit im Projekt meistens sehr harmonisch, was vor allem an der frühzeitigen Einbindung der Bevölkerung, der Vernetzung der Projektmitarbeiter im Ort und der offenen Kommunikation liegt. Allerdings kann Letztere auch von Nachteil sein: Gerade zu Beginn des Projekts konzentrierten sich die Medien oft auf die strukturellen Probleme des Orts und leider nicht auf die herausgearbeiteten Potenziale. Dadurch empfanden die Bürger ihren Ort unnötig negativ dargestellt. Die gewollte offene Darstellung der Probleme und das offensive Angehen der Lösungen sollten daher künftig behutsamer geschehen, um die Identifikation der Bevölkerung mit dem Projekt nicht zu gefährden. ■



KONTAKT:
Prof. Dr.-Ing. Rolf Becker
Hochschule Rhein-Waal
Campus Kamp-Lintfort
rolf.becker@hsrw.eu
www.hochschule-rhein-waal.de

Birgit Mosler
Hochschule Rhein-Waal
Campus Kamp-Lintfort
Telefon: 02842 90825281
birgit.mosler@hochschule-rhein-waal.de
www.hochschule-rhein-waal.de

Erbse & Co. – Rückenwind oder Flaute?

Die Bundesregierung hat sich auf die Fahne geschrieben, mehr heimische Eiweißpflanzen in die Futtertröge der deutschen Landwirte zu bringen. Kein ganz leichtes Unterfangen, wie das Projekt „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ zeigt. [VON ANIKA BERNER]

In der Fütterung ihrer Tiere sind Deutschlands Landwirte derzeit noch zu einem großen Teil auf Soja-Importe angewiesen. Die Sorge um den Klimawandel und den Schutz wertvoller Ressourcen, aber auch die zunehmende Nachfrage der Verbraucher nach gentechnikfreien, regional produzierten Lebensmitteln fördern die Suche nach einem Ersatz für die Futtermittelimporte. Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen und Lupinen – auch Leguminosen genannt – wären eine geeignete Alternative. Die Bundesregierung hat daher im Jahr 2012 eine „Eiweißpflanzenstrategie“ aufgelegt. Sie soll dem Anbau der lange

vernachlässigten Kulturen wieder auf die Sprünge helfen und deren Anteil in der Fütterung deutlich erhöhen.

Digitaler Marktplatz und Kostenrechner

Auch das Land Niedersachsen fördert den Eiweißpflanzen-Anbau – unter anderem über das Projekt „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ (EFN). 2014 an den Start gegangen, will das Projekt die bäuerlichen Betriebe in Anbau und Vermarktung unterstützen und alle beteiligten Akteure – von der Züchtung bis zum Handel – miteinander vernetzen (siehe Kasten). Denn obwohl sich der Anbau von Legumi-

nosen in dem Bundesland klar im Aufwind befindet, fällt es den Landwirten schwer, ihre Produkte abzusetzen. Handel, Futtermittelhersteller und Tierhalter zeigen bisher kein besonders großes Interesse. Im Rahmen des Projekts wurde deshalb ein digitaler Marktplatz eingerichtet. Hier können beispielsweise Ackerbauern, die Leguminosen anbauen, direkt mit Tierhaltern, die für ihre Rationen heimisches Eiweißfutter suchen, in Kontakt treten. Um zu ermitteln, wie viel Wert das gehandelte Futter hat, finden die Landwirte auf der Internetseite des Projekts ein interaktives Datenblatt. Auf der Basis der



Großes Interesse an der Kultur der Ackerbohne: Feldtag im Kooperationsbetrieb Martin Meyer in Südniedersachsen im Juli 2015

wertgebenden Inhaltsstoffe (hier Lysin) und der verwertbaren Energie des jeweiligen Futtermittels müssen sie lediglich den aktuellen Weizen- und Sojapreis eingeben; anschließend berechnet sich der „wahre Preis“ der jeweiligen Leguminose, und der Betrieb hat einen Anhaltspunkt für den Ver- oder Zukauf.

Bitte recht praktisch: Feldtage und Demobetriebe

Zu allen anbautechnischen Fragen konnten sich die Landwirte auf ganztägigen Feldtagen informieren, die das Projektteam im Sommer im wöchentlichen Abstand organisiert hat. Hierfür wurden sogenannte Demobetriebspaare – je ein ökologisch und ein konventionell wirtschaftender Betrieb – zu den Produktionsrichtungen „Rind“, „Schwein“, „Geflügel“ und „reiner Marktfruchtbetrieb ohne eigene Tierhaltung“ ausgewählt. Daneben ist ein Netzwerk aus sogenannten Kooperationsbetrieben im Aufbau. Sie werden vom EFN-Projekt-Team sowohl in Organisation und Finanzierung als auch in der praktischen Durchführung von Veranstaltungen unterstützt. In Südniedersachsen konnten sich Landwirte beispielsweise auf einer Abendveranstaltung im Februar 2015 über Leistungen wie die Warenbörse informieren und den dort begonnenen Erfahrungsaustausch zu Leguminosenanbau und -vermarktung auf einer Folgeveranstaltung mit praktischem Feldtag im Juni 2015 vertiefen. Auch im Raum Weser-Elbe, in Ostfriesland und in Osnabrück wurden in Zusammenarbeit mit den Kooperationsbetrieben mehrere Veranstaltungen organisiert, bei denen sich die Praktiker mit Vertretern von freien Beratungsorganisationen und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen austauschen konnten.

Die Konsumentenseite

Um auch Verbrauchern das Thema näherzubringen, wurde im Juli 2015 in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) eine kulinarische Radtour organisiert. Hier ging es vor allem darum, die vielfältigen Möglichkeiten, Bohnen in den Speiseplan zu integrieren, aufzuzeigen. Zunächst stellte ein Landwirt aus Landolfshausen im Landkreis Göttingen die eiweißhaltigen Kulturen vor, anschließend wurden verschiedene Speisen verkostet. Die Tatsache, dass beispielsweise

allein in Ägypten knapp 90 Millionen Menschen täglich Ackerbohnen zum Frühstück verzehren, zeigt, welch enormes Vermarktungspotenzial in den gesunden Pflanzen steckt.

Eine erste Bilanz

Nach einem Jahr Projektlaufzeit sind bereits erste Erfolge sichtbar: Durch „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ konnten Impulse in den Regionen gesetzt werden, die den derzeitigen Trend hin zum heimischen Anbau von Leguminosen unterstützen. Fünf EFN-Regionalgruppen sind in Niedersachsen bereits im Aufbau, weit über 100 Betriebe sind über das Netzwerk verbunden. Allerdings übersteigt das Angebot der Produzenten nach wie vor die Nachfrage, sodass auch bei der diesjährigen Ernte Vermarktungsprobleme zu erwarten sind. Doch bietet die jüngste Reform der EU-Agrarpolitik gute Chancen, dem Anbau von Erbse, Lupine & Co. Rückenwind zu geben. Im Rahmen der sogenannten Greening-Maßnahmen sind die Landwirte zu einer Diversifizierung des Anbaus verpflichtet. Sollte der in den Greening-Auflagen vorgesehene Anbau von Zwischenfrüchten nicht zufriedenstellend ausfallen, werden die Landwirte auch 2016 nach Alternativen suchen.

Potenzial und Stolpersteine

Zurzeit stehen schlechte Preise und Probleme bei der rechtzeitigen Annahme des Landhandels – des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen – einer großflächigen Ausdehnung des Leguminosenanbaus im Wege. Vielen Landwirten fehlen außerdem (noch) die nötigen Trocknungs- und Lagerkapazitäten. Doch der Einstieg in die Produktion der hochwertigen Eiweißträger könnte die Existenz vieler Betriebe auch ohne Flächenwachstum langfristig sichern. Vor allem für Tierhalter könnte es sich lohnen, die Proteinpflanzen in der Fütterung einzusetzen, würden sie damit doch dem Wunsch der Verbraucher nach Regionalität und dem Verzicht auf Gentechnik entsprechen. Leider findet dieser Aspekt in der Lebensmittelvermarktung bisher recht wenig Beachtung. Anbieten würde es sich beispielsweise, ein Markenfleischprogramm zu entwickeln und im Lebensmittelhandel mit den entsprechenden Hinweisen zu bewerben. Doch wie bei vielen anderen Programmen geht auch hier die Rechnung erst auf, wenn der Verbraucher die Bemühungen honoriert – durch den Kauf. ■

SERVICE:

„Eiweißfutter aus Niedersachsen“

Das Projekt „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ wurde bereits 2012 von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Niedersachsen/Bremen e.V. ins Leben gerufen. Hintergrund war die anstehende Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik, die vorsah, Zahlungen aus dem EU-Topf künftig mit Umweltauflagen zu verknüpfen. Da Leguminosen durch ihre Eigenschaft, Luftstickstoff zu binden und pflanzenverfügbar zu machen, positiv auf das gesamte Ökosystem wirken, sollten die Landwirte in deren Anbau konkret unterstützt werden.

Mitte 2014 konnte das Projekt an den Start gehen. Es hat sich folgende Ziele gesetzt:

- // den Anteil der regional angebauten Eiweißpflanzen in der Tierfütterung zu erhöhen;
- // eine bessere Vernetzung der Akteure von Züchtung, Anbau, Verarbeitung und Handel in der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft zu erreichen;
- // bäuerliche Betriebe zu stärken.

Das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH konzentriert sich als Projektpartner auf die Fragestellungen und die Betreuung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe; eine enge Kooperation gibt es auch mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und mit freien Beratungsorganisationen wie dem Beratungsring/Landberatung. Das Projekt ist für drei Jahre angelegt und wird vom niedersächsischen Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz finanziert.



KONTAKT:

Anika Berner
Eiweißfutter aus Niedersachsen
AbL e. V. Niedersachsen/Bremen
Büro Südniedersachsen
Telefon: 05507 964 464 0
anika.berner@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

Für den Ökolandbau

Durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik soll die Landwirtschaft in Europa umweltschonender und nachhaltiger gestaltet werden. In diesem Rahmen gibt es auch für Bio-Produzenten zahlreiche Fördermöglichkeiten. [VON JÜRGEN BECKHOFF]

Die Fördermittel, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union vergeben werden, setzen sich aus Beiträgen der EU, des Bundes und der Länder zusammen. Allein aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) stehen für Deutschland von 2014 bis 2020 jährlich rund 1,35 Milliarden Euro bereit. Mit diesen Mitteln aus der sogenannten zweiten Säule der GAP sollen unter anderem eine nachhaltige Erzeugung und mehr Tierwohl in der Landwirtschaft gefördert werden. Ökolandwirte können aus diesem Topf sowie aus verschiedenen Bundes- und Länderprogrammen Fördermittel erhalten.

Flächenprämie wird aufgestockt

Eine der wichtigsten Fördermaßnahmen für Ökobauern bleibt die Flächenprämie. Sie wird für Ackerflächen, Grünland, Gemüse und Dauerkulturen ausgezahlt, wobei zwischen Umstellungsbetrieben und Betrieben, die die ökologische Wirtschaftsweise beibehalten, unterschieden

wird. Für den Zeitraum von 2015 bis 2018 sieht die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) eine leichte Erhöhung der Öko-Prämien bei allen Kulturarten vor (siehe Tabelle 1).

Zuständig für die Durchführung der GAK-Maßnahmen sind die Bundesländer. Sie legen auch die endgültige Höhe der Prämien fest, die um bis zu 30 Prozent nach oben oder unten abweichen können. Basis der Bemessung bilden die zusätzlichen Kosten, die bei ökologischer Bewirtschaftung gegenüber konventioneller Bewirtschaftung entstehen.

Auf diese Weise werden die unterschiedlichen natürlichen Voraussetzungen in den einzelnen Bundesländern berücksichtigt. Einfluss auf die Prämienhöhe haben zudem die politischen Prioritäten der jeweiligen Landesregierung und die verfügbaren Haushaltsmittel. Deshalb gibt es zwischen den Ländern zum Teil erhebliche Unterschiede bei den Öko-Flächenprämien (siehe Tabelle 2). So zahlt

etwa das Land Nordrhein-Westfalen in der Einführungs- und Umstellungsphase 520 Euro pro Hektar Ackerland, während andere Länder teilweise sogar weniger als die in der GAK vorgesehenen 250 Euro pro Hektar Ackerland ansetzen. Auch Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg liegen hier deutlich über den Vorgaben der GAK. Dies gilt auch für die Flächenprämie für Betriebe, die eine ökologische Wirtschaftsweise beibehalten.

Agrarumweltmaßnahmen: Bundesländer geben Schwerpunkte vor

Zusätzlich zu den Flächenprämien stellen alle Bundesländer weitere Mittel über sogenannte Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) bereit. Dabei handelt es sich um verbindlich einzuhaltende Anforderungen bei der Bewirtschaftung, wie etwa eine eingeschränkte Düngung in Wasserschutzgebieten, das Anlegen von Blühstreifen oder spätere Nutzungstermine für Grünland. Ökolandwirte können einige dieser AUK-Mittel zusätzlich zu den Flächenprämien beziehen. Dabei setzt jedes Bundesland eigene Schwerpunkte. So erhalten bestehende Biogemischtbetriebe in Niedersachsen zusätzlich zur fixen Flächenprämie für Acker- und Grünland (230 Euro pro Hektar) bis zu 234 Euro pro Hektar für die Einhaltung bestimmter Vorgaben zum Gewässerschutz oder für die Anlage von Blühstreifen. Andere Bundesländer fördern darüber hinaus auch den Anbau von Körnerleguminosen, eine Winterbegrünung im Ackerbau oder eine vielfältige Fruchtfolge. Auch Umstellungsbetriebe können diese zusätzlichen Fördermaßnahmen beantragen und erhalten dafür zum Teil etwas höhere Prämien, soweit die Umsetzung in der zweijährigen Umstellungsphase liegt.

Gemeinsam zu innovativen Lösungen

Ein weiteres Instrument, das dem Ökolandbau zugutekommt, ist die Förderung der Zusammenarbeit von Landwirten mit anderen Akteuren im ländlichen Raum. Im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit (EIP-Agri) werden Operationelle Gruppen (OGs) aufgebaut, die sich aus Landwirten und Mitarbeitern von Forschungseinrichtungen, Verbänden, Vereinen und weiteren Partnern zusammensetzen können. Ziel ist es, den Austausch zwischen Praxis und Forschung zu verbessern. Einige Bundesländer haben dafür bereits förderfähige Leitthemen vorgegeben, zu denen auch explizit die Förderung des ökologischen Landbaus gehört. Im Einzelnen sind dies zum Beispiel die Entwicklung effektiver ökologischer Anbau- und Nut-

Förderung ökologischer Anbauverfahren nach Rahmenplan der GAK*

Kulturart	Einführung ökologischer Anbauverfahren, erstes bis fünftes Jahr	Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren, ab dem sechsten Jahr
Ackerflächen	250	210
Grünland	250	210
Gemüsebau	590	360
Dauerkulturen	950	750

* Beihilfe Euro je Hektar

Quelle: Erhebung des Thünen-Instituts für Betriebswirtschaft

zungsverfahren (Hessen), die Stärkung der Kommunikation zur Vermarktung regionaler Produkte (Mecklenburg-Vorpommern) oder der Ausbau von Kooperationen zwischen Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Bio-Produkten (Thüringen).

Investitionsförderung: von Tierwohl bis Vermarktung

Auch im Bereich der Agrarinvestitionen setzen die Länder spezielle Schwerpunkte für den Ökolandbau. Landwirte in Thüringen können beispielsweise über das Programm „ÖkoInvest“ Zuschüsse für den Bau tiergerechter Ställe oder die Anschaffung von Spezialmaschinen für die ökologische Bewirtschaftung beantragen. Außerdem sind in Thüringen, wie in vielen anderen Bundesländern auch, Mittel für besonders tiergerechte Haltungsverfahren vorgesehen, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen. In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird darüber hinaus auch die Verarbeitung und Vermarktung ökologischer und regionaler Erzeugnisse gefördert.

Anschub für Modellregionen

Neben den Fördermöglichkeiten des ELER-Fonds entwickelten viele Bundesländer weitergehende Konzepte für den Ökolandbau. So hat die bayerische Regierung innerhalb des BioRegio-Konzepts 2020 den Wettbewerb „Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen“ ins Leben gerufen. In diesen Regionen sollen im kleinen Rahmen Möglichkeiten zur Optimierung des ökologischen Landbaus ausgelotet werden, um nachahmenswerte Konzepte auf Landesebene zu schaffen. Den gleichen Ansatz hat die hessische Landesregierung mit dem Wettbewerb „Ökolandbau-Modellregionen Hessen“ gewählt. In drei ausgewählten Regionen sollen konkrete Projekte zu Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung gefördert werden, um die steigende Nachfrage nach Biolebensmitteln möglichst mit Erzeugnissen aus Hessen abzudecken. In Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein gibt es ähnliche Aktionspläne für den Ökolandbau, die über Landesmittel finanziert werden.

Bundesprogramm als Herzstück

Die Förderung und Koordination von Forschungsprojekten rund um den Ökolandbau sowie den Wissenstransfer wird als zentrale Einrichtung weiterhin das „Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ (BÖLN) übernehmen. Bestandteile des Programms sind neben der Forschungsförderung auch die Verbraucheraufklärung, Angebote zur Weiterbildung für verschiedene Zielgruppen sowie Wettbewerbe, wie der jährlich durchgeführte „Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau“ für Erzeuger und der Schulwettbewerb „ECHT KUH-L“. Um die Bundesaktivitäten weiter zu optimieren und Synergien zu nutzen, ist zudem geplant, die Zusammenarbeit zwischen den Fachleuten auf Länderebene und dem BÖLN weiter auszubauen. ■

SERVICE:

Mehr Informationen zur Ökolandbauförderung in den Bundesländern sind im Servicebereich des Portals www.oekolandbau.de in der Rubrik „Zahlen, Daten, Fakten“ zu finden. Wissenswertes zum BÖLN steht unter www.bundesprogramm.de.

Prämien im Überblick*

	Ackerland		Grünland		Gemüsebau		Dauerkulturen	
	Einführung ¹⁾	Beibaltung						
Baden-Württemberg	350	230	350	230	935	550	1.275	750
Bayern	350	273	350	273	915	468	1.250	975
Brandenburg	209	209	210	210	415	415	655 - 750	655 - 750
Hamburg	364	234	364	234	1.189	455	1.625	975
Hessen	260	260	190	190	420	420	750	750
Mecklenburg-Vorpommern	260	200	260	200	835	330	1.150	675
Niedersachsen	364	234	364	234	900	390	1.275	750
Nordrhein-Westfalen ²⁾	520	260	330	220	1.440	400	2.160	940
Rheinland-Pfalz	300	200	300	200	700	300	900 - 2.855	580 - 2.855
Saarland	225	189	225	189	531	324	855	675
Sachsen	230	230	230	230	413	413	890	890
Sachsen-Anhalt	230	230	230	230	415	415	750	750
Schleswig-Holstein	364	234	364	234	935	360	1.125	750
Thüringen	280	210	280	210	590	360	950	750

¹⁾ Erstes und zweites Jahr.
²⁾ Unterglasanbau: 6000 Euro pro Hektar (Einführung), 3800 Euro pro Hektar (Beibehaltung).
 *Euro pro Hektar; Bewilligte oder notifizierte Prämien, Stand: 2/2015.

Quelle: Erhebung des Thünen-Instituts für Betriebswirtschaft



KONTAKT:
 Corinna Dahmen
 Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN)
 Eiweißpflanzenstrategie (EPS)
 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)
 Telefon: 0228 6845-3283
corinna.dahmen@ble.de

Service für innovative Partnerschaften

Die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) soll die Zusammenarbeit von Forschung, Beratung und Praxis verbessern. In einigen Ländern werden die sogenannten Operationellen Gruppen (OGs) von Innovationsdienstleistern (IDLs) unterstützt. Was können sie leisten?



Nicola von Kutzleben und Dr. Ulrich Gehrlein arbeiten beim Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS) im Bereich Regionalentwicklung, Marketing und Beratung. Seit Ende 2014 ist das IfLS als Innovationsdienstleister in Hessen aktiv. www.ifls.de/eip.html

Anfang Juni 2015 haben sich die bundesweiten IDLs erstmals ausgetauscht. Wer sind die IDLs?

von Kutzleben: Es waren fast alle Bundesländer vertreten, insbesondere jene, in denen ein IDL aktiv ist oder werden soll. Die Ansätze unterscheiden sich sehr. Baden-Württemberg hat zum Beispiel ein ministerielles Helpdesk eingerichtet und Schleswig-Holstein die Landwirtschaftskammer als Innovationsbüro beauftragt; in Sachsen übernimmt ein Landesamt die Aufgabe des IDL.

Gehrlein: Ob sich die Aufgaben des IDL stärker an Verwaltungsprozessen orientieren oder ein IDL eher auf die Betreuung und Beratung ausgerichtet ist, hängt – so war unser Eindruck – davon ab, wie verwaltungsnah die Stelle angesiedelt ist.

Welchen Schwerpunkt werden Sie als IDL in Hessen setzen?

Gehrlein: Anfangs geht es vor allem darum, die Verwaltungsbehörde beim Antragsverfahren zu unterstützen. Die Hauptdienstleistung wird aber sein, bereits aktive und auch neue Operationelle Gruppen zu beraten und darin zu unterstützen, gute, innovative Ansätze zu finden. Hinzu kommen Informationsvermittlung, Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer.

Was haben Sie bisher gemacht?

von Kutzleben: Im Rahmen einer informellen Interessensbekundung haben wir sondiert, was Akteure in Hessen interessiert und ob es bereits Netzwerke gibt. Gemeinsam mit dem Fachministerium, der Bewilligungsbehörde und dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen haben wir die Skizzen gesichtet und den Gruppen Hilfestellungen dafür gegeben, ihre Anträge auszuarbeiten. Jetzt gilt es, zu

beobachten, wie sich EIP weiterentwickelt und in welcher Tiefe die Gruppen unterstützt werden wollen – sei es mit Wissenstransfer nach außen oder bei konkreten Problemen innerhalb der OG.

Betreten Sie mit der Aufgabe als IDL Neuland?

Gehrlein: EIP ist für alle Beteiligten neu. Allein um die Begriffe „Operationelle Gruppe“, „Innovationsdienstleister“ und „Innovation“ zu fassen, gab es viel Abstimmungsbedarf zwischen den beteiligten Institutionen. Das IfLS bildet ein breites agrarwissenschaftliches Spektrum ab und wir haben viele Erfahrungen mit Innovationsprozessen, aber grundsätzlich ist vorgesehen, dass wir bei der fachlichen Betreuung von Fachreferaten im Ministerium unterstützt werden. Für das Auswahlverfahren ist der Einsatz von Experten denkbar.

Planen Sie, die Gruppen zu vernetzen?

von Kutzleben: Bisher bewerben sich vor allem bestehende Netzwerke, die sich in der Förderlandschaft auskennen, also eher etablierte Multiplikatoren. Bis EIP als Angebot beim einzelnen Landwirt ankommt, wird es etwas dauern. Im Zuge der Rückmeldungen versuchen wir bereits jetzt, Gruppen zusammen zu bringen, für die ein Wissenstransfer während der späteren Umsetzung sinnvoll wäre und die bei Fragestellungen, die sich parallel ergeben, zusammenarbeiten können. Dadurch können neue Netzwerke entstehen oder sich bestehende, bisher eher regional geprägte, erweitern. Darüber hinaus sind in den nächsten Jahren weitere Vernetzungsveranstaltungen geplant.

Wäre auch ein bundesweites Netzwerk der OGs sinnvoll?

Gehrlein: Ich kann mir thematische Netzwerke gut vorstellen – bundesweit überschneiden sich Themen und Fragestellungen. Für die Gruppen stellt sich dabei aber die Frage nach dem Nutzen und dem Aufwand. Zudem bestehen sie programmbedingt nur für die Dauer eines Vorhabens. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit im Sinne eines Innovationsclusters wird man mit der jetzigen Konstruktion nicht fördern, aber das ist eine Frage, die auf europäischer Ebene geklärt werden muss.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Anja Rath.



Die Hauptaufgabe ist es, Gruppen dabei zu unterstützen, gute, innovative Lösungen zu finden.“

DIE POSITION

Von Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)

Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, steigt stetig. Die jüngsten Prognosen der Bundesregierung liegen bei 800 000 Flüchtlingen für das Jahr 2015. Es ist eine humanitäre Verpflichtung, Bürgerkriegsflüchtlingen zu helfen. Dieser Aufgabe stellen sich die Kommunen in Deutschland.

Aktuell sind die Erstaufnahmekapazitäten in den Ballungsräumen nahezu erschöpft, sodass mehr und mehr Flüchtlinge auch in mittleren und kleinen Kommunen, in denen das jeweilige Bundesland leerstehende Gebäude als Erstaufnahmeeinrichtung anmieten konnte, ankommen.

Städte und Gemeinden müssen aber auch immer mehr eigene Unterkünfte bereitstellen, das stellt gerade kleinere Kommunen vor große Herausforderungen. Oft steht die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in keinem Verhältnis zur Einwohnerzahl: Die personellen Kräfte sowie Verwaltungen und soziale Einrichtungen sind überfordert, Infrastrukturen oft unzureichend. Zudem lässt die Informationspolitik der Länder häufig zu wünschen übrig. Die Kommunen werden von der Mammutaufgabe förmlich überrollt. Um eine Willkommens- und Integrationskultur aufzubauen, müssen alle Ebenen künftig enger zusammenarbeiten.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich dafür ein, dass die zukünftige Verteilung von Flüchtlingen im ländlichen Raum in Relation zur Größe der Kommune steht. Außerdem muss die Kommunikation der Länder verbessert werden, damit das Verteilungsproblem nicht auf dem Rücken der Gemeinden und der Flüchtlinge selbst ausgetragen wird. Denn in der kapazitätsgerechten Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Land liegen auch Chancen. Die Menschen dort sind bereit zu helfen. Durch den demografischen Wandel stehen in vielen Gemeinden Wohnungen leer, in denen Asylbewerber mit einer Aufenthaltsgenehmigung unterkommen könnten. So wäre es möglich, auch einem Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen zum Teil entgegenzuwirken und den Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben, sich ein neues Leben aufzubauen. Nach einer aktuellen Forsa-Umfrage vom Juli 2015 wird von 52 Prozent der Menschen, die in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern leben, ein solches Vorgehen befürwortet. Flüchtlinge im ländlichen Raum sind willkommen.



Flüchtlinge sind in ländlichen Kommunen willkommen!



Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur obenstehenden Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

LESERBRIEF

zum Fokusthema „Ländliche Regionen: sturmerprobt und krisenfest?“ in LandInForm 2.15

Resilienz und Fairness

Der Resilienzbezug lenkt den Blick auf die Gefahren kurzfristig auftretender und langfristig schwelender, schleichender Krisen. Ländliche Räume haben daher viele Aufgaben zu schultern, von Klima- und Geogefahren bis zum demografischen und wirtschaftlichen Wandel. Sie müssen lernen, geeignete Systemeigenschaften wie Modularität, Redundanz, Reflexivität und Lernfähigkeit zu stärken. Resilienz ist aber auch deshalb ein Thema für ländliche Räume, weil diese in vielen Bereichen die Lasten der urbanen Gesellschaft und ihrer Krisen auf sich nehmen müssen. In den Städten fehlen beispielsweise Flächenreserven, um Hochwasser aufzufangen, um postfossile Energien zu erzeugen oder auch, um kurzfristig Flüchtlingsströme aufnehmen zu können. Die Krisenlösungsfähigkeit der Städte ist begrenzt. Ländlichen Räumen wird daher eine Pufferlast zukommen – und dies kann nur erfolgreich gelingen, wenn ihnen in einem fairen Ausgleich auch die entsprechenden Ressourcen hierfür zugestanden werden.

» Von Prof. Dr. Ulf Hahne, Universität Kassel

angelesen



100 Äcker für die Vielfalt

Ackerwildkräuter sind so alt wie die Ackernutzung selbst. Schutzbemühungen dieser früher häufigen Artengruppe entwickeln sich seit dem vergangenen Jahrhundert parallel zur Technisierung der Landwirtschaft. Ein zentrales Vorhaben zum Schutz der Ackerwildkräuter war das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Projekt „100 Äcker für die Vielfalt“, das zwischen 2009 und 2014 zusammen mit Kooperationspartnern von der Georg-August-Universität Göttingen durchgeführt wurde. Das Projekt hatte den Aufbau eines bundesweiten Schutzackernetzwerks zum Ziel. Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um ein Kompendium zu den Ergebnissen aus dem Projekt und zum Ackerwildkrautschutz in Deutschland.

Neben den allgemeinen Schutzbemühungen und Strategien zum Ackerwildkrautschutz sowie der Beschreibung von geeigneten Maßnahmen – angefangen von Erhaltungskulturen und Ackerrandstreifen über Feldflorareservate bis hin zum ökologischen Landbau und der Flächenstilllegung –, erhält der Leser einen umfassenden Projektbericht. Enthalten sind auch praktische Tipps für die Umsetzung von Schutzacker-Projekten und ein Überblick über verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten zur Förderung der Ackerwildkräuter.

Kernelement der Veröffentlichung ist das entstandene Schutzackernetzwerk: Steckbriefe beschreiben 112 Ackerflächen, geordnet nach Bundesländern. Lage und Ausgangssituationen der Äcker werden dargestellt, darüber hinaus konkrete floristische Besonderheiten, die Art der Bewirtschaftung und Maßnahmen für eine langfristige Sicherung. Das Buch gibt außerdem einen Überblick über weiterführende Projekte zum Ackerwildkrautschutz und Zukunftsperspektiven. In Zukunft soll das einzigartige Schutzgebietsnetz ausgeweitet werden. Weitere Informationen über die Aktivitäten zum Schutz von Ackerwildkräutern finden sich außerhalb des Buches auf der Internetseite www.schutzaecker.de. [sik]

Den Diskurs anregen

Die im September 2014 erschienene Publikation ist ein Sammelband von Artikeln mehrerer Autoren, insbesondere aus Wissenschaft und Lehre. Gegliedert in den drei Kapiteln „Anhörung“, „Ortsbegehung“ und „Zukunftswerkstatt“ setzen sie sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit dem Verhältnis von Demokratie und Naturschutz auseinander: Denn obwohl sich inzwischen demokratische Instrumente für den Naturschutz etabliert haben, gelingt es durchaus nicht immer, Naturschutzziele zu erreichen.

Angesprochen werden unter anderem die undemokratischen Wurzeln des Naturschutzes in Deutschland, seine Ökonomisierung, seine Botschafter und Akteure und wie ihn demokratiefeindliche Gruppierungen für ihre Ziele nutzen. Dabei werden durchaus interessante Fragen gestellt:

Wer entscheidet letztendlich in einer Demokratie über Naturschutzanliegen? Und kann die Staatsform die drängenden Aufgaben überhaupt lösen? Es bedürfe eines gesellschaftlichen Diskurses, ist oft zu lesen. Dazu werden verschiedene Thesen angeboten: Thematisiert werden beispielsweise politische Klug- und Dummheit, die globale Dimension und Verantwortung sowie die Ökokratie, eine Staatsform, die Demokratie und Ökologie verbindet. Bis dahin ist die Publikation vor allem eines: sehr theoretisch. Praktische, aber knappe Beispiele folgen in Form von sieben Kurzvorstellungen von Projekten. Den Abschluss bilden Beiträge zu aktuellen Herausforderungen im Kapitel „Spektrum Nachhaltigkeit“, das allerdings eher wie ein Anhang erscheint. Die Herausgeber verwenden konsequent eine gegenderte Schreibweise, bestehen aber nicht darauf, dass Texte allgemein verständlich sind. So setzen einige Autoren sowohl Fachwissen also auch -vokabular voraus. Für Einsteiger ist das Buch nicht geeignet. Akteuren allerdings, die bereits mit oder für den Naturschutz arbeiten, kann die Publikation Impulse geben: um ihr eigenes Handeln zu reflektieren oder auch, um verstärkt nach Wegen zu suchen, damit Naturschutz und Demokratie zueinander finden. [arh]

Stefan Meyer und Christoph Leuschner (Hrsg.):
100 Äcker für die Vielfalt, Initiativen zur Förderung
der Ackerwildkrautflora in Deutschland,
Universitätsverlag Göttingen, 2015, 351 Seiten, 29,90 Euro,
ISBN 978-3-86395-184-9

oekom e. V. und Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.):
Naturschutz und Demokratie. Höhen und Tiefen einer
schwierigen Beziehung.
oekom-Verlag, München 2014, 148 Seiten, 17,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-487-6

angekündigt

„European Rural Benefits & Innovations 2020“

Was leistet der ländliche Raum eigentlich? Die Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung veranstaltet im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts einen europäischen Foto- und Videoclip-Wettbewerb. Ziel des Wettbewerbs mit dem Titel „European Rural Benefits & Innovations 2020“ ist es, die Vielfalt, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung und die Innovationskraft des ländlichen Raums und seiner Bewohner in den Fokus zu stellen. Die eingereichten Fotos und Clips werden prämiert und dienen als Basis für eine Multimediapräsentation, aus der ein Imagefilm entstehen soll. Gesucht werden Videoclips und Fotos, die zeigen, dass das Leben in Dörfern und ländlichen Räumen attraktiv und modern sein kann. Oder sie können sichtbar machen, dass der ländliche Raum dazu dient, Lebensmittel, Energie und Rohstoffe für die gesamte Gesellschaft zu produzieren. Es ist genauso möglich, dass die Fotos oder Videos festhalten, wie die Bewohner des ländlichen Raums das kulturelle Erbe bewahren und gleichzeitig Innovatives entwickeln. Einsendeschluss ist der **15. Oktober 2015**. [abb]

www.landentwicklung.org/aktuelles-de-de/multimedia-wettbewerb

Mit Biodiversität gewinnen

Biologische Vielfalt ist ländlich: Das hat auch die UN-Dekade Biologische Vielfalt erkannt und lädt 2015/2016 besonders Aktive in der ländlichen Entwicklung und Landwirtschaft ein, sich an einem Projekt-Wettbewerb zu beteiligen. Die Dekade möchte mit der Auszeichnung besonderer Projekte das Engagement auf dem Land für die biologische Vielfalt wertschätzen und stärken: Den Modellprojekten wird durch die Auszeichnung zusätzliche Aufmerksamkeit in den Medien und der Öffentlichkeit zuteil. Seit dem Start der Dekade Mitte 2012 wurden mehr als 200 vorbildliche Aktivitäten zur Erhaltung, nachhaltigen Nutzung oder Kommunikation biologischer Vielfalt als „Projekte der UN-Dekade Biologische Vielfalt“ ausgezeichnet. Beteiligen können sich Initiativen kleiner lokaler Gruppen ebenso wie Aktivitäten größerer Institutionen und Betriebe – staatlich und nicht-staatlich. Bewerbungen sollten online erfolgen, Fristen bestehen nicht. [abb]

www.undekade-biologischerdiversitaet.de

Typisch Landwirt(schaft)?!

Gibt es ihn, den typischen Landwirt? Die typische Landwirtschaft? Die Zukunftsstiftung Rheinische Landwirtschaft hat einen Fotowettbewerb gestartet und prämiert 30 Fotos, die zeigen, was typisch Landwirt(schaft) ist. Wichtig ist dabei, dass auf den Fotos auch Menschen eine Rolle spielen. Einsendeschluss ist der **10. November 2015**. [abb]

<http://zukunftsstiftung-rheinland.de/typisch-landwirtschaft/>

Das Leben im Dorf lassen

Der Tag der Regionen hat dieses Jahr „Das Leben im Dorf lassen – für die Zukunft der Stadt“ als Motto und behandelt das Zusammenspiel von Stadt und Land. Während des Aktionszeitraums vom 25. September bis 11. Oktober 2015 geht es vor allem um die Förderung regionaler Wertschöpfung und um die Bewahrung regionaler Kultur- und Artenvielfalt. Der eigentliche Tag der Regionen, an dem bundesweit in vielen Kommunen verschiedene Aktionen stattfinden, ist der Tag des Erntedankfestes am **4. Oktober 2015**. [abb]

www.tag-der-regionen.de

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren. (Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Zuwanderung – eine Chance für ländliche Räume?



Termine

29. und 30. September	Umweltleistungen im Wald * Busexkursion in Rheinland-Pfalz	DVS http://kurzlink.de/DVS_Wald_7_15
19. und 20. Oktober	Wechselwirkungen zwischen Landnutzung und Klimawandel Abschlussstagung in Braunschweig	Konsortium CC-LandStrad, c/o Thünen-Institut für Ländliche Räume www.cc-landstrad.de
26. bis 28. Oktober	Bundesweites LEADER-Treffen * Tagung mit Exkursionen in Willingen (Sauerland) Info Seite 9	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ leader-treffen
24. bis 27. November	Schulungen für Regionalmanager * Schulungsveranstaltung in Göttingen Info Seite 9	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ schulungen

Unser Fokuscartoon von Mele

ANNO 2015:
GANZ DEUTSCHLAND IST VON RAFFGIERIGEN
BAUERN BESETZT. GANZ DEUTSCHLAND? ...
NEIN! EIN VON UNBEUGSAMEN NAGERN BESETZTER
ACKERRANDSTREIFEN HÖRT NICHT AUF, WIDERSTAND
ZU LEISTEN ...

